

# BAND 2

Die Verfolgung und Ermordung der  
europäischen Juden durch das nationalsozialistische  
Deutschland 1933–1945

Herausgegeben im Auftrag des  
Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte und des  
Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der  
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

von

Götz Aly, Susanne Heim,  
Ulrich Herbert, Hans-Dieter Kreikamp, Horst Möller,  
Dieter Pohl und Hartmut Weber

R. Oldenbourg Verlag München 2009

Die Verfolgung und Ermordung der  
europäischen Juden durch das nationalsozialistische  
Deutschland 1933–1945

Band 2

Deutsches Reich  
1938 – August 1939

Bearbeitet von Susanne Heim

R. Oldenbourg Verlag München 2009

## Einleitung

Der vorliegende Band dokumentiert die Judenverfolgung im Deutschen Reich in den 20 Monaten zwischen Januar 1938 und dem 31. August 1939. Innerhalb dieser kurzen Zeitspanne annektierte das Deutsche Reich im März 1938 Österreich, im Oktober den vorwiegend deutsch besiedelten Rand des böhmischen Beckens, das Sudetenland; im März 1939 besetzte die Wehrmacht Prag, am 1. September fiel sie in Polen ein.

In den Monaten vom Anschluss Österreichs bis zum Überfall auf Polen, und eng mit den Kriegsvorbereitungen verbunden, verhängte die NS-Führung den Ausnahmezustand über die deutschen Juden. Beamte, Minister, Parteifunktionäre und Nachbarn steigerten die Diskriminierung zum Terror, die wirtschaftliche Benachteiligung zur Enteignung, den Auswanderungsdruck zur Verzweiflung; sie trieben Zehntausende mit ein paar Reichsmark in der Tasche über die Grenze, Hunderte in den Selbstmord. Im Pogrom vom 9. und 10. November 1938 wütete der von Goebbels so bezeichnete Volkszorn in Gestalt Zehntausender SA-Männer. Hunderttausende sahen zu. In dieser Nacht wurden fast sämtliche, einst stolz und selbstbewusst errichteten Synagogen zerstört, in den folgenden Tagen mehr als 25 000 jüdische Männer für Wochen in Konzentrationslager gesperrt, erniedrigt und gequält, einige Hundert ermordet.

Der Novemberpogrom und die anschließenden politischen Entscheidungen stehen im Zentrum dieses Bandes. Weitere Schwerpunkte bilden die Verfolgungen, denen die 190 000 österreichischen Juden seit dem Anschluss an Deutschland ausgesetzt waren, sowie diejenigen Maßnahmen, mit denen die Vermögen der Verfolgten teils enteignet, teils zur künftigen Enteignung unter staatliche Kontrolle gebracht wurden. Und schließlich dokumentiert dieser Band die gewaltsame Vertreibung der Juden aus Deutschland. Die Expansion des NS-Staats, Pogrom und „Arisierung“ verwandelten die Zwangsemigration zur chaotischen Massenflucht. Die Folgewirkungen gefährdeten die jüdische Existenz in weiten Teilen Europas.

Die Verfolgung der tschechischen Juden, die am 14./15. März 1939 unter deutsche Herrschaft kamen und seitdem im Reichsprotectorat Böhmen und Mähren lebten, wird im dritten Band dieser Edition dokumentiert. Obwohl Danzig bis zum Überfall auf Polen nicht zum Reich gehörte, sondern als Freie Stadt dem Völkerbund unterstand, ist die Situation der dortigen Juden ebenfalls Thema dieses Bandes, weil der nationalsozialistisch dominierte Senat in Anlehnung an die deutsche Politik zahlreiche antijüdische Maßnahmen durchsetzte. Auch im Memelland, das seit 1924 zu Litauen gehörte, breitete sich mit deutscher Unterstützung seit Mitte der 1930er-Jahre der Antisemitismus aus – lange bevor das Memelgebiet am 23. März 1939 unter massiven Berliner Drohungen an das Reich zurückgegeben wurde.

### Die Lage der deutschen Juden Anfang 1938

Ende 1937 lebten noch etwa 400 000 Juden in Deutschland, 130 000 waren in den vorangegangenen fünf Jahren ausgewandert. Die meisten wohnten in den Großstädten, 140 000 allein in Berlin. Berufsverbote, Boykott und Auswanderung der Jüngeren hatten die

Sozialstruktur stark verändert: Mittlerweile war jeder zweite deutsche Jude über 50 Jahre alt, jeder vierte auf Wohlfahrtshilfe angewiesen. Hatte es zu Beginn der 1930er-Jahre 8000 jüdische Ärzte gegeben, waren es 1937 noch 3300. Ehemals Wohlhabende sahen sich zum Umzug in kleinere Wohnungen und zum Verkauf von Wertsachen aus Familienbesitz genötigt.<sup>1</sup> Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom Mai 1939 waren noch knapp 16 Prozent der deutschen Juden erwerbstätig (gegenüber 48 Prozent im Jahr 1933), mehr als 70 Prozent aller Juden über 14 Jahren galten mittlerweile als „berufslose Selbständige“.<sup>2</sup>

Kontakte zwischen Juden und Nichtjuden wurden selten. Oft wichen beide Seiten einander aus, um Peinlichkeiten zu vermeiden. Fast alle Vereine hatten ihre jüdischen Mitglieder ausgeschlossen. An vielen Ortseinfahrten, in Parks, Badeorten und Gaststätten standen Schilder, die Juden den Zutritt untersagten. „Es gab auch Lokale,“ so erinnert sich der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki, „in denen man es vorzog, auf solche Aufschriften am Eingang zu verzichten und stattdessen denjenigen Juden, die es wagten, diese Lokale dennoch zu betreten, leere Tassen hinzustellen, bisweilen mit einem Zettel ‚Juden raus‘.“

Nichtjuden, die weiterhin den Kontakt zu jüdischen Bekannten hielten, mussten mit Anfeindungen rechnen. Viele jüdische Schüler verließen die staatlichen Schulen, noch bevor ihnen deren Besuch nach dem Pogrom 1938 verboten wurde (Dok. 16, 46). Entweder konnten sie die antisemitischen Hänseleien und Bosheiten ihrer „arischen“ Mitschüler und Lehrer nicht länger ertragen oder ihre Eltern das Schulgeld nicht mehr aufbringen, das Juden, anders als „arischen“ Schülern, weder ermäßigt noch erlassen wurde. Schätzungen zufolge besuchten im Mai 1938 noch etwa ein Viertel aller jüdischen Volksschüler allgemeine Schulen.<sup>3</sup> Bis zum Novemberpogrom war den Juden der Besuch von Theatern, Konzertsälen und Kinos nicht generell verboten, in einigen Orten, darunter Leipzig mit seiner großen jüdischen Gemeinde, war ihnen die Teilnahme an Kulturveranstaltungen jedoch schon wesentlich früher verwehrt.<sup>4</sup>

Neben dem gesellschaftlichen Ausschluss verstärkte vor allem die Emigration zahlreicher Bekannter oder Familienangehöriger die Isolation der in Deutschland Zurückbleibenden.

1 Herbert A. Strauss, *Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses*, in: LBI Year Book XXV (1980), S. 313–361, hier: S. 326, 341 f. und XXVI (1981), S. 343–409; Hazel Rosenstrauch (Hrsg.), *Aus Nachbarn wurden Juden. Ausgrenzung und Selbstbehauptung 1933–1942*, Berlin 1988, S. 70. Weitere Angaben zur Verarmung der Juden in: David Kramer, *Jewish Welfare Work under the Impact of Pauperisation*, in: Arnold Paucker (Hrsg.), *Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland. The Jews in Nazi Germany 1933–1943*, Tübingen 1986, S. 173–188; Salomon Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939*. Im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Tübingen 1974, S. 158–165. In Hamburg lag der Anteil der Unterstützungsempfänger unter den Juden im Winter 1938/39 bei 37 %; Uwe Lohalm, *Fürsorge und Verfolgung. Öffentliche Wohlfahrtsverwaltung und nationalsozialistische Judenpolitik in Hamburg 1933 bis 1942*, Hamburg 1998, S. 49.

2 Zu den Ergebnissen der Volkszählung: Peter Longerich, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München 1998, S. 224, und Joseph Walk, *Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich*, Frankfurt a. M. 1991, S. 214 f.

3 Marcel Reich-Ranicki, *Mein Leben*, Stuttgart 1999, S. 69, 156; Marion Kaplan, *Der Mut zum Überleben. Jüdische Frauen und ihre Familien in Nazideutschland*, Berlin 2001, S. 62; Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe* (wie Anm. 1), S. 28.

4 Marion Kaplan (Hrsg.), *Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland. Vom 17. Jahrhundert bis 1945*, München 2003, S. 428 f.

Der in Berlin aufgewachsene spätere US-Finanzminister Michael Blumenthal berichtet, in seiner Familie sei bis 1937 kaum von Auswanderung die Rede gewesen, wohl aber von den entmutigenden Schwierigkeiten der Ausgewanderten. „Anfang 1938 konnten auch meine Eltern die Augen nicht mehr vor der Wahrheit verschließen. Vom normalen Leben waren sie fast vollständig isoliert, Demütigungen und wirtschaftlicher Druck nahmen zu, die Vorzeichen wurden immer bedrohlicher.“ Mitte 1938 stand ihnen „das Wasser bis zum Hals“. Sie verkauften ihr Geschäft schweren Herzens für einen Bruchteil des tatsächlichen Werts an eine bisherige Angestellte und emigrierten schließlich nach Shanghai. Victor Klemperer, der in Deutschland blieb, spekulierte damals über seine Aussichten nach dem Ende des Dritten Reichs: „Wahrscheinlich würde die ganz große Einsamkeit erst dann für mich beginnen. Denn ich könnte nie wieder jemandem in Deutschland trauen, nie wieder mich unbefangen als Deutscher fühlen.“<sup>5</sup>

## Kriegsvorbereitung und Judenverfolgung

Als vages Zukunftsprojekt stand die Eroberung von „Lebensraum im Osten“ früh im Mittelpunkt der nationalsozialistischen Ideologie, doch konkretisierte Hitler diesen Programmpunkt erst im November 1937. Wegen der Garantien für Polen und die Tschechoslowakei konnte die deutsche Expansion Richtung Osten leicht zum Krieg mit Großbritannien und Frankreich führen. Deshalb hatte Hitlers außenpolitischer Berater Joachim Ribbentrop, damals Deutscher Botschafter in London, im Sommer 1937 versucht, dem Ziel der Ostexpansion auf diplomatischem Weg näherzukommen. Nach deutschen Vorstellungen sollte das Empire einstweilen unangetastet bleiben und im Gegenzug dem Reich freie Hand auf dem europäischen Festland zustehen, einschließlich der Expansion im Osten. Die britischen Gesprächspartner lehnten dies ab. Allerdings ließen sie die Bereitschaft erkennen, diejenigen Forderungen zu prüfen, die Österreich, das Sudetenland und Danzig betrafen. Sie verfolgten weiterhin ihren Appeasement-Kurs, der darauf gerichtet war, Deutschland mit begrenzten Zugeständnissen in eine erneuerte europäische Friedensordnung einzubinden. Komplementär dazu hatte US-Präsident Franklin D. Roosevelt in seiner sogenannten Quarantäne-Rede vom 5. Oktober 1937 deutlich gemacht, dass die USA den deutschen expansionistischen Bestrebungen nicht tatenlos zusehen und im Kriegsfall auf britischer Seite stehen würden.<sup>6</sup>

Bis in das Jahr 1938 hinein hoffte Hitler noch, dass Großbritannien die Einverleibung Österreichs und der Tschechoslowakei stillschweigend dulden würde. Er war jedoch nicht bereit, sich für eine britische Neutralität von seinen Zielen abbringen zu lassen. Am 5. November 1937 rief Hitler die Spitzen der Wehrmacht, Kriegsminister Werner von Blomberg, Hermann Göring und Außenminister Konstantin von Neurath zusammen und kündigte ihnen die Möglichkeit des Kriegs gegen Großbritannien und Frankreich an. Als Kriegsziel

5 W. Michael Blumenthal, *Die unsichtbare Mauer. Die dreihundertjährige Geschichte einer deutsch-jüdischen Familie*, München 1999, S. 433; Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1941*, Bd. 1, Berlin 1995, S. 398 (Eintrag vom 23. 2. 1938).

6 Andreas Hillgruber, *Die gescheiterte Großmacht. Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871–1945*, Düsseldorf 1980, S. 83 f.; Klaus Hildebrand, *Deutsche Außenpolitik 1933–1945. Kalkül oder Dogma?* Stuttgart 1990, S. 54; ders., *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945*, Stuttgart 1995, S. 641.

nannte Hitler die „Lösung der Raumnot“. Als erste Schritte auf dem Weg zur deutschen Weltmachtstellung skizzierte er verschiedene Pläne, um die Tschechoslowakei und Österreich dem Deutschen Reich einzuverleiben. Dies würde den „Gewinn von Nahrungsmitteln für 5–6 Millionen Menschen bedeuten“, vorausgesetzt, dass aus Österreich eine Million und aus der Tschechoslowakei zwei Millionen Menschen zwangsumgesiedelt würden. Der zweite Schritt, der Vorstoß nach Osten Richtung Sowjetunion, sollte etwa 1943/45 folgen, sobald die deutsche Wehrmacht hinreichend aufgerüstet und – nach einem siegreichen Krieg im Westen – kampferprobt sei.<sup>7</sup>

In der anschließenden Diskussion erhoben Neurath, Blomberg und der Oberbefehlshaber des Heeres Werner Freiherr von Fritsch verschiedene Bedenken. Deshalb wurden in den folgenden Monaten alle drei Männer ihrer Ämter enthoben. Anfang 1938 schaffte Hitler den Posten des Kriegsministers ab, übernahm persönlich den Oberbefehl über die Wehrmacht, setzte den gefügigen Wilhelm Keitel an die Spitze des neu geschaffenen Oberkommandos der Wehrmacht, ernannte Walther von Brauchitsch zum Oberbefehlshaber des Heeres und Ribbentrop zum Außenminister. Zudem entließ er zwölf der ranghöchsten Generäle in Heer und Luftwaffe, ersetzte sie mit jüngeren Karrieristen und ließ 51 weitere Führungspositionen in der Wehrmacht neu besetzen.<sup>8</sup>

Bereits Ende 1937 hatte Hitler Hjalmar Schacht das Reichswirtschaftsministerium entzogen, weil dieser immer deutlichere Vorbehalte gegen die extreme, von der raschen Aufrüstung verursachte Staatsverschuldung geltend machte. Nach einem Interregnum Görings wurde Goebbels' Vertrauter Walther Funk zum Wirtschaftsminister befördert, der ein Jahr später – ebenfalls von Schacht und aus demselben Grund – zusätzlich den Posten des Reichsbankpräsidenten übernahm.

Der ökonomische Aufschwung des Reichs seit 1933 beruhte auf der unseriösen Finanzpolitik. Tatsächlich fehlten Arbeitskräfte, Rohstoffe und Devisen. Die Konzentration aller Baukapazitäten auf den Ausbau des Westwalls und andere militärische Projekte brachte sowohl den Wohnungs- als auch den Autobahnbau nahezu zum Erliegen. Die Ausrichtung der gesamten Produktion auf den Krieg führte zu Lücken im Konsumangebot, vor allem in der Butter- und Fleischversorgung. Gleichzeitig hatten Vollbeschäftigung, Überstunden und verdeckte Lohnerhöhungen den privaten Konsum erstmals seit 1929 wieder angefacht. In dieser Klemme griff die Staatsführung zu den Mitteln des Lohnstopps, der Dienstverpflichtung und der Propaganda von einer blühenden Zukunft; außerdem steigerte sie die antijüdische Hetze mit dem Ziel der „Arisierung“. Im Wesentlichen gelang es Hitler jedoch, mit seinem außenpolitischen Vabanquespiel – mit dem Anschluss Österreichs und des Sudetenlands – die innenpolitische Krise zu verdecken.<sup>9</sup>

<sup>7</sup> Hitlers Ausführungen zeichnete Oberst Friedrich Hoßbach auf; IMG, Bd. XXV, Dok. PS-368, S. 402–413; Bradley Smith, Die Überlieferung der Hoßbach-Niederschrift im Lichte neuer Quellen, in: VfZ 38 (1990), S. 329–336; Gerhard L. Weinberg, The Foreign Policy of Hitler's Germany. Starting World War II 1937–1939, Chicago 1994, S. 34–43.

<sup>8</sup> Karl-Heinz Janssen, Fritz Tobias, Der Sturz der Generäle. Hitler und die Blomberg-Fritsch-Krise 1938, München 1994, S. 148–158.

<sup>9</sup> Dietrich Eichholtz, Rüstungskonjunktur und Rüstungskrise. Bemerkungen zu materiellen und finanziellen Problemen der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung, in: Werner Röhr, Brigitte Berlekamp, Karl Heinz Roth (Hrsg.), Der Krieg vor dem Krieg. Politik und Ökonomie der „friedlichen“ Aggressionen Deutschlands 1938/39, S. 98–117, hier: S. 104; Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007, S. 302f.

Das Hauptproblem der deutschen Wirtschaft bestand im Devisenmangel. Zur Kriegsvorbereitung mussten wichtige Materialien für die Rüstungsproduktion importiert und die im Vierjahresplan vorgesehene Reichsgetreidereserve so weit aufgestockt werden, dass sie im Kriegsfall einen verlässlichen Schutz gegen die erwartete britische Seeblockade bilden würde. Wie die zitierte Geheimrede vom 5. November 1937 zeigt, nahm Hitler die Frage der Kriegsernährung sehr ernst. Nach seiner Auffassung hatte das Reich den Ersten Weltkrieg vor allem wegen der britischen See- und Hungerblockade verloren; der Hunger hatte dann zu Massenprotesten im Inneren geführt und damit den „Dolchstoß“ der Heimat gegen die „im Felde unbesiegte“ Front ausgelöst. Auch im nächsten Krieg konnte die deutsche Bevölkerung nur zu gut 80 Prozent aus den Erträgen der heimischen Landwirtschaft ernährt werden. Der Rest musste bevorratet oder sollte anderen weggenommen werden.<sup>10</sup>

In den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft waren Wirtschaftsboom und Aufrüstung mithilfe der sogenannten Mefo-Wechsel finanzpolitisch abgesichert worden, eines speziellen Systems der Kreditschöpfung, das Hjalmar Schacht erfunden hatte. Diese Wechsel beliefen sich Anfang 1938 auf zwölf Milliarden Reichsmark und waren auf eine Scheinfirma, die Metallurgische Forschungsgesellschaft (Mefo), ausgestellt. Als Anfang 1938 die ersten Wechsel fällig wurden, drohten sie zu platzen. Also mussten neue Finanztricks angewandt werden – diesmal gegen den Widerstand Schachts. Die Möglichkeit, die Rüstung langfristig zu finanzieren und entsprechende Staatsanleihen auf dem inländischen Kapitalmarkt unterzubringen, bestand nicht, denn 1938 waren die meisten kapitalkräftigen Deutschen nicht bereit, dem bankrotten NS-Staat freiwillig Geld zu leihen. In Zeiten äußerster Staatsverschuldung musste die Reichsbank sogar Reichsanleihen an der Berliner Börse aufkaufen – allein im Juli 1938 im Wert von 465 Millionen Reichsmark –, um einen Kursrutsch zu vermeiden, der den Vertrauensverlust des Dritten Reichs aller Welt sichtbar gemacht hätte.<sup>11</sup>

Der Devisen- und Geldmangel bestärkte die Entschlossenheit der Reichsregierung, Österreich und die Tschechoslowakei zu unterwerfen, um die dortigen Staatsschätze und die Vermögen der Juden in Beschlag zu nehmen. Während der vorangegangenen Jahre waren jüdische Geschäftsleute in den Ruin getrieben oder zum Verkauf ihrer Unternehmen genötigt worden, doch zögerten die Verantwortlichen aus außen- und binnenwirtschaftlichen Gründen noch, den Juden jede unternehmerische Tätigkeit zu verbieten. 1938 änderte sich das.

Im Frühjahr 1938 wurden Juden die steuerlichen Kinderermäßigungen und verschiedene soziale Unterstützungsgelder, wie etwa Heirats- oder Geburtsbeihilfen, gestrichen.<sup>12</sup> Am

<sup>10</sup> Götz Aly, Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991, S. 366–393. Die Reichsgetreidereserve umfasste am 30. 6. 1939 immerhin 5,5 Millionen Tonnen; Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005, S. 196.

<sup>11</sup> Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933–1945, Frankfurt a. M. 1988, S. 156f.; Albert Fischer, Hjalmar Schacht und Deutschlands „Judenfrage“, Köln 1995, S. 85; Aly, Volksstaat (wie Anm. 10), S. 55–58; Tooze, Ökonomie (wie Anm. 9), 286–317.

<sup>12</sup> Gesetz zur Änderung des Einkommenssteuergesetzes vom 1. Februar 1938; RGBl., 1938 I, S. 99 bis 102; Avraham Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943, Frankfurt a. M. 1988, S. 129; Joseph Walk (Hrsg.), Das Sonderrecht für Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien. Inhalt und Bedeutung II, S. 416, 420, 424, 426.

1. März untersagte das Reichswirtschaftsministerium endgültig die Vergabe öffentlicher Aufträge an jüdische Firmen. Mit dem Gesetz zur Änderung der Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusgemeinden verloren die jüdischen Gemeinden vom 1. April 1938 an den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts (Dok. 23). Dies hatte gravierende finanzielle Auswirkungen, da die Gemeinden nun nicht mehr wie die christlichen Religionsgemeinschaften steuerlich begünstigt waren; sie mussten fortan auf das Gemeindeeigentum – Synagogen, Friedhöfe und karitative Einrichtungen – Steuern zahlen. Gleichzeitig gingen die Gemeindeeinnahmen infolge der Verarmung stark zurück, während die Ausgaben für Sozialfürsorge aufgrund der Ausgrenzung der Juden aus der allgemeinen Fürsorge ständig stiegen. Zudem wurde den Gemeinden mit diesem Gesetz das Recht entzogen, eigene Steuern zu erheben. Unter denjenigen, die als Angestellte oder ehrenamtlich in den Gemeinden arbeiteten, löste diese staatliche Willkürmaßnahme Entsetzen aus. Sie interpretierten sie als Zeichen dafür, dass „die letzte Stunde des deutschen Judentums geschlagen hatte“.<sup>13</sup>

Im Juli 1938 erging das Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung.<sup>14</sup> Es verbot Juden den Immobilienhandel und die Verwaltung von Grundstücken, ebenso das Schausteller- und das Hausierergewerbe. Gerade in diese Berufszweige hatten sich viele ehemals Selbstständige oder entlassene Arbeiter und Angestellte geflüchtet und damit den Unwillen nicht-jüdischer Konkurrenten erregt. Mit der Vierten Verordnung zum Reichsbürgergesetz verloren jüdische Ärzte am 30. September 1938 die Approbation (Dok. 76).<sup>15</sup> Einige durften als „Krankenbehandler“ weiterarbeiten, aber ausschließlich jüdische Patienten medizinisch versorgen. In Berlin erhielten von 1623 jüdischen Ärzten, die im Sommer 1938 noch praktizierten, 426 diese herabsetzende Berufsbezeichnung. Zwei Monate später widerfuhr den jüdischen Rechtsanwälten Ähnliches. Entsprechend der Fünften Verordnung zum Reichsbürgergesetz verloren alle 1753 jüdischen Anwälte, die damals aufgrund von Sonderregelungen für Weltkriegsteilnehmer noch tätig waren, ihre Zulassung; 172 erhielten die Genehmigung, als „Konsulenten“ künftig ausschließlich jüdische Mandanten zu vertreten.<sup>16</sup>

Das erbarmungslose und gleichzeitig differenzierende Vorgehen entsprach den beiden Leitlinien, die Göring nach dem Novemberpogrom immer wieder betonte. Zum einen mussten die Juden, um gefügig zu bleiben, „immer noch etwas zu verlieren“ haben, zum anderen ging es darum, ihre Vertreibung zu forcieren, indem ihnen die materiellen Lebensgrundlagen Stück für Stück entzogen wurden.<sup>17</sup>

In den Sommermonaten des Jahres 1938 bildete die Kennzeichnung der jüdischen Betriebe in verschiedenen Städten des Reichs den Anlass zu tätlichen Angriffen auf Juden. Meist waren es SA- oder NSDAP-Mitglieder, die jüdische Geschäftsinhaber bedrohten, deren nichtjüdische Kundschaft anpöbelten oder denunzierten und so zur Polarisierung des All-

tagslebens beitrugen. Auf die derart aufgeheizte antisemitische Stimmung reagierten die Kommunalbehörden bisweilen mit antijüdischen Bestimmungen von lokaler Reichweite, noch bevor entsprechende reichseinheitliche Vorschriften ergingen. Einheitliche Kennzeichen für jüdische Geschäfte waren zum damaligen Zeitpunkt bereits entworfen, ihre Einführung wurde jedoch auf Intervention Hitlers vorerst verschoben.<sup>18</sup> So blieb es zunächst dabei, dass NS-Aktivistinnen die Geschäfte von Juden mit Farbe beschmierten, um sie als solche kenntlich zu machen. In Berlin allerdings hatten die jüdischen Geschäftsinhaber ihren Namen in 25 Zentimeter großen Buchstaben in Augenhöhe am Schaufenster anbringen und sie somit praktisch selbst kennzeichnen müssen (Dok. 120). Der Sicherheitsdienst der SS (SD) berichtete, „die Aktionen gegen jüdische Geschäfte“ hätten „in vielen Fällen die ‚Arisierung‘ der Geschäfte vorwärts getrieben“ und dazu geführt, dass „der Wille zur Auswanderung eine starke Förderung erfahren“ habe.<sup>19</sup>

Die für das Ende der wirtschaftlichen Tätigkeit deutscher Juden und ihre spätere Enteignung wichtigste Verordnung war gleich nach dem Anschluss, noch im März 1938, in Österreich ausgearbeitet worden. Auf Betreiben Görings wurde sie am 26. April 1938 im gesamten Reichsgebiet eingeführt. Ihr zufolge hatten Juden (gegebenenfalls auch deren nichtjüdische Ehepartner) ihr Vermögen beim zuständigen Finanzamt detailliert anzu-melden, sofern es den Wert von 5000 Reichsmark überschritt (Dok. 29).<sup>20</sup> Der im Reichswirtschaftsministerium für „Arisierungsfragen“ verantwortliche Beamte, Ministerialrat Alf Krüger, Verfasser des Buchs „Die Lösung der Judenfrage in der Wirtschaft“, bezeichnete das Verfahren als „Wegbereiter zu der völligen und endgültigen Entjudung der deutschen Wirtschaft“ und veranschlagte nach der Vermögensanmeldung das „angreifbare“ Vermögen der in Deutschland lebenden Juden auf gut sieben Milliarden Reichsmark. (Zum Vergleich: Die regulären Reichseinnahmen betragen im Haushaltsjahr 1938 rund 17 Milliarden Reichsmark.) Als zumindest vorerst „nicht angreifbar“ galt der Besitz nicht-jüdischer Ehepartner, ebenso der in Deutschland befindliche Besitz von Juden ausländischer Staatsbürgerschaft.<sup>21</sup> Doch mussten sich letztere fortan – unter erheblicher Strafandrohung – Verkäufe und Verpachtungen behördlich genehmigen lassen. Auf diese Weise fielen auch Ausländer unter die deutsche Rassengesetzgebung.

An der Verordnung zur Vermögensanmeldung vom 26. April fällt auf, dass sie den Beauftragten für den Vierjahresplan, also Göring, ermächtigte, „den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens“ festzulegen. Das bedeutete im Klartext: Die deutschen Juden sollten von Staats wegen gezwungen werden, ihr gesamtes verfügbares Vermögen in Reichs-

18 Bella Fromm, Als Hitler mir die Hand küsste, Berlin 1993, S. 294; Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972, S. 163 f.; Cornelia Essner, Die „Nürnberger Gesetze“ oder die Verwaltung des Rassenwahns 1933–1945, Paderborn 2002, S. 246–250; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. von Elke Fröhlich, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 5, München 2000, S. 121 (29.1.1938).

19 SD-Hauptamt II 112, Bericht für Juli 1938, abgedruckt in: NS-Stimmungsberichte (wie Anm. 13), 288–290.

20 Hans Safrian, Hans Witek, Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938, Wien 2008, S. 53–58. Im Wiener Gesetzentwurf lag die Vermögensgrenze für die Anmeldepflicht noch bei 1000 RM; ebd., S. 55.

21 Geheimerlass III Jd. 29/38 des RWM vom 25.7.1938, zit. nach A. J. van der Leeuw, Der Griff des Reiches nach dem Judenvermögen, in: Rechtsprechung zum Wiedergutmachungsrecht 21(1970), S. 383–392, hier: S. 384, 387; Barkai, Boykott (wie Anm. 12), S. 125; Aly, Volksstaat (wie Anm. 10), S. 56.

13 Kurt Jakob Ball-Kaduri, Vor der Katastrophe. Juden in Deutschland 1934–1939, Tel Aviv 1967, S. 126 f.; Otto Dov Kulka, Eberhard Jäckel (Hrsg.), Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945, Düsseldorf 2004, S. 301.

14 Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 6.7.1938; RGBl., 1938 I, S. 823.

15 4. VO zum Reichsbürgergesetz vom 25.7.1938; RGBl., 1938 I, S. 969 f.

16 Barkai, Boykott (wie Anm. 12), S. 133 f.; 5. VO zum Reichsbürgergesetz vom 27.9.1938; RGBl., 1938 I, S. 1403–1406.

17 Susanne Heim, Götz Aly, Staatliche Ordnung und „organische Lösung“. Die Rede Hermann Görings „über die Judenfrage“ vom 6. Dezember 1938, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1992), S. 378–404, hier: S. 387.

kriegsanleihen anzulegen. Formell wurden sie nicht enteignet, sondern der Verfügungsgewalt über ihr Eigentum beraubt. Göring erklärte das Verfahren so: „Der Jude wird aus der Wirtschaft ausgeschieden und tritt seine Wirtschaftsgüter an den Staat ab. Er wird dafür entschädigt. Die Entschädigung wird im Schuldbuch vermerkt und zu einem bestimmten Prozentsatz verzinst.“ Davon sollten die „auf die Rente gesetzten“ Juden leben (Dok. 146). „Denn nur dann“, so Göring an anderer Stelle, „ist es möglich, das Rüstungsprogramm des Führers durchzuführen.“<sup>22</sup>

Wie sehr der Zugriff auf das Vermögen der Juden mit der Staatsverschuldung und dem die Kriegsvorbereitungen hemmenden Devisenmangel zusammenhing, zeigte sich bald. Sechs Tage bevor die Juden ihre Vermögensdeklarationen am 31. Juli 1938 abgeben mussten, ordnete Göring an, diese in den Finanzämtern „mit größter Beschleunigung“ nach ausländischen Wertpapieren durchzusehen. Anschließend wurden die Besitzer gezwungen, diese Effekten der Reichsbank zum Ankauf anzubieten. Auf solche Weise flossen im Herbst 1938 viele Millionen US-Dollar, britische Pfund und Schweizer Franken in die deutsche Kriegskasse. Formell enteignet wurden die betroffenen Juden auch im Fall der Devisenabgabe nicht. Sie erhielten den amtlich festgelegten „Gegenwert“ in der international wertlos gewordenen Reichsmark-Währung.<sup>23</sup>

Aus der Sicht derer, die die wirtschaftliche Entrechtung der Juden vorantrieben, erfüllte die „Arisierung“ drei Zwecke: Erstens erlaubte sie die sofortige oder künftige Enteignung zugunsten des deutschen Staats; zweitens beschränkte sie im Interesse „arischer“ Mittelständler und Kleingewerbetreibender deren jüdische Konkurrenz; drittens sollten Isolation, Erniedrigung und Ausgrenzung den Juden das Leben in Deutschland unerträglich machen und sie in die Emigration treiben.

Alle genannten Maßnahmen liefen auf die schnelle Verarmung der jüdischen Bevölkerung hinaus, und ebendiese beeinträchtigte das andere Ziel der antijüdischen Politik, die Massenauswanderung aus Deutschland. Denn die besten Chancen zu emigrieren hatten die Juden, die noch ein gewisses Vermögen besaßen, während die mittellosen, an deren Vertreibung die Institutionen der Verfolgung ein besonderes Interesse hatten, Gefahr liefen, in Deutschland zurückzubleiben. Den selbst geschaffenen Zielkonflikt zwischen Enteignung und Vertreibung löste die deutsche Staatsführung auf ihre Weise: Sie kombinierte die Enteignung mit punktuellen und systematischem Terror.

## Das KZ-System

Seit Heinrich Himmler im Juni 1936 Chef der deutschen Polizei geworden war, betrieb er den Aufbau eines neuen Systems von Konzentrationslagern. Bis zum Sommer 1937 schloss er die Schutzhaftlager aus der Anfangsphase, bestehen blieb nur das KZ Dachau. Er ließ es erheblich erweitern und 1936 in Sachsenhausen bei Oranienburg ein nach seinen Worten „vollkommen neues, jederzeit erweiterungsfähiges, modernes und neuzeitliches Konzentrationslager“<sup>24</sup> errichten: das erste einer Reihe von Lagern neuen

Typs, die für eine erheblich größere Zahl von Häftlingen ausgelegt waren. Im Jahr 1938 siedelte die Inspektion der Konzentrationslager nach Oranienburg um. Sie verwaltete von dort aus alle Konzentrationslager sowie die SS-Totenkopfverbände, die Himmler erheblich verstärkte und von Wachmannschaften zu militärisch und ideologisch geschulten Einheiten umbildete. In den Jahren 1937/38 entstanden in Buchenwald und Flossenbürg weitere Lager, wenige Monate nach dem Anschluss folgte in Mauthausen das erste Konzentrationslager auf österreichischem Gebiet,<sup>25</sup> im Mai 1939 das Frauen-KZ in Ravensbrück.

Nutzte die SS die Konzentrationslager anfangs vorrangig dazu, innenpolitische Gegner zu terrorisieren und einzuschüchtern, so trat diese Funktion mit der Konsolidierung der NS-Herrschaft in den Hintergrund. Von 1936 an nahm die Gestapo gemeinsam mit der Kriminalpolizei sogenannte Asoziale, Berufs- und Gewohnheitsverbrecher ins Visier, Menschen, die hinsichtlich ihres Arbeits- und Sozialverhaltens nicht den Normvorstellungen entsprachen. 1936 und 1937 verschleppte die Gestapo in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei mehr als 3000 Bettler, Obdachlose, Prostituierte und mehrfach Vorbestrafte in die KZ.<sup>26</sup> Der „Erlass über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei“ vom 14. Dezember 1937 legalisierte die Verhaftungen im Nachhinein und bildete zusammen mit dem erweiterten Schutzhafterlass vom Januar 1938 die gesetzliche Grundlage für die Aktion „Arbeitsscheu Reich“ im Jahr 1938. Nachdem die Arbeitsämter der Gestapo „Arbeitsunwillige“ gemeldet hatten, verhafteten deren Beamte in der letzten Aprilwoche 1938 zwischen 1500 und 2000 Personen und überstellten sie dem KZ Buchenwald.<sup>27</sup> Die nächste Massenverhaftung folgte im Juni. Sie richtete sich vornehmlich gegen Obdachlose, Bettler und der Zuhälterei Verdächtige. Diesmal führte die Kriminalpolizei die Verhaftungen durch, von den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern unterstützt und mit Namenslisten versehen. Auf Anweisung Heydrichs sollten in jedem Kripoleitstellenbezirk mindestens 200 als asozial betrachtete Männer in Vorbeugehaft genommen werden (Dok. 31, 88). Die Zahl der tatsächlich Verhafteten ging über das angeordnete Minimum deutlich hinaus: Insgesamt wurden etwa 10 000 Menschen in Buchenwald, Sachsenhausen und Dachau eingeliefert. Sowohl im April als auch im Juni wurde Wert darauf gelegt, dass die Verhafteten arbeitsfähig waren.

Zu den Opfern der „Juni-Aktion“ zählten auch 1500 Juden, die vorbestraft oder wegen geringfügiger, oft Jahre zurückliegender Ordnungswidrigkeiten der Polizei bekannt waren.<sup>28</sup> In den ersten Tagen der Aktion waren die Gründe für die Verhaftungen noch völlig

25 Florian Freund, Bertrand Perz, Mauthausen – Stammlager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.), *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager* Bd. 4, München 2006, S. 293–346; Michel Fabréguet, *Camp de concentration national-socialiste en Autriche rattachée (1938–1945)* (= *Bibliothèque d'histoire moderne et contemporaine* Bd. 1), Paris 1999.

26 Orth, *Das System* (wie Anm. 24), S. 47; Falk Pingel, *Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager*, Hamburg 1978, S. 70–72.

27 Klaus Drobisch, Günther Wieland, *System der NS-Konzentrationslager 1933–1939*, Berlin 1993, S. 284–286; Wolfgang Ayaß, „Asoziale“ im Nationalsozialismus, Stuttgart 1995, S. 140–147. Der Himmler-Erlass ist neben weiteren Dokumenten zur Verfolgung von „Asozialen“ abgedruckt in: „Gemeinschaftsfremde“. Quellen zur Verfolgung von „Asozialen“ 1933–1945, bearb. v. Wolfgang Ayaß, Koblenz 1998.

28 Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, Bd. 1: *Die Jahre der Verfolgung 1933–1939*, München 1998, S. 282.

22 Heim, Aly, *Staatliche Ordnung* (wie Anm. 17), S. 392.

23 RWM (III Jd. 29/38) vom 25.7.1938; PAAA, R 99295.

24 Zit. nach: Karin Orth, *Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte*, Hamburg 1999, S. 36.

unbekannt; die Tatsache, dass niemand wusste, nach welchen Kriterien ahnungslose Menschen plötzlich von der Polizei abgeholt und wohin sie gebracht wurden, führte zu unbestimmter, sich rasch ausbreitender Angst. Sie traf insbesondere die Angehörigen und Freunde solcher Juden, die im Lager Sachsenhausen wochenlang ohne jeden Kontakt zur Außenwelt in strenger Isolation gehalten wurden. Im KZ Buchenwald war es den Häftlingen zumindest nach zwei Wochen erlaubt, ihren Angehörigen ein Lebenszeichen zukommen zu lassen.<sup>29</sup> Die neu Inhaftierten mussten extrem harte Zwangsarbeit leisten, der auch kräftige Menschen nicht lange standhielten.<sup>30</sup> In Buchenwald, wo nach der „Juni-Aktion“ 7850 Menschen inhaftiert waren, darunter etwa 1250 Juden, sollen im Tagesdurchschnitt sechs bis acht Häftlinge gestorben sein – entweder infolge von Misshandlungen, von allgemeiner Entkräftung oder weil sie verzweifelten und sich in den elektrisch geladenen Stacheldrahtzaun des Lagers warfen.

Oft quälten die Wachmänner insbesondere jüdische Häftlinge. Aus Buchenwald wurde in jenen Wochen berichtet: „Ein Jude hatte beim Steintragen einen Stein gefasst, der etwa 40 Pfund wog. Darauf wurde er angeschrien, er solle das Ding mal hergeben und sich einen größeren Stein suchen. Während der Jude ging, nahm der Wachtmann den kleineren Stein und schleuderte ihn mit voller Wucht nach dem Juden; dieser wurde ins Genick getroffen und war tot. Auch sonst sterben dauernd Häftlinge an den direkten Folgen von Misshandlungen. Z. B. starb im Juli einer der jüdischen Häftlinge an doppeltem Nierenbeckenbruch infolge von Fußstritten.“ Häftlinge, die Anzeichen von Erschöpfung zeigten, mussten mit schwersten Lagerstrafen wegen „Gehorsamsverweigerung“ rechnen. Zu den grausamsten Strafen, die besonders gegen jüdische Häftlinge verhängt wurden, zählte der „Galgen“: das Aufhängen an den auf dem Rücken zusammengebundenen Handgelenken an einem Baum, bis der Gefolterte das Bewusstsein verlor.<sup>31</sup>

In der Zeit zwischen November 1936 und Anfang November 1938 verfünffachte sich die Zahl der Konzentrationslagerhäftlinge auf 24 000. Während in Buchenwald und Sachsenhausen im Sommer 1938 mehrheitlich sogenannte Arbeitsscheue oder Berufsverbrecher inhaftiert waren, saßen von den 5500 Häftlingen in Dachau 4155 aus politischen Gründen ein. Die allermeisten waren Österreicher.<sup>32</sup>

Der Ausbau der Konzentrationslager zu Stätten der Zwangsarbeit sollte als Generalprävention wirken und die allgemeine Arbeitsmoral heben. Er korrespondierte mit den Bauvorhaben zur gigantomanischen Neugestaltung Berlins und anderer Städte.<sup>33</sup>

29 Ben Barkow, Raphael Gross, Michael Lenarz (Hrsg.), Novemberpogrom 1938. Die Augenzeugenberichte der Wiener Library, London, Frankfurt a.M. 2008, S. 46, 64 f.

30 Ayaß, „Asoziale“ (wie Anm. 27), S. 147–165; Patrick Wagner, Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, Hamburg 1996, S. 279–292; Stefanie Schüler-Springorum, Masseneinweisungen in Konzentrationslager: Aktion „Arbeitsscheue Reich“, Novemberpogrom, Aktion „Gewitter“, in: Wolfgang Benz, Barbara Diestel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der Konzentrationslager, Bd. 1, München 2005, S. 156–164.

31 Barkow, Gross, Lenarz (Hrsg.), Novemberpogrom 1938 (wie Anm. 29), S. 69–77, Zitat: S. 75.

32 Orth, Das System (wie Anm. 24), S. 51; Ulrich Herbert, Karin Orth, Christoph Dieckmann, Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Geschichte, Erinnerung, Forschung, in: dies. (Hrsg.), Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Göttingen 1998, S. 17–40, hier: S. 28.

33 Susanne Willems, Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau, Berlin 2000, S. 22 f.

In Sachsenhausen sowie in dessen Nebenlager Neuengamme errichtete die SS Klinkerwerke für die Ziegelproduktion; als Standort für das Lager Mauthausen wählten Himmeler und der Chef der SS-Wirtschaftsverwaltung Oswald Pohl einen Steinbruch, ebenso für das KZ Flossenbürg und das 1940 errichtete schlesische KZ Groß-Rosen. Die Ortswahl für das KZ Natzweiler-Struthof im Elsass ging vermutlich auf die Anregung Speers zurück, dem die dortigen Granitvorkommen 1940 während einer Besichtigungsreise aufgefallen waren. Zwischen April 1938 und Mai 1939 entstanden unter der Ägide der SS verschiedene Firmen zur wirtschaftlichen Nutzung der Häftlingsarbeit. Das Verwaltungsamt der SS, nunmehr zum Hauptamt Verwaltung und Wirtschaft umgestaltet, fasste die den Konzentrationslagern angegliederten Produktionsstätten zusammen.<sup>34</sup>

## Judenexperten bei Polizei und SD

Der anfänglich kleine Stab des Sicherheitsdienstes beschränkte sich in den ersten Jahren der NS-Herrschaft auf das Sammeln von Informationen über verschiedene Gruppen von vermeintlichen oder tatsächlichen Gegnern des NS-Regimes. Entsprechend befassten sich die SD-Männer, die für die „Judenfrage“ zuständig waren, zunächst vornehmlich mit der Observation jüdischer Organisationen und Einzelpersonen. In der Anfangsphase seiner Tätigkeit war der SD mehrfach umgestaltet worden. Von 1936 an existierte im Amt II (Inland) die Zentralabteilung II/1, die die Aktivitäten der „weltanschaulichen Gegner“ des Nationalsozialismus verfolgte. Ihr war die Hauptabteilung II/11 nachgeordnet, die Kirchen und Juden überwachte. Die Abteilung II 111 forschte die Freimaurer aus, Abteilung II 112 die deutschen Juden und die Abteilung II 113 „konfessionelle politische Strömungen“, insbesondere den politischen Katholizismus. Die bald so bezeichnete Judenabteilung II 112 war untergliedert in die Referate „Assimilanten“ (II 1121), „Orthodoxe und Karitative“ (II 1122) und „Zionisten“ (II 1123). Während die Leitung der Abteilung II 112 in den Jahren 1935 bis 1938 mehrfach wechselte, blieb der seit 1934 im SD-Hauptamt tätige Adolf Eichmann durchgehend für die Zionisten zuständig und gewährleistete so die Kontinuität der SD-Judenverfolgung.<sup>35</sup>

34 Ende April 1938 errichtete die SS die Deutschen Erd- und Steinwerke GmbH (DESt), im Januar 1939 die Deutsche Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung mbH (DVA), im Mai 1939 die Deutschen Ausrüstungswerke; Walter Naasner, SS-Wirtschaft und SS-Verwaltung. „Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt und die unter seiner Dienstaufsicht stehenden wirtschaftlichen Unternehmungen“ und weitere Dokumente, Düsseldorf 1998, S. 214; Orth, Das System (wie Anm. 24), S. 48 f.; Jan Erik Schulte, Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt und die Expansion des KZ-Systems, in: Benz, Diestel (Hrsg.), Ort des Terrors, Bd. 1 (wie Anm. 30), S. 141–155, hier: S. 143–145.

35 Zur Organisationsstruktur und Entwicklung der Judenpolitik des SD und Eichmanns Rolle: Klaus Drobisch, Die Judenreferate des Geheimen Staatspolizeiamtes und des Sicherheitsdienstes der SS 1933 bis 1939, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2, Frankfurt a.M. 1992, S. 230–254; Michael Wildt (Hrsg.), Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation, München 1995; Hans Safrian, Eichmann und seine Gehilfen, Frankfurt a.M. 1995, S. 24–28; Yaakov Lozowick, Hitlers Bürokraten. Eichmann, seine willigen Vollstrecker und die Banalität des Bösen, Zürich 2000, S. 36–62.

Seit Herbst 1937 leitete Herbert Hagen die Judenabteilung des SD, der neben Eichmann auch Dieter Wisliceny und Theodor Dannecker angehörten. Somit waren die vier Männer versammelt, die in den folgenden sieben Jahren die Judenpolitik des SD auch in den besetzten und verbündeten Ländern wesentlich prägten, einschließlich der Deportations- und Vernichtungspraxis. Sie beobachteten nicht nur, sondern entwickelten Konzepte zur möglichst raschen Dissimilierung und Vertreibung der Juden. Dem entsprach in der Zeit vor Beginn des Zweiten Weltkriegs die Förderung der Zionisten und der Auswanderungsbemühungen einerseits, das Zurückdrängen der im deutschen Judentum starken assimilationistischen Kräfte andererseits.

Unter Hagens Leitung beanspruchte das Referat II 112 eine „gewisse geistige Führung“. Seine Mitarbeiter gaben Stellungnahmen zu den von der Ministerialbürokratie ausgearbeiteten antijüdischen Maßnahmen ab und intervenierten mit wachsender Durchsetzungsfähigkeit bei anderen Behörden, so zum Beispiel im Fall der „Richtlinien für die Behandlung von Juden und Judenangelegenheiten“, die der Berliner Polizeipräsident Graf von Helldorf im Juli 1938 erließ. Er zählte darin die legalen Möglichkeiten auf, mit denen jüdische Deutsche benachteiligt und unter Druck gesetzt werden konnten (Dok. 68). Als Zweck führte er an, „die Juden zur Auswanderung zu bringen und nicht etwa ohne Aussicht auf diesen Erfolg planlos zu schikanieren“. Der Anweisung vorausgegangen war eine längere Diskussion, die der mächtige Berliner Gauleiter Goebbels mit dem Ziel initiiert hatte, Berlin „judenfrei“ zu machen. Die SD-Leute wiesen das Vertreibungsvorhaben Goebbels' erfolgreich zurück, weil es allein auf die Reichshauptstadt gerichtet sei und den Juden weitere Erwerbsmöglichkeiten nehmen würde, ohne ihre Auswanderungschancen zu verbessern.

Zunehmend zogen die SD-Judenexperten auch exekutive Kompetenzen an sich, die bis dahin dem Geheimen Staatspolizeiamt vorbehalten gewesen waren. Sie bestellten die Repräsentanten jüdischer Organisationen zum Rapport und erteilten ihnen Anweisungen, dass sie die Emigration der Juden zu beschleunigen oder jüdische Zwangsarbeiter bereitzustellen hätten (Dok. 295). Auf Veranlassung des SD wurden alle Juden ausländischer Staatsangehörigkeit aus leitenden Positionen und einfachen Anstellungsverhältnissen in jüdischen Organisationen entfernt.<sup>36</sup>

Gelegentlich entstanden Irritationen hinsichtlich der Priorität der jüdischen Auswanderung. Etwa wenn das Auswärtige Amt dafür plädierte, die Emigration nach Palästina zu drosseln, weil es die in greifbare Nähe gerückte Gründung eines jüdischen Staats als Gefahr ansah, oder wenn Himmler im Frühjahr 1938 vorübergehend die Position vertrat, dass „Deutschland nicht mit den Juden sein kostbarstes Pfand aus der Hand geben“, mit anderen Worten: sie als Geiseln behalten solle.<sup>37</sup> Auch Hitler deutete die Möglichkeit der Geiselnahme an, als er in seiner Rede vor dem Reichstag Ende Januar 1939 ankündigte: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ (Dok. 248).<sup>38</sup>

36 Longerich, Politik der Vernichtung (wie Anm. 2), S. 173; Arbeitsanweisung für das Sachgebiet II 112; RGVA, 500k/1/506, Abdruck in: Wildt (Hrsg.), Judenpolitik (wie Anm. 35), S. 156–160.

37 Zit. nach Longerich, Politik der Vernichtung (wie Anm. 2), S. 171.

38 Heiko Heinisch, Hitlers Geiseln. Hegemonialpläne und der Holocaust. Wien 2005, S. 77–89.

Alles in allem gelang es den SD-Judenexperten im Verlauf des Jahres 1938, die konsequente Vertreibung der Juden aus Deutschland als Leitlinie der antijüdischen Politik durchzusetzen und die befürchtete Stagnation der jüdischen Auswanderung abzuwenden.

Der Anschluss Österreichs bot eine willkommene Gelegenheit, Initiative zu zeigen. Zwei Tage nach dem Einmarsch deutscher Soldaten reisten Eichmann und Hagen nach Wien. Dort errichtete Eichmann die vom SD bereits 1937 geforderte Zentralstelle für jüdische Auswanderung.<sup>39</sup> (Ihre Arbeitsweise wird im Abschnitt „Arisierung und Vertreibung in Österreich“ beschrieben.) Sie funktionierte so effizient, dass sie schon nach einigen Monaten zum Vorbild für die Reichszentrale für jüdische Auswanderung in Berlin sowie später für die Zentralstellen in Prag und Amsterdam wurde.<sup>40</sup> Die Leitung der Reichszentrale übertrug Göring am 24. Januar 1939 dem Chef der Sicherheitspolizei Heydrich (Dok. 243) und verhalf damit dessen SS- und Polizeiapparat zur Vormachtstellung in der Judenpolitik. Als Geschäftsführer der Reichszentrale setzte Heydrich einen seiner engsten Vertrauten, Gestapo-Chef Heinrich Müller, ein.

In Berlin hatte Eichmann im Mitarbeiterstab des SD keine herausragende Rolle gespielt. Mit seiner Versetzung nach Wien begann ein neuer Abschnitt seiner Karriere. Dort machte er auch gegenüber der Wiener Gestapo seinen Anspruch geltend, dass dem SD beziehungsweise der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in allen Fragen der Judenpolitik das letzte Wort zustehe.<sup>41</sup> Während der SD im Altreich der Gestapo noch zugeordnet und diese hinsichtlich der antijüdischen Politik beraten hatte, bot sich Eichmann und seinen Kollegen nach dem Anschluss Österreichs die Möglichkeit, selbst das Heft in die Hand zu nehmen. Waren sie in Berlin noch Ideengeber der Judenpolitik gewesen, wandelten sie sich in Wien zu Exekutoren.<sup>42</sup>

Die meisten Juden fürchteten weniger den SD, der als Nachrichtendienst eher im Hintergrund wirkte, als vielmehr die Gestapo. Deren Beamte durchsuchten Wohnungen, führten Razzien in jüdischen Einrichtungen durch, erteilten jüdischen Repräsentanten Weisungen oder nahmen Einzelpersonen in „Schutzhaft“. Die Gestapo war die zentrale Institution des Staatsterrors, und die Juden, die den NS-Behörden als die Verkör-

39 Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 2001, S. 212.

40 Gabriele Anderl, Die Zentralstellen für jüdische Auswanderung in Wien, Berlin und Prag – ein Vergleich, in: TAJB XXIII/1994, S. 275–299.

41 Im Sommer 1939 forderte Eichmann vom Amtsdirektor der Israelitischen Kultusgemeinde, Löwenherz, dass alle Anträge jüdischer Organisationen zuerst bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung einzureichen seien; die Gestapo stellte Löwenherz deswegen zur Rede; nach mehrtägigem Tauziehen endete das Kompetenzgerangel mit einem Kompromiss: Gesuche, die Auswanderung betreffend, waren an die Zentralstelle zu richten; die Gestapo hatte über die Genehmigung von Betveranstaltungen und Organisationsfragen zu entscheiden; Vollständiger Bericht von Dr. Löwenherz über die Tätigkeit Eichmanns und Brunners in Wien–Prag–Berlin 1938–45, zusammengestellt durch Tuvia Friedman, Haifa 1995, S. 15.

42 Safrian, Eichmann (wie Anm. 35), S. 39–43; Vollständiger Bericht von Dr. Löwenherz (wie Anm. 41), S. 10, 15; Doron Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat, Frankfurt a.M. 2000, S. 70, 111–113, 147–151; Bericht ohne Datum (Eingangsstempel Chef der Sipo: 7.11.1938) „Betr.: Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien“; BArch, R 58/486, Bl. 29–31; Bericht Hagens vom 16. 5. 1939 „Betr.: Jüdische Auswanderung aus der Ostmark“ ebd. Bl. 29–31.

perung des Staatsfeinds galten, hatten von ihr mehr zu befürchten als alle anderen Deutschen.<sup>43</sup>

Die Vorläuferin der Gestapo war die Politische Polizei in der Weimarer Republik, und die Gestapo-Beamten stammten überwiegend aus dem regulären Polizeidienst, nur ausnahmsweise aus weltanschaulich geprägten nazistischen Sonderformationen. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme hatte es zwar keine weitreichende Säuberung des Polizeiapparats gegeben, auf der Führungsebene jedoch zahlreiche Umbesetzungen. Zunächst unterstand die Politische Polizei in Preußen noch den Regierungspräsidenten, jedoch vom Frühjahr 1934 an ausschließlich und unmittelbar dem Preussischen Ministerpräsidenten Göring. Der Personalbestand wuchs schnell: 1934 gehörten der Gestapo rund 2000 Polizisten an, 1938 etwa 7000 und 31 000 im Jahr 1944.<sup>44</sup> War es die traditionelle Aufgabe der Politischen Polizei gewesen, Staatsfeinde zu verfolgen, so dehnte die Gestapo ihr Aufgabengebiet schrittweise aus. Nach dem Verständnis von Werner Best, der als Stellvertreter Heydrichs immer wieder über das Verhältnis von polizeilicher Praxis und nationalsozialistischem Programm schrieb, sollte die Gestapo den „politischen Gesundheitszustand des deutschen Volkskörpers“ überwachen und dessen „Krankheitssymptome“ mit allen Mitteln bekämpfen. Daraus leitete sich das Selbstverständnis ab, präventiv und möglichst frei von gesetzlichen Zwängen und Aufsicht führenden Behörden zu handeln. Dies schloss die Verhängung von „Schutzhaft“, Folter und gegebenenfalls Mord ein.<sup>45</sup>

Als Heinrich Himmler im Juni 1936 zum Chef der deutschen Polizei ernannt wurde, übertrug er Reinhard Heydrich, der bereits die Gestapo leitete, auch noch die Leitung des Hauptamts Sicherheitspolizei und machte ihn somit zusätzlich zum obersten Dienstherrn der Kriminalpolizei. Außer auf die Kripo konnte die Gestapo auf die Unterstützung anderer Polizeibehörden zurückgreifen, denen gegenüber sie weisungsbefugt war. Bei großen Verhaftungsaktionen agierten häufig Gendarmerie, Schutz- oder Gemeindepolizisten im Auftrag der Gestapo. Sowohl die im Oktober 1938 abgeschobenen polnischen Juden als auch die beim Novemberpogrom Verhafteten wurden meist von Beamten der Ordnungspolizei abgeführt, die ihre Aufgabe bisweilen ohne großen Eifer versahen.

Neben den regulären Polizeigefängnissen verfügte die Gestapo in größeren Städten über eigene „Hausgefängnisse“. Außerdem konnte sie Gefangene in die ihr unterstehenden Arbeitserziehungslager einweisen. In den Konzentrationslagern, die innerhalb des SS-Apparats separat verwaltet wurden, errichteten die Gestapo-Männer das Schreckensregiment der Politischen Abteilungen. Trotz ihrer starken Position im nationalsozialisti-

43 Holger Berschel, *Bürokratie und Terror. Das Judenreferat der Gestapo Düsseldorf 1935–1945*, Essen 2001; Gerhard Paul, Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), *Die Gestapo – Mythos und Realität*, Darmstadt 2003; Robert Gellately, *Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933–1945*, Paderborn 1993; Drobisch, *Judenreferate* (wie Anm. 35); Eric Johnson, *Der nationalsozialistische Terror. Gestapo, Juden und gewöhnliche Deutsche*, Berlin 2000; Adolf Diamant, *Gestapo Frankfurt a.M. Zur Geschichte einer verbrecherischen Organisation in den Jahren 1933–1945*, Frankfurt a.M. 1988; ders., *Gestapo Leipzig. Zur Geschichte einer verbrecherischen Organisation in den Jahren 1933–1945*, Frankfurt a.M. 1990; ders., *Gestapo Chemnitz und die Gestapoaußenstellen Plauen i.V. und Zwickau. Zur Geschichte einer verbrecherischen Organisation in den Jahren 1933–1945*, Chemnitz 1999; Carsten Dams, Michael Stolle, *Die Gestapo. Herrschaft und Terror im Dritten Reich*, München 2008.

44 Berschel, *Bürokratie* (wie Anm. 43), S. 42; Dams, Stolle, *Gestapo* (wie Anm. 43), S. 46.

schen Machtgefüge war die Gestapo nur bedingt zu einer lückenlosen Überwachung in der Lage. Das lag zum einen an der Größe ihres Aufgabenfelds, das von der Überwachung von Kommunisten und Katholiken über die Verfolgung von Homosexuellen bis hin zur Disziplinierung von Millionen von Zwangsarbeitern im Krieg reichte. Zum anderen bestand das Problem der Gestapo in der Informationsbeschaffung. Sie stützte sich auf bezahlte V-Leute, freiwillige Spitzel und Gelegenheitsdenunzianten. Mehr als die Hälfte aller Ermittlungsverfahren, die die Gestapo einleitete, gingen auf Letztere zurück, und vielfach erwiesen sie sich bald als haltlos. Wer einmal ins Visier der Gestapo geraten war, musste, selbst wenn der Ursprungsverdacht sich als falsch herausstellte, damit rechnen, dass sein Privatleben genauestens erforscht, Verwandte, Freunde und Kollegen verhört wurden und er selbst bis zur Klärung des Sachverhalts in Schutzhaft genommen wurde. Im Herbst 1939 wurde schließlich die Judenpolitik von SD und Gestapo im neu gegründeten Reichssicherheitshauptamt unter Leitung des bisherigen Gestapo-Chefs Heinrich Müller zusammengeführt.<sup>46</sup>

## Judentum und Antisemitismus in Österreich

Zu Beginn des Jahres 1938 lebten zwischen 185 000 und 200 000 Juden in Österreich, etwa 165 000 von ihnen in Wien. Ihre Situation unterschied sich von derjenigen der deutschen Juden in einigen wesentlichen Punkten: Ihr Anteil an der Bevölkerung war etwa viermal so groß wie im Altreich (2,83 bzw. 0,76 Prozent)<sup>47</sup>, und im Durchschnitt waren sie erheblich ärmer. Die Zahl der Juden hatte mit der Industrialisierung und dem Wachstum der Stadt Wien rasch zugenommen. 1870 wohnten dort 40 000 Juden, 1890 rund 120 000 und 1920 etwa 200 000, dabei blieb ihr Bevölkerungsanteil mit knapp neun Prozent relativ konstant.<sup>48</sup>

In der Revolution von 1848 hatte sich die jüdische Intelligenz auf die Seite des liberalen Bürgertums gestellt und für die allgemeinen Bürgerrechte gestritten.<sup>49</sup> Zwar blieb bis in die 1850er-Jahre „für Juden, die sich nicht taufen lassen wollten, der Kaufmannsberuf so gut wie der einzig mögliche“<sup>50</sup> doch veränderte sich diese Berufsstruktur mit dem Fall gesetzlicher und gesellschaftlicher Barrieren allmählich. In der Zeit zwischen der Emanzipation im Jahr 1867 und dem Jahr 1910 zogen aus den östlichen Randgebieten der Monarchie – namentlich aus Galizien und der Bukowina – einige Zehntausend Juden nach Wien. Die Zuwanderer waren in ihrer Mehrzahl sehr arm und gehörten der orthodoxen Glaubensrichtung des Judentums an. Meist behielten sie auch nach der

46 Hans Buchheim, *Die SS – Das Herrschaftsinstrument. Befehl und Gehorsam* (= Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen, Helmut Krausnick, *Anatomie des SS-Staats* Bd. I), Olten 1965, S. 76 f., 172–181.

47 Das 1927 erschienene *Jüdische Lexikon* gibt deutlich höhere Zahlen an. Demnach wurde die Zahl der Juden für 1930 auf 225 000 geschätzt; *Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden*, Band IV/2, S. 633.

48 Steven Beller, *Wien und die Juden 1867–1938*, Wien 1993, S. 54; Klaus Hödl, *Als Bettler in die Leopoldstadt. Galizische Juden auf dem Weg nach Wien*, Wien 1994, S. 279.

49 Robert S. Wistrich, *The Jews of Vienna in the Age of Franz Joseph*, Oxford 1990, S. 26–30; Sigmund Mayer, *Die Wiener Juden. Kommerz, Kultur, Politik 1700–1900*, Wien 1917, S. 207–233, 373 f.

50 Marsha L. Rozenblit, *Die Juden Wiens 1867–1914. Assimilation und Identität*, Wien 1988, S. 55.

Übersiedlung nach Wien ihre kulturelle Identität und den Kleidungs- und Lebensstil des Schtetls bei.<sup>51</sup>

Einigen allerdings gelang im Wien der Gründerzeit ein bemerkenswerter beruflicher Aufstieg: vom Kleinhändler über den familieneigenen Manufakturbetrieb zum Industriellen, vom „Zeugjuden“ zum Textilfabrikanten. Andere Neuankömmlinge aus allen Teilen der Doppelmonarchie drängten nun in die den Juden lange Zeit versperrten freien Berufe. Sie wurden Ärzte und Anwälte, Börsenmakler, Publizisten. Ähnlich wie diejenigen in Berlin, Warschau oder Budapest unterschieden sich die Wiener Juden in ihrem ausgeprägten Bildungswillen von der christlichen Mehrheitsbevölkerung. 1912 war jeder dritte Wiener Gymnasiast Jude, dreimal mehr, als dem Bevölkerungsanteil entsprochen hätte. Während um 1900 nur 5,3 Prozent der Christen eines Jahrgangs studierten (ohne das Fach Theologie), waren es unter den Juden 24,5 Prozent. Sie stellten in Wien und an der Deutschen Universität Prag fast ein Drittel der Studenten.<sup>52</sup>

Um die Wende zum 20. Jahrhundert gehörte Wien zu den kulturellen, vom liberalen Bürgertum und wesentlich auch von seiner jüdischen Intelligenz geprägten Zentren Europas. Internationale Berühmtheit erlangte die Mittwochsgesellschaft um Sigmund Freud, zu der viele Juden gehörten, ebenso der Wiener Kreis, in dem sich Philosophen und Sozialwissenschaftler wie Otto Neurath, Rudolf Goldscheid, Hans Hahn und Philipp Frank trafen. Zahlreiche jüdische Intellektuelle fanden ihre politische Heimat in einem der sozialistischen Zirkel und bei den Theoretikern des Austromarxismus um Rudolf Hilferding und Otto Bauer oder sie engagierten sich in den sozialen Reformbewegungen, die für Frauenrechte, Pazifismus oder verbesserte Volksbildung eintraten. Hans Kelsen entwickelte in Wien seine „reine Rechtslehre“, Arnold Schönberg die Zwölftonmusik. In der Zwischenkriegszeit lud Stefan Zweig Schriftstellerkollegen wie Robert Musil, Joseph Roth und Franz Werfel zu regelmäßigen Gesprächen in seine Wiener Wohnung. Das private Mäzenatentum lag überwiegend in den Händen von Juden, wengleich dieses Engagement manche von ihnen an den Rand des Ruins brachte, wie etwa Fritz Warndörfer, den Sohn eines Textilindustriellen und Förderer der Wiener Werkstätte. Wegen ihrer zahlreichen jüdischen Gönner wurde der Kunstrichtung der Wiener Secession zu der u. a. Gustav Klimt, Joseph Maria Olbrich und Ernst Stöhr gehörten, ein „goût juif“ nachgesagt.<sup>53</sup>

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich auf der Basis religiös geprägter Vorläufer der österreichische Antisemitismus zur Massenbewegung. Journalisten deuteten den Börsenkrach von 1873 und die darauf folgende Krise als „Quittung“ für die Judenemanzipation und polemisierten gegen die angebliche Ausplünderung der Christen durch jüdische Spekulanten.<sup>54</sup> 1878 schloss die erste Wiener Burschenschaft ihre jüdischen Mitglieder aus, weil sie, auch wenn getauft, nicht als Deutsche angesehen werden könnten. Aus der schlagenden Studentenverbindung Albia trat Theodor Herzl aus, als die dort organisierten Studenten 1880 den Beschluss fassten, dass fortan keine Juden mehr als

51 Bruce Pauley, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung, Wien 1993, S. 104 f.

52 Brigitte Hamann, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München 1989, S. 469 f.

53 Beller, Wien und die Juden (wie Anm. 48), S. 22–41.

54 Rudolf Spitzer, Des Bürgermeisters Lueger Lumpen und Steuerträger, Wien 1988, S. 89; Michael Wladika, Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k.u.k. Monarchie, Wien 2005, S. 184–190.

Mitglieder aufgenommen werden sollten. „Die es schon waren“, so berichtet Herzl in einer autobiographischen Skizze, „erhielten die freundliche Erlaubnis in der Verbindung zu bleiben. Ich sagte den edlen jungen Leuten Lebewohl.“<sup>55</sup> Der Vereinsantisemitismus breitete sich rasch aus. Im April 1908 feierte beispielsweise der Niederösterreichische Turnergau das zwanzigjährige Jubiläum seiner „Entjudung“ mit einem „Festschauturnen“. Als Reaktion auf die Diskriminierung bildeten Juden eigene Vereinigungen. Zum Beispiel gründeten jüdische Studenten 1883 die schlagende Verbindung Kadimah, in der sich vorwiegend Zionisten zusammenfanden, um die jüdische Ehre gegebenenfalls im Duell zu verteidigen.

Ende der 1880er-Jahre entstand der Christlich-Soziale Verein, der vielen österreichischen Antisemiten eine politische Heimat bot. Der führende Kopf dieses schon bald in eine Partei umgewandelten Zusammenschlusses war der spätere Wiener Bürgermeister Karl Lueger (1844–1910). Als Sohn eines Militärintaliden und Schulhausmeisters schaffte es Lueger zum promovierten Juristen. Bevor er in die Politik wechselte, arbeitete er als tatkräftiger Rechtsanwalt kleiner Leute. Seinen Weg zum Bürgermeister von Wien erstritt er sich als Volkstribun, als einer, der die soziale Not in der rasch wachsenden Metropole kannte. Er engagierte sich für die mehrheitlich in Armut lebenden Einwohner der Stadt, pflegte Witz und klare Worte, patriarchalischen Sozialkatholizismus und hemmungslose Reden gegen die Juden. „Der Einfluß auf die Massen“, so behauptete er 1899, „ist bei uns in den Händen der Juden, der größte Theil der Presse ist in ihren Händen, der weitaus größte Theil des Capitals und speciell des Großkapitals ist in Judenhänden, und die Juden üben hier einen Terrorismus aus, wie er ärger nicht gedacht werden kann. Es handelt sich uns darum in Österreich vor allem um die Befreiung des christlichen Volkes aus der Vorherrschaft des Judenthums.“<sup>56</sup>

Wie Lueger so hatte auch sein politisch nah verwandter Gegenspieler Georg Ritter von Schönerer (1842–1921) seine politische Laufbahn 1875 als Liberaler begonnen, wandte sich jedoch nach wenigen Jahren den Deutschnationalen zu. Auch er trat als volkstümlicher Antisemit auf. Er propagierte einen rassistisch geprägten Judenhass und fand damit vor allem in der Wiener Studentenschaft Zuspriech. Doch als Antikatholik und großdeutsch gesinnter Bismarck-Verehrer konnte er im damaligen Österreich keine dauerhafte politische Bewegung begründen. Lueger hingegen trat als überzeugter Österreicher auf, dessen Antisemitismus nicht auf Rassenkategorien, sondern auf christlichen und sozialen Ressentiments gegen die „Mörder Jesu“ und die „Geldjuden“ aufbaute. Lueger wurde zum österreichischen Erfolgspolitiker und Modernisierer und bestimmte die Wiener Politik als Bürgermeister von 1897 bis zu seinem Tod im Jahr 1910. Schönerer zog sich nach einer verlorenen Wahl 1907 auf sein Landgut zurück und verstarb 1921. In ihren unterschiedlichen Ausprägungen gehörten beide zu den Vorbildern des jungen, damals in Wien ansässigen Adolf Hitler.<sup>57</sup>

Neben den Christsozialen bildeten im Österreich des ausgehenden 19. Jahrhunderts die

55 Erika Weinzierl, Zu wenig Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung 1938–1945, Graz 1997, S. 22. Theodor Herzls Selbstbiographie, in: Theodor Herzl. Ein Gedenkbuch zum 25. Todestage, hrsg. von der Exekutive der Zionistischen Organisation, Berlin 1929, S. 42–46

56 Zit. nach Hamann, Hitlers Wien (wie Anm. 52), S. 411.

57 Gerhard Botz, Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39, Wien 2008, S. 17; Spitzer, Des Bürgermeisters Lueger Lumpen (wie Anm. 54), S. 88; Richard S. Geehr, Karl Lueger, Mayor of Fin de Siècle Vienna, Detroit 1990.

Sozialdemokraten die zweite große politische Kraft. Auch sie bekämpften den Liberalismus und verbündeten sich zu diesem Zweck bisweilen mit der christsozialen Partei. Wenngleich antisemitische Agitation in Österreich vorrangig von der politischen Rechten betrieben wurde, so klangen auch in der sozialdemokratischen Kapitalismuskritik mitunter jüdenfeindliche Töne an, zum Beispiel wenn in sozialdemokratischen Publikationen auf das „freundschaftliche Verhältnis“ zwischen „Judenfressern“ und „Bankjuden“ verwiesen und das Klischee vom „Börsenjuden“ bemüht wurde. Auch die verarmten Ostjuden gerieten gelegentlich ins Blickfeld der sozialdemokratischen Arbeiter-Zeitung, die sie als „wunderliche Erscheinung im schwarzen, langen schmutzigen Seidenrock mit Thierschwänzen auf der Samtmütze“ charakterisierte.<sup>58</sup> Joseph Roth resümierte: „Es gibt kein schwereres Los als das eines fremden Ostjuden in Wien. Für Christlichsoziale sind's Juden. Für Deutsch-nationale sind sie Semiten. Für Sozialdemokraten sind sie unproduktive Elemente.“<sup>59</sup> Der politische Zionismus und das orthodoxe, aus Galizien immigrierte Judentum stellten aus der Perspektive der Sozialdemokraten unzeitgemäße Relikte dar.

Die österreichischen Juden setzten sich gegen den grassierenden Antisemitismus zur Wehr. Die stärkste Kraft jüdischer Selbstverteidigung bildeten die sogenannten Integriationisten, die sich 1886 in der Österreichisch-Israelitischen Union (OIU) zusammenschlossen. Ähnlich wie der Centralverein (CV) in Deutschland traten sie für ein jüdisches Selbstbewusstsein und das Recht der Juden auf Verteidigung gegen antisemitische Attacken ein. Gleichzeitig versuchten sie die jüdische Bevölkerung auf einen „aufrichtigen österreichischen Patriotismus“ zu verpflichten.<sup>60</sup> In vielen Vereinigungen, nicht zuletzt in der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG), konkurrierte die OIU mit den Zionisten und anderen jüdischen Nationalisten um die Meinungsführerschaft. Während die Zionisten für die Gründung eines jüdischen Staats in Palästina warben, sahen die Diaspora-Nationalisten in der Forderung nach nationaler jüdischer Autonomie innerhalb Österreichs die angemessene Antwort auf den Antisemitismus.

Mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 erhielten Ungarn weitgehende Autonomie im Vielvölkerstaat. Anders als erhofft, milderte das die Nationalitätenkonflikte nicht. Tschechen, Polen, Rumänen, Kroaten und Deutsche stritten nun erst recht um größere Unabhängigkeit, anfangs unterstützt von den in der jeweiligen Region ansässigen Juden. Da die einzelnen nationalistischen Strömungen ihre wechselseitige Feindschaft verstärkten und gleichzeitig immer antisemitischer wurden, traten die mehr und mehr isolierten Juden schließlich am deutlichsten von allen Minderheiten für ein einiges, starkes Österreich ein. Wie der Historiker Werner Cahnman urteilte, waren die Juden „die einzigen Österreicher in Österreich“.<sup>61</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg entstand aus den Trümmern des Habsburgerreichs die

Republik Österreich, die noch ein Achtel des einst von der Doppelmonarchie regierten Territoriums umfasste. Hatte der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn 53 Millionen Einwohner gezählt, so verblieben der Ersten Republik noch knappe sieben Millionen. Mehrheitlich waren sie Deutschösterreicher und davon überzeugt, dass ihr so stark verkleinertes Land wirtschaftlich nicht lebensfähig und der Friedensvertrag von St. Germain untragbar sei. Ähnlich wie in Deutschland entstanden starke revisionistische Tendenzen infolge der Niederlage im Ersten Weltkrieg. Zudem steigerte wirtschaftliche Not die Unzufriedenheit: Hunger in den Großstädten, Mangel an Heizmaterial und Wohnungsnot, überfüllte Krankenhäuser und eine funktionsuntüchtige Infrastruktur, Hunderttausende Arbeitslose und Zehntausende Flüchtlinge.<sup>62</sup> Dazu kam die Spanische Grippe, die im Winter 1918/19 auch in Österreich wütete und Tausende Tote forderte.

In den Wahlen 1919 errangen die Sozialdemokraten die Mehrheit. In Wien bestimmte mit Jakob Reumann erstmals ein sozialdemokratischer Bürgermeister die Geschicke der Stadt. Trotz der beachtlichen Erfolge, die das „Rote Wien“ auf sozialpolitischem Gebiet schon bald zu verzeichnen hatte, wirkten die sozialen Spannungen und mit ihnen eine Form des Antisemitismus fort, die sich speziell gegen die Ostjuden richtete. Im September 1921 charakterisierte die Wiener Morgenzeitung die Stimmung: „Alles haben die guten Österreicher nach dem Zusammenbruch in das Wörtchen ‚Ostjude‘ hineingepresst. Es ist ein Wundersprüchlein, welches jeden Schmerz lindert und alle Schande wegwischt ... Klagen über das Steigen der Brotpreise und das Fallen der Weibermoral, über den schlechten Eisenbahnverkehr, Kohlennot, Verwilderung der Schuljugend und Verwässerung der Milch fanden eine Antwort: Raus mit den Ostjuden!“<sup>63</sup> Die Christsoziale Partei, deren prominentes Mitglied Anton Jerzabek zugleich Führer des Antisemitenbundes war, begründete ihre Forderung nach Deportation der Ostjuden mit stark übertriebenen Zahlenangaben. Zeitweilig fanden solche Vorschläge auch unter den Sozialdemokraten Gehör. Der frei werdende Wohnraum sollte obdachlosen Wiener Familien zugutekommen.<sup>64</sup> Bei aller Vehemenz war der österreichische Antisemitismus, wie der Historiker Peter Pulzer hervorhebt, vor allem verbalradikal und demagogisch, jedoch stand kein politisch-praktisches Konzept dahinter. Dies änderte sich mit dem Aufstieg der österreichischen Nationalsozialisten. Sie integrierten die alten, in Österreich stets lebendig gehaltenen Vorurteile gegen die Juden in ihre Propaganda der nationalen Revolution und vergifteten so das politische Klima: „Was unliebsam war, brauchte nur als jüdisch abgestempelt zu werden. So wurde der Liberalismus zum Judenliberalismus, das Zeitungswesen zur Judenpresse und die Erste Republik zur Judenrepublik.“<sup>65</sup>

Im Jahr 1933 sahen sich auch die österreichischen Nationalsozialisten kurz vor der Macht-ergreifung. Ihre Offensive traf die Juden in einem Moment gesellschaftlicher und politischer Schwäche. In den Jahren 1923 bis 1934 war die jüdische Bevölkerung Wiens um ein

58 Peter Pulzer, Spezifische Momente und Spielarten des österreichischen und des Wiener Antisemitismus, in: Gerhard Botz, Ivar Oxaal, Michael Pollak (Hrsg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert, Buchloe 1990, S. 121–140, hier: S. 131–133; Robert S. Wistrich, Sozialdemokratie, Antisemitismus und die Wiener Juden in: ebd., S. 169–180; Bruce Pauley, Geschichte des österreichischen Antisemitismus (wie Anm. 51), S. 190–198.

59 Josef Roth, Juden auf Wanderschaft, Berlin 1927, zit. nach Wistrich, Sozialdemokratie (wie Anm. 58), S. 169.

60 So der Rabbiner Dr. Zins auf der Gründungsversammlung der Union; zit. nach Rozenblit, Die Juden Wiens (wie Anm. 50), S. 161.

61 Zit. nach Rozenblit, Die Juden Wiens (wie Anm. 50), S. 173.

62 Spitzer, Des Bürgermeisters Lueger Lumpen (wie Anm. 54), S. 84. Im Frühjahr 1919 lebten noch etwa 20 000 bis 25 000 jüdische Flüchtlinge in Wien, die überwiegend während des Krieges dorthin geflohen waren; Pauley, Geschichte des österreichischen Antisemitismus (wie Anm. 51), S. 109, 121.

63 Wiener Morgenzeitung, 21.9.1921, S. 1; zit. nach: Pauley, Geschichte des österreichischen Antisemitismus (wie Anm. 51), S. 122.

64 Zur Forderung nach Ausweisung der Flüchtlinge siehe Pauley, Geschichte des österreichischen Antisemitismus (wie Anm. 51), S. 126–129.

65 Pulzer, Spezifische Momente (wie Anm. 58), S. 133, 136.

knappes Siebentel geschrumpft, weil die Zahl der Geburten stark zurückgegangen war, viele Gemeindemitglieder ausgewandert oder aus der Religionsgemeinschaft ausgetreten waren.<sup>66</sup>

Im Jahr 1932 verlor die auf Integration bedachte Österreichisch-Israelitische Union ihre Vormachtstellung innerhalb der Wiener Kultusgemeinde an die Zionisten, die nun wichtige Positionen in den jüdischen Einrichtungen einnahmen. An der Universität, einer Hochburg des Antisemitismus, erhielten zionistische Studentenorganisationen immer mehr Zulauf und wehrten sich mit militanten Mitteln gegen die antijüdische Hetze.<sup>67</sup> Im Niedergang der Union drückte sich, so der Historiker Doron Rabinovici, „das Scheitern der emanzipatorischen Utopie in einer antisemitischen Gesellschaft“ aus.<sup>68</sup> Dies galt umso mehr, als nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland der österreichische Staat immer deutlicher totalitäre und antisemitische Züge annahm.

Im Jahr 1933 löste Bundeskanzler Engelbert Dollfuß das Parlament auf und regierte per Notverordnung weiter, erklärte Österreich zum Ständestaat und verbot alle Parteien mit Ausnahme der Vaterländischen Front, in der sich die Christsozialen mit verschiedenen Wehrverbänden zusammengeschlossen hatten. Die österreichischen Juden standen dem Regime Dollfuß wohlwollend gegenüber, zumal es ihnen Schutz vor deutschen Expansions- und österreichischen Anschlussbestrebungen zu bieten schien: Dollfuß hatte neben allen anderen Parteien auch den österreichischen Ableger der NSDAP verboten, die staatliche Vereinigung mit Deutschland lehnte er ab. Nach seiner Ermordung im Jahr 1934 erschienen in jüdischen Zeitungen enthusiastische Nachrufe.<sup>69</sup>

Wie Dollfuß bekräftigte sein Nachfolger Kurt Schuschnigg, dass er den Antisemitismus ablehne und in Österreich Juden die gleichen Rechte zustünden wie allen anderen Bürgern. 1934 verbot er die antisemitische Zeitung *Der Stürmer*. Im selben Jahr wurden einige Repräsentanten der österreichischen Juden in wichtige Bundes- und Landesämter berufen.<sup>70</sup> 1937 hinderte Schuschnigg die Salzburger Landesregierung daran, das Schächten zu verbieten. Gleichwohl nahm der Antisemitismus in Österreich Mitte der 1930er-Jahre deutlich zu. Der Antisemitenbund entfaltete eine rege Propaganda, und Juden mussten immer häufiger damit rechnen, als Gäste in österreichischen Urlaubsorten oder als Mieter von antisemitischen Hausbesitzern abgewiesen zu werden. Bisweilen griffen die Behörden ein und verboten die Diskriminierung. Aber auch bei der Besetzung öffentlicher Stellen kam es vor, dass die Bewerber ihre „arische Abstammung“ nachweisen oder einen Taufschein vorlegen mussten.<sup>71</sup>

66 Albert Lichtblau, *Integration, Vernichtungsversuch und Neubeginn – Österreichisch-jüdische Geschichte 1848 bis zur Gegenwart*, in: Eveline Brugger u. a. (Hrsg.), *Geschichte der Juden in Österreich*, Wien 2006, S. 447–565, hier: S. 501–504; ders. (Hrsg.), *Als hätten wir dazugehört. Österreichisch-jüdische Lebensgeschichten aus der Habsburgermonarchie*, Wien 1999, S. 58.

67 Werner Cahnman, *Materialien zur politischen Lage der Juden in Österreich und in Ungarn*, in: ders., *Deutsche Juden. Ihre Geschichte und Soziologie*, Münster 2005, S. 32–49, insbesondere S. 33 f.

68 Doron Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht* (wie Anm. 42), S. 42.

69 Pauley, *Geschichte des österreichischen Antisemitismus* (wie Anm. 51), S. 321.

70 Dr. Desider Friedmann in den Staatsrat, Dr. S. Frankfurter in den Bundeskulturrat und Dr. Jakob Ehrlich in den Wiener Gemeinderat; Hugo Gold, *Geschichte der Juden in Wien*, Ein Gedenkbuch, Tel Aviv 1966, S. 64.

71 Gold, *Geschichte der Juden in Wien* (wie Anm. 70), S. 69 f.

Von einigen größeren Unternehmen abgesehen besaßen die Kaufleute unter den Juden vielfach kleine Handelshäuser, Läden, Kleinbetriebe, oder sie arbeiteten als selbstständige Schneider, Schuhmacher oder auch Goldschmiede.<sup>72</sup> In der Akademikerschaft Wiens stellten sie gut 60 Prozent der Rechtsanwälte und etwa die Hälfte der Ärzte.<sup>73</sup> Allerdings wurden nach inneren Unruhen im Februar 1932 viele sozialdemokratische Ärzte aus Wiener Krankenhäusern entlassen, ganz überwiegend Juden. Auch in anderen Berufsgruppen nahmen die Entlassungen deutlich zu. Im Jahr 1937 waren von den 22 600 Angestellten der Stadt Wien noch 154 Juden.<sup>74</sup> Jüdische Geschäftsleute trafen der Boykottaufruf des „Reichsbunds der katholischen Jugend“ in Wien sowie ähnlich geartete Appelle des „Arischen Geschäfteweisers“ von 1934/35.<sup>75</sup>

Infolge der fortgeschrittenen beruflichen Benachteiligung erhielten 1936 bereits 60 000 Personen Beihilfen der Israelitischen Kultusgemeinde Wien. Zudem stellte die Aufnahme der jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland die Fürsorgeeinrichtungen der Kultusgemeinde vor neue Herausforderungen. Werner Cahnman resümierte 1938: „Wie schlecht die ökonomische Lage der jüdischen Bevölkerung in den von Juden am dichtesten besiedelten Stadtteilen, Innere Stadt, Leopoldstadt, Brigittenau und Alsergrund ist, geht allein aus dem Umstand hervor, dass die Häuser in diesen Bezirken Wiens um rd. 1/5 stärker belegt sind, als es dem Gesamtdurchschnitt entspräche. Das Zimmer- und Bettstellenvermieten ist eine der stärksten Einnahmequellen der dortigen Judenschaft. (...) So steht neben dem grössten Reichtum von wenigen die bitterste Armut von vielen, während die breite Schicht mittleren Wohlstands zerstört ist.“<sup>76</sup>

## Der Anschluss Österreichs

Der Gedanke des Zusammenschlusses von Deutschland und Deutsch-Österreich geht auf die sprachnational gesinnten Revolutionäre von 1848 zurück. Deren großdeutsche Träume scheiterten 1849 am Beharrungsvermögen der Dynastien und schließlich an Bismarcks kleindeutscher Lösung. Damit schien die Perspektive eines Deutschen Reichs, das von Bozen bis Flensburg und von Klagenfurt bis Lüttich reichen sollte, in weite Ferne gerückt. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs untersagte der Österreich auferlegte Friedensvertrag von St. Germain aus machtpolitischen Gründen den staatlichen Zusammenschluss mit Deutschland ausdrücklich. Das Verbot verschaffte dem großdeutschen Einigungsgedanken neue Popularität.

In der Zwischenkriegszeit unterschieden sich die deutschen und österreichischen Inter-

72 Nach Helmut Genschel, *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich*, Göttingen 1966, S. 161 war der Anteil der Juden unter den Firmeninhabern in Wien doppelt so groß wie ihr Anteil an der Bevölkerung.

73 Pauley, *Geschichte des österreichischen Antisemitismus* (wie Anm. 51), S. 265.

74 Pauley, *Geschichte des österreichischen Antisemitismus* (wie Anm. 51), S. 329. Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht* (wie Anm. 42), S. 52.

75 Gold, *Geschichte der Juden in Wien* (wie Anm. 70), S. 72. Silvia Maderegger, *Juden im Ständestaat 1934–1938*, Wien 1973.

76 Cahnman, *Deutsche Juden* (wie Anm. 67), S. 108. Das Manuskript seiner Untersuchung verfasste Cahnman im Jahr 1938, im darauffolgenden Jahr emigrierte er nach Großbritannien, 1940 in die USA.

essen an der Vereinigung stark. Österreich war seit 1918 von den tschechischen Industriegebieten, vom agrarischen Hinterland und vom Seehafen Triest abgeschnitten. Die Weltwirtschaftskrise traf das Land 1929 hart, es litt noch 1938 an den Folgen des Niedergangs. Je nach wirtschaftlicher Konjunktur und außenpolitischer Machtkonstellation schwankte die Popularität der Anschlussidee; nur bei den Monarchisten und den Kommunisten fand sie keinen Widerhall. In Deutschland machten machtpolitische Ambitionen den Zusammenschluss attraktiv. Wien galt vielen deutschen Politikern und Wirtschaftsstrategen schon im Kaiserreich als „Tor zum Südosten“. Nach dem Verlust der Kolonien im Ersten Weltkrieg und nach der Weltwirtschaftskrise von 1929/33 schien ihnen die wirtschaftliche „Öffnung“ nach Südosteuropa immer dringlicher. 1938 fehlten in Deutschland Arbeitskräfte, während in Österreich starke Arbeitslosigkeit herrschte. Deutschland versuchte die Vorherrschaft im Donaauraum zu erlangen, und die einstige Hauptstadt der Donaumonarchie konnte auf diese Weise etwas von ihrem verlorenen Glanz wiedererlangen.

Im Jahr 1933 ließen sowohl die österreichischen Sozialdemokraten als auch die Christsozialen von der Anschlussidee ab, da diese nun die Unterwerfung des Landes unter nationalsozialistische Herrschaft bedeutet hätte. Bundeskanzler Dollfuß hoffte, Italien als Garantmacht für die österreichische Eigenstaatlichkeit zu gewinnen. Im Gegenzug verlangte Mussolinis Österreich-Beauftragter die Ausrichtung des österreichischen Staats nach faschistischem Muster und das Verbot der Sozialdemokratie. Indem Dollfuß dieser Forderung nachgab, unterdrückte er im Innern einen der wichtigsten potenziellen Verbündeten im Kampf gegen die deutschen Anschlussambitionen und machte sich gleichzeitig von Italien abhängig.<sup>77</sup> Am 25. Juli 1934 putschten die österreichischen Nationalsozialisten, ermordeten Dollfuß und scheiterten.

Unter dem neuen Bundeskanzler Schuschnigg blieb das Verhältnis beider Staaten gespannt, die Balance zwischen deutsch-österreichischer Annäherung und Wahrung österreichischer Eigenstaatlichkeit fragil. Bei dem Treffen mit Schuschnigg auf dem Obersalzberg am 12. Februar 1938 erzwang Hitler die freie Betätigung der österreichischen NSDAP im Rahmen der Vaterländischen Front und die Einsetzung des Wiener Rechtsanwalts Arthur Seyß-Inquart als Innen- und Sicherheitsminister.<sup>78</sup>

Angesichts des wachsenden deutschen Drucks kündigte Schuschnigg am 9. März 1938 ein Referendum über die Unabhängigkeit Österreichs an, das bereits am 13. März durchgeführt werden sollte. Als erkennbar wurde, dass allen innenpolitischen Spannungen zum Trotz die Mehrheit der Österreicher Schuschniggs Parole „für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich“ folgen würde, drohte die Reichsregierung mit dem Einmarsch. Schuschnigg sah sich gezwungen, die Volksabstimmung abzusagen, und trat am 10. März 1938 zurück. Wenige Stunden später wurde Seyß-Inquart zum neuen Bundeskanzler ernannt. In seiner letzten Radioansprache erklärte Schuschnigg, dass er der Gewalt weiche und der österreichischen Armee befohlen habe, einem deutschen Einmarsch keinen Widerstand entgegenzusetzen. Als deutsche Truppen in der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938 einmarschierten, empfing der Großteil der österreichischen Bevölkerung sie mit Jubel.

77 Norbert Schausberger, Zur Vorgeschichte der Annexion Österreichs, in: „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, S. 5; Gerhard L. Weinberg, Foreign Policy (wie Anm. 7), S. 90, 94 f.

Im ganzen Land begannen Plünderungen und Hausdurchsuchungen in Wohnungen und Geschäften insbesondere wohlhabender Juden. Nach vorbereiteten Listen schleppten örtliche Nationalsozialisten, manchmal gemeinsam mit der Polizei, Möbel und Wertgegenstände aus den Häusern von Juden. Gleichzeitig begann die von höchsten Staats- und Parteidienststellen angeordnete „Märzaktion“: SS- und SA-Männer sowie Polizisten erhielten den Auftrag, das Vermögen der österreichischen Juden „sicherzustellen“, und beschlagnahmten in Hunderten Wohnungen Schmuck, Gemälde, Wertpapiere und Teppiche. Der Raub jüdischen Eigentums entwickelte sich zum Volkssport.

Besonders fürchteten die Wiener Juden die öffentliche Demütigung in Form von „Reibpartien“, bei denen sie gezwungen wurden, die Bürgersteige mit Hand- oder Zahnbürsten zu schrubben. Zur Belustigung der Zuschauer gossen die Initiatoren, in der Regel SA-Leute oder Parteimitglieder, den Gedemütigten anschließend das Putzwasser über die Köpfe. In Wien zogen sich die Anschlusspogrome über mehrere Wochen hin (Dok. 18). Im Burgenland wurden ganze jüdische Gemeinden vertrieben. (Dok. 28). In Graz kamen vier Juden bei den antisemitischen Exzessen zu Tode. Hatten sich im Januar 1938 vier und im Februar fünf Wiener Juden das Leben genommen, waren es im März 79 und im April 62.<sup>79</sup> Erst nach sechs Wochen, am 29. April, schritt Josef Bürckel ein, seines Zeichens Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich. Er drohte den Führern der an den Überfällen auf Juden beteiligten SA-Einheiten mit der Degradierung und dem Ausschluss aus der SA. Daraufhin ließen die Gewalttätigkeiten nach.

Jüdische Professoren wurden aus den Hochschulen gejagt, etliche verhaftet, darunter der 82-jährige Philologe Salomon Frankfurter. Jüdische Richter verloren ihre Ämter, Ende März 1938 wurde jüdischen Rechtsanwälten ein „vorläufiges“ Berufsverbot auferlegt. Zeitungen und Theater wurden geschlossen oder Staatskommissaren unterstellt, jüdische Redakteure, Schauspieler und Musiker entlassen. NS-Organisationen usurpierten die Räume, in denen bislang jüdische Fürsorgestellen gearbeitet oder jüdische Vereine getagt hatten.<sup>80</sup>

Für die Juden, die sich bis dahin als loyale, nicht immer gemochte, doch einigermaßen gelittene und ihres Lebens sichere Bürger begriffen hatten, verwandelte sich Österreich binnen Tagen in einen wahren Hexenkessel. Sie sahen sich mit dem entfesselten Wiener Antisemitismus konfrontiert und mit österreichischen Nationalsozialisten, die sich – in der Illegalität – über viele Jahre auf den Anschluss und den Tag der Abrechnung vorbereitet hatten. Gleichzeitig traten reichsdeutsche Bürokraten auf den Plan, deren Ehrgeiz darin bestand, den Wienern zu zeigen, wie man die Judenverfolgung von Staats wegen effizient organisierte. Die diskriminierenden Maßnahmen und Gesetze, die im Altreich bereits galten, wurden in Österreich nicht einfach übernommen, sondern, wie es gerade zu passen schien, abgewandelt. Der wichtigste Unterschied bestand jedoch in der hohen Anfangsgeschwindigkeit. Wie Bernhard Kahn, der europäische Vertreter des Joint, im März 1938 nach New York telegraphierte, wurde den österreichischen Juden „innerhalb von

79 Herbert Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945, Wien 1978, S. 40 f.; Jonny Moser, Österreichs Juden unter der NS-Herrschaft, in: Emmerich Tälös, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945, Wien 1988, S. 185–198, hier: S. 189.

80 Rosenkranz, Verfolgung (wie Anm. 79), S. 23–41; Safrian, Eichmann (wie Anm. 35), S. 31 f.

fünf Tagen aufgezwungen, was in Deutschland in fünf Jahren an antijüdischen Unterdrückungsmaßnahmen durchgesetzt“ worden war.<sup>81</sup>

In seiner Rede auf dem Wiener Heldenplatz kündigte Hitler am 15. März ein Referendum an, das den Anschluss besiegeln sollte. Am 16. März wurde allen Vereinen bis zur Volksabstimmung jede organisatorische Tätigkeit verboten, zwei Tage später setzte Bürckel einen Stillhaltekommissar ein, der die Gleichschaltung der „arischen“ und das Verbot der jüdischen Vereine in die Wege leitete.<sup>82</sup>

Das Referendum fand am 10. April statt, dem pompös angekündigten „Tag des Großdeutschen Reiches“. Am Abend läuteten die Kirchenglocken im gesamten neuen Reich eine Stunde lang. Bei der Abstimmung votierten nach amtlichen Angaben 99,6 Prozent der Abstimmungsberechtigten für die „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“. Die Wahlbeteiligung betrug 99,7 Prozent.<sup>83</sup> Für die Katholische Kirche hatte der Wiener Kardinal Theodor Innitzer sofort nach dem Einmarsch der deutschen Truppen den unblutig verlaufenen Anschluss begrüßt und die Gläubigen zum Gehorsam gegenüber den Behörden aufgerufen. Wenig später veröffentlichten die katholischen Bischöfe eine feierliche Erklärung, in der sie „freudig“ die Verdienste des Nationalsozialismus anerkannten und zum „Ja“ bei der Volksabstimmung aufforderten.

Diese für die neuen Machthaber so nützliche Erklärung basierte auf Entwürfen, die Reichskommissar Bürckel den Kirchenführern hatte vorlegen lassen. Das Statement der Bischöfe enttäuschte Nazigegner und vor allem die Wiener Juden. Letztere hatten sich von Kardinal Innitzer Schutz versprochen, weil er in den Jahren zuvor antisemitische Attacken der Schönerer-Anhänger immer wieder kritisiert hatte. Auch dem Vatikan gefiel der Kotau der örtlichen Würdenträger nicht. Bei seinem Besuch Anfang April 1938 in Rom musste sich Innitzer gegenüber Papst Pius XI. rechtfertigen und anschließend öffentlich klarstellen, mit der Erklärung werde nicht gebilligt, „was mit den Gesetzen Gottes, der Freiheit und den Rechten der katholischen Kirche nicht vereinbar“ sei.

Wie die katholischen Bischöfe begrüßte auch der evangelische Oberkirchenrat den Anschluss in einem Hirtenbrief. Im Namen der 330 000 evangelischen Österreicher feierten die Kirchenmänner den „Führer“ als „Retter aus 5jähriger schwerster Not aller Deutschen hier ohne Unterschied des Glaubens“. Auch der Sozialdemokrat und erste Kanzler der österreichischen Republik Karl Renner meldete sich zu Wort und begründete öffentlich, warum er in der Volksabstimmung mit „Ja“ votieren werde: „Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutschösterreichs und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu St. Germain werde ich mit Ja stimmen.“<sup>84</sup>

In Österreich, fortan als „Ostmark“ bezeichnet, wurden alle Spitzenpositionen mit reichs-

81 Telegramm Kahn an Baerwald, 17.3.1938; JDC, AR 1933/44, 439.

82 Angelika Shoshana Duizend Jensen, Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds. „Arisierung“ und Restitution, hrsg. von der österreichischen Historikerkommission, Wien 2002, S. 76.

83 Hanns Haas, Der Anschluss, in: Tälös, Hanisch, Neugebauer (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich (wie Anm. 79), S. 1–24, hier: S. 18.

84 Botz, Nationalsozialismus in Wien (wie Anm. 57), S. 157–170, 184–190; die Erklärung der katholischen Bischöfe ist abgedruckt auf S. 164–166; ein Auszug aus dem Neuen Wiener Tagblatt, in dem Renner sein Votum öffentlich ankündigte und erläuterte, S. 184 f. Walter Sauer, Österreichs Kirchen 1938–1945, in: Tälös, Hanisch, Neugebauer (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich (wie Anm. 79), S. 517–536, hier: S. 520–522; Rosenkranz, Verfolgung (wie Anm. 79), S. 24 f.

deutschen und österreichischen NSDAP-Mitgliedern oder als politisch zuverlässig geltenden Personen besetzt. Auf den mittleren und unteren Ebenen des Staatsdienstes unterblieben größere personelle Veränderungen. Der saarpfälzische Gauleiter Josef Bürckel, der seit 1935 die Eingliederung des Saarlands ins Deutsche Reich betrieben hatte, wurde zum Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich ernannt. Seine engeren Mitarbeiter folgten ihm aus Saarbrücken. Bürckel verfocht seine Eingliederungspolitik schroff und machte klar, dass die einstige Metropole des Habsburgerreichs zur Provinzhauptstadt herabgestuft werde.<sup>85</sup> Als Hermann Neubacher, bis dahin Generaldirektor der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft GESIBA, Wiener Bürgermeister wurde, versprach er zunächst umfassende städtebauliche Neuerungen. Tatsächlich bestand die Wiener Wohnraumbeschaffung während der folgenden Jahre primär in der Vertreibung der Juden aus ihren Wohnungen. Neubacher versuchte ferner, den Bedeutungsverlust Wiens nach dem Anschluss zu kompensieren, indem er die Funktion der Stadt als „Tor zum Südosten“ beschwor. Schließlich ernannte Hitler ihn zum Sonderbeauftragten für den Südosten.

Am Ende des Jahres 1938 galten die wichtigsten Reichsgesetze auch in Österreich.<sup>86</sup> In einigen Fällen unterblieb die Angleichung jedoch bewusst: So verlor etwa die Israelitische Kultusgemeinde Wien, anders als die jüdischen Gemeinden im Reich, nicht den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts, da sonst die Hilfgelder ausländischer jüdischer Organisationen ausgeblieben wären (Dok. 264). Ohne diese Gelder hätte für die meisten österreichischen Juden keine Chance bestanden, das Land zu verlassen, und auf die massenhafte, möglichst mit dem Geld ausländischer Juden finanzierte Auswanderung zielte zu diesem Zeitpunkt die in Wien von Adolf Eichmann gesteuerte Judenpolitik.

Im Februar 1939 übernahm Bürckel zusätzlich die Funktion des Gauleiters von Wien. Das Amt hatte bis dahin der langjährige Aktivist der illegalen NSDAP in Österreich und deren Verbindungsmann zu Hitler, Odilo Globocnik, innegehabt. Er wurde wegen Unterschlagung von Parteigeldern entlassen, aber bereits kurz nach Kriegsbeginn zum SS- und Polizeiführer des Distrikts Lublin ernannt und später einer der wichtigsten Organisatoren des Judenmords im besetzten Polen. Nachdem Arthur Seyß-Inquart Anfang Februar 1938 der Schuschnigg-Regierung von Hitler als Innenminister aufgezwungen worden war, wurde er am 11. März 1938 zum österreichischen Bundeskanzler ernannt. Als solcher bat er die anmarschierenden deutschen Truppen offiziell ins Land. Vom 13. März 1938 bis zum 30. April 1939 trug Seyß-Inquart den weniger wohlklingenden Titel Reichsstatthalter in Österreich und Leiter der Landesregierung. Die tatsächliche Macht lag in Berlin und bei Bürckel. Mit dem Ostmarkgesetz, das am 1. Mai 1939 in Kraft trat, wurde die administrative Eingliederung des ehemaligen Österreich in das Deutsche Reich abgeschlossen, die Landesregierung aufgelöst und es wurden sieben neue Reichsgaue geschaffen.<sup>87</sup> Seyß-Inquart

85 Ernst Hanisch, Gau der guten Nerven. Die nationalsozialistische Herrschaft in Salzburg 1938–1945, Salzburg 1997, S. 33; Maren Seliger, NS-Herrschaft in Wien und Niederösterreich, in: Tälös, Hanisch, Neugebauer (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich (wie Anm. 79), S. 397–416, hier: S. 408.

86 Moser, Österreichs Juden (wie Anm. 79), S. 190; Hanisch, Gau der guten Nerven (wie Anm. 85), S. 51; Hans Safrian, Expediting Expropriation and Expulsion: The Impact of the “Vienna Model” on Anti-Jewish Policies in Nazi Germany, 1938, in: Holocaust and Genocide Studies, 14 (2000), S. 390–414.

87 Gesetz über den Aufbau der Verwaltung in der Ostmark (Ostmarkgesetz) vom 14. 4. 1939; RGBl., 1939 I. S. 777–780.

verblieb zunächst als Minister ohne Geschäftsbereich in Wien, bevor er im Oktober 1939 zum Stellvertreter des Generalgouverneurs Hans Frank im besetzten Polen, im Mai 1940 zum Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete ernannt wurde.

## „Arisierung“ und Vertreibung in Österreich

Zwei Männer hatten die Verflechtung der österreichischen mit der deutschen Wirtschaft bereits in der Endphase des Ständestaats vorangetrieben: der ehemalige Sonderbotschafter des Reichs in Österreich, Franz von Papen, und der Beauftragte Hitlers für Wirtschaftsfragen, Wilhelm Keppler. Nach dem Anschluss wurden die österreichischen Gold- und Devisenreserven im Nominalwert von 1,3 Milliarden Reichsmark liquidiert, die Erlöse flossen zur Hälfte in die Rüstungsindustrie. Keppler erhielt von Göring den Auftrag zur beschleunigten „Arisierung“ der jüdischen Unternehmen. Im Gegensatz zur boomenden Wirtschaft im Altreich, wo Arbeitskräfte seit geraumer Zeit fehlten, lag die Arbeitslosenquote in Österreich 1937 noch deutlich über 20 Prozent. Die Entsendung von etwa 100 000 Arbeitern und Ingenieuren nach Deutschland beförderte die wirtschaftliche Angleichung.<sup>88</sup>

Im Mai 1938 begannen Experten des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit, die insgesamt weniger moderne, weniger rentable österreichische Wirtschaft unter die Lupe zu nehmen. Insbesondere lag ihnen daran, in den minder produktiven Kleinbetrieben verdeckte Arbeitskraftreserven zu mobilisieren. Zu diesem Zweck verbanden sie „Arisierung“ und Rationalisierung. Nach eingehender Analyse der verschiedenen Branchen wurden rund 80 Prozent der jüdischen Betriebe stillgelegt, die Hälfte aller Einzelhandelsgeschäfte, 83 Prozent der Handwerks- und 26 Prozent der Industriebetriebe; von 86 Banken blieben acht übrig. Für alle Branchen galt, dass vornehmlich die florierenden sowie wirtschaftsstrategisch wichtigen Unternehmen „arisiert“, also an nichtjüdische Interessenten verkauft wurden (Dok. 49). So gesehen verfolgte die „Arisierung“ am Ende dreierlei Zwecke: die Übertragung von Eigentum, das einst Juden gehört hatte, zu günstigen Bedingungen an „Arier“; die Vereinnahmung der Erlöse aus diesen Verkäufen zugunsten der Staatskasse und schließlich den volkswirtschaftlichen und politischen Nutzen, nämlich die Modernisierung der österreichischen Wirtschaft zulasten einer Gruppe von Modernisierungsverlierern: den Juden.<sup>89</sup>

Zunächst dominierten allerdings Chaos und Raffgier. Auf der Suche nach Vermögenswerten griffen die „Arisierer“ auf Informationen zurück, die Nazi-Spitzel schon in der Zeit ihrer Illegalität gesammelt hatten. Wenige Tage nach dem Anschluss übernahm die Wiener Gauleitung der NSDAP die Gemeinnützige Allgemeine Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft Wien. Juden, die dort führende Positionen einnahmen, wurden entlassen und Tausenden jüdischen Mietern die Mietverträge gekündigt. Etwa 25 000 über-

<sup>88</sup> Haas, Anschluss (wie Anm. 83), S. 6; Norbert Schausberger, Der Griff nach Österreich. Der Anschluss, Wien 1978, S. 463, 486; Aly, Volksstaat (wie Anm. 10), S. 55; Hans Kernbauer, Fritz Weber, Österreichs Wirtschaft 1938–1945, in: Tálos, Hanisch, Neugebauer (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich (wie Anm. 79), S. 49–67, hier: S. 49, 54. Die Schätzungen zur Arbeitslosigkeit in Österreich variieren zwischen 21,7 und 35 %.

<sup>89</sup> Susanne Heim, Götz Aly, Die „Ökonomie der ‚Endlösung‘“. Menschenvernichtung und wirtschaftliche Neuordnung, in: Sozialpolitik und Judenvernichtung (= Beiträge zur national-

wiegend selbst ernannte kommissarische Verwalter sicherten sich den Zugriff auf jüdische Geschäfte und Fabriken. Sie verkauften die Warenbestände zu Schleuderpreisen an Parteifreunde und an die interessierte Nachbarschaft.<sup>90</sup>

Göring gebot dem Einhalt, um die Vermögenswerte der Juden für die Wirtschaft des Reichs zu sichern, und ließ am 24. April 1938 eine staatliche Treuhandorganisation gründen, die Vermögensverkehrsstelle.<sup>91</sup> Unter Leitung des ehemaligen Gauleiters der illegalen NSDAP in der Steiermark, Walter Rafelsberger, wurden die „wilden“ Kommissare langsam zurückgedrängt. Die Vermögensverkehrsstelle konzentrierte sich auf Klein- und Mittelbetriebe und nahm im Jahr 1938 jüdische Vermögen im Umfang von zwei Milliarden Reichsmark unter Kontrolle, zwei Drittel des geschätzten Gesamtvermögens der österreichischen Juden. Großunternehmen „arisierte“ Görings Österreich-Beauftragter Wilhelm Keppler.

Im Sommer 1939 stellte die Vermögensverkehrsstelle ihre Ergebnisse in einer Ausstellung öffentlich vor. Demnach waren von etwa 26 000 Unternehmen, die vormals Juden gehört hatten, zwischen 4400 bis 5000 „arisiert“ und alle anderen aufgelöst worden. In der Regel konnten die nichtjüdischen Käufer die Betriebe billig erwerben. Allerdings lag der von ihnen gezahlte Preis erheblich über dem Betrag, der dem jüdischen Eigentümer auf einem Sperrkonto gutgeschrieben wurde. Die Differenz floss in einen Fonds der österreichischen Landesregierung. Daraus wurden nationalsozialistischen Interessenten, die nicht über genügend Eigenkapital verfügten, um ein jüdisches Unternehmen zu kaufen, Zuschüsse oder Kredite gewährt, und in Einzelfällen wurde die Emigration von Juden gefördert. Wurden Großunternehmen veräußert, vereinnahmte die Reichskasse den größten Teil des Ertrags.<sup>92</sup>

Der Leiter der Vermögensverkehrsstelle Rafelsberger entwickelte auch klare Vorstellungen, was mit den Beraubten geschehen sollte, sofern sie nicht auswanderten. Im Oktober 1938 unterbreitete er seine „Vorschläge für die wirkungsvolle Durchführung der Entjudung“, in denen er die Errichtung von drei Zwangsarbeitslagern für jeweils 10 000 Juden anregte. Zu finanzieren seien diese Lager mittels einer Sonderabgabe in Höhe von 10 bis 20 Prozent aus den „Arisierungs“-Erlösen von Wertpapieren (Dok. 111). Das Vorhaben scheiterte, weil Göring und der Reichsfinanzminister die Wertpapiere ungeschmälert für das Reich beanspruchten.

Die zweite wichtige Institution zur Entrechtung der österreichischen Juden errichtete der Sicherheitsdienst in Form der bereits erwähnten Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien. Sie wurde formell vom SD-Führer im SD-Oberabschnitt Donau Franz Walter

<sup>90</sup> Rosenkranz, Verfolgung (wie Anm. 79), S. 29; Jonny Moser, Das Unwesen der kommissarischen Leiter. Ein Teilaspekt der Arisierungsgeschichte in Wien und im Burgenland, in: Helmut Konrad, Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Arbeiterbewegung, Faschismus, Nationalbewusstsein, Wien 1983, S. 89–97, hier: S. 94.

<sup>91</sup> Jewish Clients in the Vienna „Postsparkassenamt“. Nazi Loot 1938–1945, 2nd. Report, Wien 2000, S. 43.

<sup>92</sup> Dieter Stiefel, The Economics of Discrimination, in: ders. (Hrsg.), Die politische Ökonomie des Holocaust. Zur wirtschaftlichen Logik von Verfolgung und „Wiedergutmachung“, Wien 2001, S. 9–28, hier: S. 16; Gerhard Botz, Arisierungen in Österreich (1938–1940), in: ebd., S. 29–56, hier: S. 43–48; Hans Wittek, „Arisierungen“ in Wien. Aspekte nationalsozialistischer Enteignungspolitik 1938–1940, in: Tálos, Hanisch, Neugebauer (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich (wie Anm. 79), S. 199–216, hier: S. 213. Vom November 1939 an bestand die Vermögensverkehrsstelle als „Abwicklungsstelle“ später bis 1945 als „Referat III Entjudung“ beim Reichsgau Wien weiter.

Stahlecker geleitet, de facto organisierte und entschied Adolf Eichmann das gesamte Alltagsgeschäft in eigener Verantwortung. Zunächst ließ der SD auf der Basis von Listen, die in Berlin vorbereitet worden waren, alle führenden Persönlichkeiten jüdischer Organisationen verhaften, deren Arbeitsunterlagen beschlagnahmen und zur Auswertung nach Berlin schicken (Dok. 116). Am 18. März 1938 besetzten SD und Polizei das Amtsgebäude der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und zwangen die Gemeindebediensteten, ihre Tätigkeit vorübergehend einzustellen. Als am 2. Mai die Kultusgemeinde ihre Arbeit wieder aufnehmen durfte, blieben viele Fürsorgeeinrichtungen unwiderruflich geschlossen. Eichmann verfügte die Pflicht zu wöchentlicher Berichterstattung und zensierte die Zionistische Rundschau höchstpersönlich. Gegenüber seinem Vorgesetzten Hagen bezeichnete er sie als „seine“ Zeitung (Dok. 34).<sup>93</sup>

Die im August 1938 eingerichtete Zentralstelle für jüdische Auswanderung fasste die verschiedenen Institutionen unter einem Dach zusammen, von denen jüdische Emigranten die unterschiedlichsten Bescheinigungen erbitten oder erkaufen mussten, bevor sie das Land verlassen konnten. Unter Eichmanns Regie arbeiteten dort die Beamten von Zoll-, Devisen-, Pass-, Steuer- und Enteignungsämtern Hand in Hand, um die Emigration der Juden zu beschleunigen. Langwierige Behördengänge, die mitunter so viel Zeit in Anspruch genommen hatten, dass das Visum schon wieder verfallen war, bis der letzte Stempel auf irgendeine Genehmigung gedrückt worden war, wurden in der Zentralstelle in kürzester Frist absolviert (Dok. 224).

Finanziert wurde die neue Institution mithilfe der Auswandererabgabe, die wohlhabende Juden bezahlen mussten, um so die Auswanderungskosten der ärmeren zu decken. Zudem wurden führende Persönlichkeiten des österreichischen Judentums ins Ausland geschickt, um bei internationalen Hilfsorganisationen Devisen zu erbitten und Einwanderungsmöglichkeiten zu erschließen (Dok. 301). Die Zentralstelle garantierte nach den Worten von Eichmanns Berliner Vorgesetztem Hagen, dass „absolut die Linie des Sicherheitsdienstes bei der Durchführung der Judenfrage in Österreich gewährleistet war“.<sup>94</sup> Wie das funktionierte, überlieferte Hannah Arendt anhand der im Jerusalemer Eichmann-Prozess protokollierten Eindrücke jüdischer Funktionäre aus Berlin, die Eichmann 1938 zur Besichtigung der Zentralstelle nach Wien zitiert hatte: „Auf der einen Seite kommt der Jude herein, der noch etwas besitzt, einen Laden oder eine Fabrik oder ein Bankkonto. Nun geht er durch das ganze Gebäude, von Schalter zu Schalter, von Büro zu Büro, und wenn er auf der anderen Seite herauskommt, ist er aller Rechte beraubt, besitzt keinen Pfennig, dafür aber einen Paß, auf dem steht: ‚Sie haben binnen 14 Tagen das Land zu verlassen, sonst kommen Sie ins Konzentrationslager.‘“<sup>95</sup>

Eichmanns despotisches Auftreten, seine unverhohlenen Erpressungen der jüdischen Repräsentanten und die Praxis der Kollektivhaftung zwangen die IKG zur Mitarbeit. Er legte Sollzahlen für die Auswanderung fest, erhöhte sie mehrfach und machte die Kultusgemeinde und den Zionistischen Landesverband dafür verantwortlich, dass seine Vorgaben erfüllt würden. Eichmann bestimmte, dass Desider Friedmann, der Leiter der

<sup>93</sup> Safrian, Eichmann (wie Anm. 35), S. 37; Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht (wie Anm. 42) S. 100; Friedländer, Jahre der Verfolgung (wie Anm. 28), S. 265.

<sup>94</sup> Vermerk Hagens, Betr.: Dienstreise II 112 zum O.A. Donau, 31.8.–1.9.1938; RGVA 500k/1/625.

<sup>95</sup> Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964,

Kultusgemeinde, nur dann aus dem Konzentrationslager entlassen werde, wenn die jüdischen Organisationen die festgesetzte Vertreibungsquote erreichten. Den Amtsdirektor der Kultusgemeinde Wien, Dr. Josef Löwenherz, ohrfeigte Eichmann schon bei der ersten Begegnung. In der Zentralstelle traktierte die SS die Wartenden mitunter mit Peitschenhieben.<sup>96</sup>

## Die Strategie des Anschlusses

Den Anschluss feierten Österreicher wie Deutsche als historische Tat, mit der Hitler die alte, seit 1848 populäre Idee von Großdeutschland verwirklichte. Die Expansion verbesserte die wirtschaftliche Position des Reichs: kurzfristig konnten Arbeitskraft-, Devisen- und Rohstoffreserven für die Rüstungswirtschaft mobilisiert, und längerfristig konnte die deutsche Vormachtstellung im Südosten Europas ausgebaut werden. Zudem brachte der Anschluss Österreichs Hitler seinem Ziel näher, die Tschechoslowakei zu zerschlagen; bereits Ende Mai 1938 befahl er, den Einmarsch in die Tschechoslowakei für den 1. Oktober 1938 vorzubereiten. Die Diskriminierung der deutschen Minderheit im sogenannten Sudetenland, in deutschen Medienberichten in skandalträchtiger Weise aufbereitet und stark übertrieben, bot den Vorwand, um während der Sommermonate des Jahres 1938 die vorhandenen Konflikte so zu schüren, dass sie zur Rechtfertigung der militärischen Intervention herhalten konnten. Deren Hauptziel bestand von Anfang an in der Unterwerfung der gesamten Tschechoslowakei, nur sekundär und propagandistisch ging es um den Schutz der etwa drei Millionen Sudetendeutschen.<sup>97</sup>

Systematisch war die 1933 gegründete Sudetendeutsche Heimatfront, die sich 1935 in Sudetendeutsche Partei (SdP) umbenannte, unter Führung von Konrad Henlein (1898–1945) zur separatistischen Kampforganisation aufgebaut worden. Im März 1938 stellte Henlein zusätzlich das Sudetendeutsche Freikorps auf und ließ es von der deutschen SA ausbilden. Wo die nationalistische Propaganda in ihrer Überzeugungskraft nicht ausreichte, halfen die Henlein-Anhänger mit gesellschaftlichem Druck und Drohungen nach. In Gegenden mit hoher Arbeitslosigkeit lockten sie die Unentschiedenen mit dem Versprechen auf einen Arbeitsplatz in sudetendeutschen Betrieben: Rabbiner Friedrich Weiß aus Teplitz-Schönau beschrieb die Mischung aus Zwang und Sog, den die SdP ausübte: „Die offene und geheime Organisation baute überall ihre Zellen und die Arbeitsmethoden aus, riesige Inschriften, über die Straßen gehängt, riefen zum Anschluß an die Heimatfront, die deutschen Gelder lockten. Die Hausmeister waren gute Spitzel und Wegbahner. Die Jugend mit wenigen Ausnahmen ging mit wehenden Fahnen über. Die Lehrerschaft, besonders an der Staatsrealschule, sympathisierte oder schloß sich an.“<sup>98</sup> Im September 1938, auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise, schien ein Krieg in Europa unmittelbar bevorzustehen. Die Bereitschaft der britischen und der französischen Re-

<sup>96</sup> Vollständiger Bericht von Dr. Löwenherz (wie Anm. 41), S. 10; Safrian, Eichmann (wie Anm. 35), S. 39; Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht (wie Anm. 42), S. 111–113, 147–151.

<sup>97</sup> Weinberg, Foreign Policy (wie Anm. 7), S. 313–377.

<sup>98</sup> Zit. nach Wilma Iggers (Hrsg.), Die Juden in Böhmen und Mähren. Ein historisches Lesebuch, München 1986, S. 345 f.; Milena Jesenská, Alles ist Leben. Feuilletons und Reportagen 1919–1939, Frankfurt a. M. 2008, S. 170–200.

gierung, den deutschen Machtgelüsten so weit entgegenzukommen, dass eine militärische Auseinandersetzung verhindert wurde, passte eigentlich nicht in das von Hitler favorisierte Konzept, sofort die gesamte Tschechoslowakei zu vereinnahmen.<sup>99</sup> Doch konnte das Deutsche Reich mit dem Münchener Abkommen vom 29. September 1938 seine Machtstellung erheblich stärken, die restliche Tschechoslowakei in Abhängigkeit drängen und der deutschen Industrie wichtige Potenziale in Nordböhmen zuführen. Mit dem von Deutschland und Italien moderierten Ersten Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 konnte das Reich seine Vorherrschaft weiter ausbauen: Polen wurde das bis dahin tschechoslowakische Teschener Industriegebiet zugesprochen, und Ungarn erhielt die mehrheitlich ungarisch besiedelten Regionen in der südlichen und östlichen Slowakei.

In dem Gebiet, das vom Herbst 1938 an zum Reichsgau Sudetenland deklariert wurde, hatten Anfang der 1930er-Jahre noch 24 000 Juden gelebt. Während die meisten nicht-jüdischen Sudetendeutschen die Angliederung der Region begrüßten oder bejubelten, flohen etwa 90 Prozent der dort ansässigen Juden binnen weniger Monate, ebenso die allermeisten jüdischen Flüchtlinge, die sich nach dem Anschluss Österreichs vorübergehend ins Sudetenland gerettet hatten (Dok. 102, 103). Zudem wurden aus Grenzregionen, die die Tschechoslowakei infolge der Verträge von München und Wien hatte abtreten müssen, Hunderttausende Tschechen, Slowaken und politisch unliebsame Personen vertrieben, oder sie ergriffen von sich aus die Flucht. Zwei Wochen nach dem Münchener Abkommen beschrieb die Journalistin Milena Jesenská die Verzweiflung der Flüchtlinge und der völlig überforderten Tschechen: „In ganz Prag findet sich kaum ein Haus, in dem keine Flüchtlinge untergekröchen sind. Und das sind die Glücklichen, solche, die hier jemanden haben. Tausende aber liefen ganz einfach ins Unbekannte hinaus.“ Weil die Tschechen auf diese Weise überlastet würden, sei absehbar, dass sich deren Zorn und deren Ohnmachtgefühle bald gegen die Schwächsten, gegen die Flüchtlinge wenden könnten. Jesenská sah voraus, dass ihre derart in die Enge getriebenen Landsleute am Ende „selbst die Unschuldigen in den Abgrund“ stoßen könnten und „unser Volk einen tiefgehenden moralischen Bruch erleiden“ könne, von dem es sich „nicht leicht wieder erholen“ werde.<sup>100</sup>

Die Ereignisse im Sudetenland glichen in vielem dem, was sich zuvor in Österreich abgespielt hatte: Juden und Nazigegner, die nicht mehr hatten fliehen können, wurden verfolgt und schikaniert – mitunter von sudetendeutschen Nachbarn, vor allem aber von Henlein-Truppen und der Gestapo. Letztere ging dabei ähnlich vor wie im österreichischen Burgenland, verhaftete Juden und schob sie über die grüne Grenze ab. Zudem wurden bis zum Frühjahr 1939 etwa 10 000 Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden aus dem Sudetenland in Konzentrationslager verschleppt.<sup>101</sup>

In der Folgezeit wurden alle wesentlichen antijüdischen Maßnahmen aus dem Reich in den neuen Reichsgau übertragen. Die verbliebenen Juden mussten ihr Vermögen anmelden; wie in Österreich verwalteten Kommissare die jüdischen Betriebe, ganz gleich, ob die Besitzer noch im Land oder geflohen waren. Eine Vermögensverkehrsstelle organi-

<sup>99</sup> Hillgruber, *Großmacht* (wie Anm. xxx), S. 85; Weinberg, *Foreign Policy* (wie Anm. 7), S. 462 f.

<sup>100</sup> Jesenská, *Alles ist Leben* (wie Anm. 98), S. 211–213.

<sup>101</sup> Jörg Osterloh, *Nationalsozialistische Judenverfolgung im Reichsgau Sudetenland 1938–1945*,

sierte die „Arisierung“ zugunsten einheimischer Nichtjuden und von Reichsdeutschen, die in der Regel über mehr Kapital verfügten. Jüdische Einzelhandelsbetriebe wurden im Interesse des sudetendeutschen Mittelstands nach Möglichkeit stillgelegt, die Kohlegruben des Petschek-Konzerns den Hermann-Göring-Werken zugeschlagen, den größten Chemiekonzern des Sudetenlands übernahm die I.G. Farben.<sup>102</sup>

Schon im März 1939 erreichte Hitler sein nächstes Ziel: die Zerschlagung der Tschechoslowakei. Auf deutschen Druck hin erklärte Ministerpräsident Jozef Tiso (1887–1947) die seit dem Münchener Abkommen autonome Slowakei zum selbstständigen Staat. Den tschechischen Landesteil besetzten deutsche Truppen, und am 16. März 1939 proklamierte Hitler in Prag die Errichtung des Reichsprotektorats Böhmen und Mähren. Der gewählte Staatspräsident Emil Hácha (1872–1945) blieb nominell im Amt. Die Macht jedoch lag in deutschen Händen: der ehemalige deutsche Außenminister Konstantin von Neurath fungierte als Reichsprotektor. Staatssekretär und zugleich Höherer SS- und Polizeiführer von Böhmen und Mähren wurde der sudetendeutsche Nazi-Funktionär Karl Hermann Frank (1898–1946). Unmittelbar nach der Besetzung des Landes wurden Emigranten, Juden und als anti-nazistisch bekannte tschechische Persönlichkeiten in großer Zahl verhaftet und in verschiedenen Orten Juden offen attackiert. Im Juni 1939 gründete Eichmann in Prag die nächste Zentralstelle für jüdische Auswanderung. (Wie erwähnt, wird das Schicksal der tschechischen Juden auch für diese Zeit in Band 3 dieser Quellenedition dokumentiert.)

Im Schatten der Prager Ereignisse verleibte sich das Deutsche Reich am 23. März 1939 noch das Memelland ein. Der nördliche, mehrheitlich deutsch besiedelte Teil Ostpreußens war infolge des Versailler Vertrags 1919 vom Deutschen Reich abgetrennt, zunächst dem Mandat des Völkerbunds unterstellt und 1923 von litauischen Truppen und Paramilitärs besetzt worden. Seit 1933 hatte die NS-Bewegung auch in Memel starken Auftrieb erhalten. Im Herbst 1938 mehrten sich Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte; das Münchener Abkommen rückte einen nationalsozialistischen Putsch in greifbare Nähe und veranlasste viele Juden, das Land zu verlassen (Dok. 191). Als im März 1939 das Gebiet von Deutschland annektiert wurde, waren die meisten der etwa 6000 Juden, die in der Stadt Memel gelebt hatten, bereits geflohen. Die Zurückgebliebenen wurden der deutschen Judenpolitik unterworfen, ihr Vermögen sofort „arisiert“ (Dok. 287).<sup>103</sup>

## Zwangsemigration

Im Verlauf des Jahres 1938 wurde immer deutlicher, wie sehr die Enteignung der Juden das andere Ziel, die Vertreibung, erschwerte. Das Geflecht von Zwangsabgaben und Devisenbestimmungen, von Ausfuhrverboten und -gebühren verhinderte, dass die Juden wenigstens einen Teil ihres Besitzes mitnehmen konnten, um im Ausland neue Existenzen zu gründen. Die Zielländer jedoch weigerten sich, mittellose Flüchtlinge aufzunehmen, weil diese womöglich der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen würden. Bereits kurz

<sup>102</sup> Ebd., S. 344–351, 406–410.

<sup>103</sup> Ruth Leiserowitz, *Die Illusion der transmigratorischen Existenz. Juden im Memel des 20. Jahrhunderts*. in: *Nordost-Archiv*, Bd. X (2001), S. 307–335.

144 nach dem Anschluss Österreichs verschärften fast alle diese Staaten ihre Einwanderungsbestimmungen und Grenzkontrollen oder erließen Einwanderungsverbote, die sich offen oder verdeckt gegen Juden richteten.<sup>104</sup>

Die tschechische Regierung, die bis dahin eine vergleichsweise liberale Asylpolitik betrieben hatte, war nach dem Münchener Abkommen nicht mehr gewillt, jüdischen Flüchtlingen Aufnahme zu gewähren, und wies vom Oktober 1938 an nahezu alle Emigranten aus Deutschland und Österreich aus. Wenn sie der Aufforderung, das Land zu verlassen, nicht nachkamen, deportierte die Polizei sie an die Grenze, meist an die polnische.<sup>105</sup> Ähnlich erging es den Juden aus dem Sudetenland, die nach dem deutschen Einmarsch über die Grenze getrieben, dort aber von tschechischen Grenzposten zurückgewiesen oder nach Ungarn weitergeschickt wurden, wo sie gleichfalls unerwünscht waren, aber immerhin auf Transitmöglichkeiten hoffen konnten. Schließlich fanden einige auf einem Donaufrachter Aufnahme; die meisten wurden in einem Lager im tschechisch-ungarischen Grenzgebiet untergebracht.<sup>106</sup> Als im November 1938 Teile der Slowakei an Ungarn abgetreten werden mussten, deportierte die slowakische Hlinka-Garde Juden, die im Abtretungsgebiet geboren waren, dorthin, um sie so Ungarn zuzuschieben. Daraufhin transportierte die ungarische Gendarmerie auch diese Unerwünschten ins Niemandsland an der neu gezogenen ungarisch-slowakischen Grenze.<sup>107</sup> An den Westgrenzen des Reichs schoben sich die Grenzbehörden der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs nach dem Anschluss Österreichs gegenseitig die illegal eingereisten Flüchtlinge zu, bis die Vertreter dieser Staaten im April 1939 auf einer gemeinsamen Konferenz das Ende dieser Praxis vereinbarten (Dok. 271).<sup>108</sup>

Je schwieriger die Flucht aus Deutschland wurde, desto chaotischere Formen nahm sie an. Im Jahr 1933 hatten etwa 37 000 Menschen das Land dauerhaft verlassen, in der Folgezeit bis 1937 waren es jährlich zwischen 20 000 und 24 000 gewesen.<sup>109</sup> Etwa 80 bis 85 Prozent der Auswanderer waren Juden. 1938 verfünffachte sich die Zahl der Flüchtlinge: In diesem Jahr emigrierten aus dem Altreich etwa 40 000 Juden und an die

104 Susanne Heim, Vertreibung, Raub und Umverteilung. Die jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland und die Vermehrung des „Volksvermögens“, in: Flüchtlingspolitik und Fluchthilfe, Berlin 1999, S. 107–138; dies., „Deutschland muss ihnen ein Land ohne Zukunft sein“. Die Zwangsemigration der Juden 1933 bis 1938, in: Eberhard Jungfer u.a. (Hrsg.), Arbeitsmigration und Flucht. Vertreibung und Arbeitskräfteregulierung im Zwischenkriegseuropa, Berlin 1993, S. 48–81, hier: S. 69–74.

105 Monatsbericht des Europa-Büros des Joint für Januar 1939; JDC, AR 33/44, 189.

106 Friedländer, Jahre der Verfolgung (wie Anm. 28), S. 287 f.

107 Report by Mrs. Marie Schmolka, Manageress of „Hicem“ Prague, on her visit to the camp Mischdorf near Bratislava on November 27th, 1938, and other reports from No-Man's Land, abgedruckt in: Peter Heumos, Flüchtlingslager, Hilfsorganisationen, Juden im Niemandsland. Zur Flüchtlingsproblematik in der Tschechoslowakei im Herbst 1938, in: Bohemia 25 (1984), S. 245–275, hier: S. 272–275.

108 Hans-Dieter Arntz, Judenverfolgung und Fluchthilfe im deutsch-belgischen Grenzgebiet. Kreisgebiet Schleiden, Euskirchen, Monschau, Aachen und Eupen/Malmedy, Euskirchen 1990; Vicky Caron, Uneasy Asylum. France and the Jewish refugee crisis, 1933–1942, Stanford 1999; Frank Caestecker, Bob Moore (Hrsg.), Refugees from Nazi-Germany and the liberal European states, 1933–1939, Oxford 2009.

109 Strauss, Jewish Emigration (1980) (wie Anm. 1), S. 326.; Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. I–III, hrsg. von Werner Röder und Herbert A. Strauss, München 1980–1983.

60 000 aus Österreich.<sup>110</sup> Juden verließen das Land auf legalen und illegalen Wegen und immer häufiger auch auf Schiffen, bei deren Abfahrt nicht feststand, ob sie ihr Ziel je erreichen, ob und wo ihre Passagiere an Land gelassen würden. „Das Jahr 1938 hat einen neuen Begriff in die europäische Geographie eingeführt: Niemandsland der Juden“, so schrieb ein Berichterstatter des Joint im Januar 1939.<sup>111</sup> Jüdische Flüchtlinge auf Schiffen ohne Landungsgenehmigung und im Niemandsland zwischen den Staaten versinnbildlichten die Ausgrenzung der Juden (Dok. 233). Das bekannteste dieser Schiffe war die St. Louis, die im Mai 1939 mit mehr als 900 jüdischen Auswanderern von Hamburg mit dem Ziel Havanna auslief. Dort verweigerten die Hafenbehörden die Landung, weil korrupte Beamte ungültige Visa an die Passagiere verkauft hatten (Dok. 290, 292, 297). Nach langwierigen Verhandlungen fanden die Passagiere schließlich in Großbritannien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden Aufnahme.

Die Gestapo förderte die Erosion der zwischenstaatlichen Beziehungen, indem sie vom Sommer 1938 an Juden immer häufiger zum illegalen Grenzübertritt zwang (Dok. 305). Als Reaktion auf solche Praktiken drohte die Schweiz mit der Einführung der Visumpflicht für alle Reichsdeutschen. In längeren Verhandlungen einigten sich Schweizer und deutsche Behörden darauf, die Pässe der deutschen Juden mit einem roten „J“-Stempel zu versehen (Dok. 127) – und machten den Juden damit die unbemerkte Einreise in andere Staaten generell unmöglich.<sup>112</sup>

Während des Novemberpogroms und danach bestand für Juden in Deutschland Lebensgefahr. Die halbwegs geregelte Emigration wurde zur panischen Flucht. Verhaftete Juden, die aus dem KZ nur unter der Auflage entlassen wurden, das Land zu verlassen, scheuten kaum ein Risiko. Die Schwarzmarktpreise für Schiffsfahrkarten und Visa stiegen stark an, kommerzielle wie humanitäre Fluchthilfe hatten Hochkonjunktur. Unter dem extrem gestiegenen Druck sahen sich Familien zur Trennung gezwungen, um einzeln außer Landes zu gehen oder zumindest die Kinder in Sicherheit zu bringen. Nachdem die britische Regierung unmittelbar nach dem Pogrom angeboten hatte, 10 000 Kinder aus jüdischen Familien aufzunehmen, entstanden im Reich binnen kurzer Zeit Büros zur Organisation solcher Kindertransporte (Dok. 202, 213, 272, 288). Außer in Großbritannien wurden jüdische Kinder auch in den Niederlanden und der Schweiz, in Belgien und Schweden in größerer Zahl aufgenommen.<sup>113</sup> Eine den britischen Kindertransporten vergleichbare Initiative entstand wenig später in den USA. Dort scheiterte sie jedoch am Widerstand der Immigrationsgegner.<sup>114</sup>

110 Schätzung der IKG Wien, Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 11.3.–31.12.1938; CAHJP, A/W 106.

111 No Man's Land of the Jews, 20.1.1939; JDC, AR 1933/44, 541.

112 Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus, hrsg. von der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz-Zweiter Weltkrieg, Zürich 2001, S. 97–110.

113 Nach Strauss, Jewish Emigration (1980) (wie Anm. 1), S. 328 emigrierten mindestens 18 000 Kinder ohne Begleitung ihrer Eltern und wurden im Ausland in Heimen oder Pflegefamilien untergebracht. McDonald Stewart gibt unter Bezugnahme auf die Statistiken deutsch-jüdischer Organisationen an, dass bis Kriegsausbruch 9354 nach Großbritannien emigrierten, 1500 in die Niederlande, 1000 nach Belgien, 600 nach Frankreich, 300 in die Schweiz und 450 nach Schweden; Barbara McDonald Stewart, United States Government Policy on Refugees from Nazism 1933–1940, New York 1982, S. 519. Zu den Kindertransporten allgemein: Claudia Curio, Verfolgung, Flucht, Rettung. Die Kindertransporte 1938/39 nach Großbritannien, Berlin 2006.

114 Zosa Szajkowski, The Attitude of American Jews to Refugees from Germany in the 1930's, in: American Jewish Historical Quarterly LXI (1971), No. 2, S. 101–143, hier: S. 109.

Nach dem Novemberpogrom verließen auch jüdische Organisationen die legalen Wege und gingen dazu über, Juden auf allen erdenklichen Seitenpfaden außer Landes zu bringen (Dok. 260). Dazu gehörte das Anheuern von Schiffen, die unter neutraler Flagge fuhren und Emigranten nach Palästina brachten – sofern sie nicht vorher von der Marine der britischen Mandatsmacht aufgebracht wurden, die die illegale Einwanderung unterbinden sollte.<sup>115</sup> Obwohl der SD offiziell die illegale Emigration ablehnte, um die legale nicht zu gefährden, kooperierte Berthold Storfer, der die illegale Auswanderung aus Wien vorantrieb und Schiffe für die Überfahrt nach Palästina charterte, kaum verdeckt mit Eichmann. Die Wiener Zionisten kritisierten Storfer aus diesem Grund, vor allem aber, weil er sich den zionistischen Auslesekriterien für die Palästinaemigration – jung, gesund, kräftig – widersetze.<sup>116</sup>

In den europäischen Ländern, die jüdische Flüchtlinge nicht dauerhaft aufnehmen, sie aber auch nicht an Deutschland abschieben wollten, wurden seit 1938 immer mehr Flüchtlingslager errichtet – oft auf Initiative oder in Kooperation mit den einheimischen jüdischen Gemeinden, die so antisemitischen Reaktionen vorzubeugen hofften. In der Regel übernahmen jüdische Organisationen die Kosten und betreuten die Flüchtlinge. So richtete die Israelitische Flüchtlingshilfe der Schweiz in der Nähe von St. Gallen und in Basel Flüchtlingslager ein. In Großbritannien übernahm der Council for German Jewry solche Aufgaben. Die führenden Vertreter der britischen Juden hatten sich gegenüber der Regierung verpflichtet, für den Unterhalt der deutsch-jüdischen Flüchtlinge aufzukommen, konnten dieses Versprechen jedoch nach dem Anschluss Österreichs nicht mehr einhalten. In den Niederlanden hinterlegten die dortigen Juden bei der Regierung eine Garantiesumme für den Unterhalt der Flüchtlinge. In Belgien stellte der Staat die Räumlichkeiten für die Flüchtlinge, die laufenden Kosten trugen die jüdischen Hilfsorganisationen (Dok. 233, 241, 269, 271).<sup>117</sup>

Als Reaktion auf die steigenden Flüchtlingszahlen lud US-Präsident Franklin D. Roosevelt schon knapp zwei Wochen nach dem Anschluss Österreichs zu einer internationalen Konferenz ein. Sie tagte vom 6. bis 15. Juli 1938 im französischen Kurort Evian am Genfer See, wo die Vertreter von 32 Staaten über Aufnahmemöglichkeiten für die jüdischen Flüchtlinge aus dem Deutschen Reich berieten.<sup>118</sup> Nahezu alle Delegierten äußerten ihr Bedauern, dass es die wirtschaftliche Situation ihres Landes nicht erlaube, weitere Flüchtlinge aufzunehmen; einzig der australische Delegierte räumte offen ein, dass Australien

<sup>115</sup> Dalia Ofer, *Escaping the Holocaust. Illegal Immigration to the Land of Israel, 1939–1945*, New York 1990; dies., *Die illegale Einwanderung nach Palästina. Politische, nationale und persönliche Aspekte (1939–1941)*, in: *Flüchtlingspolitik und Fluchthilfe (wie Anm. 104)*, S. 9–38, hier: S. 15.

<sup>116</sup> Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht (wie Anm. 42)*, S. 184–193.

<sup>117</sup> Christian Eggers, *Unerwünschte Ausländer. Juden aus Deutschland und Mitteleuropa in französischen Internierungslagern 1940–1942*, Berlin 2002, S. 20–48; Caestecker, Moore, *Refugees from Nazi-Germany (wie Anm. 108)*; Louise London, *British Immigration Control Procedures and Jewish Refugees 1933–1939*, in: Werner Mosse (Hrsg.), *Second Chance. Two Centuries of German-speaking Jews in the United Kingdom*, Tübingen 1991, S. 485–517, hier: S. 502.

<sup>118</sup> Zur Geschichte der Konferenz: Salomon Adler-Rudel, *The Evian Conference on the Refugee Question*, in: Leo Baeck Yearbook XIII, London 1968, S. 235–274; Ralph Weingarten, *Die Hilfeleistung der westlichen Welt bei der Endlösung der deutschen Judenfrage. Das Intergovernmental Committee on Political Refugees (IGC) 1939–1939*, Bern 1981; Tommie Sjöberg, *The Powers and the Persecuted. The Refugee Problem and the Intergovernmental Committee on Refugees (IGCR)*,

kein Rassenproblem habe und auch keines importieren wolle. Während interner Verhandlungen stellte lediglich die kleine, vom Diktator Rafael Trujillo regierte Dominikanische Republik die Aufnahme von Flüchtlingen in Aussicht. Goebbels' Propagandaministerium und das Auswärtige Amt verwiesen mit Häme auf das Scheitern der Konferenz und behaupteten, dass die Sorge in den demokratischen Staaten um das Schicksal der deutschen Juden nur geheuchelt sei (Dok. 64).

Wenngleich die Teilnehmerstaaten der Evian-Konferenz die weitere Aufnahme deutscher Juden überwiegend aus innen- und wirtschaftspolitischen Gründen ablehnten, stand dahinter ein prinzipielles, kaum lösbares Problem: Erklärten sich Staaten ohne Zugeständnisse von deutscher Seite zur Aufnahme mittelloser jüdischer Flüchtlinge bereit, so leisteten sie der Enteignung und Vertreibung der Juden Vorschub, womöglich nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus weiteren Staaten. So hatten Polen und Rumänien anlässlich der Konferenz deutlich gemacht, dass die jüdischen Minderheiten auch für ihre Länder ein Problem darstellten, dessen sich die internationale Staatengemeinschaft annehmen müsse.<sup>119</sup>

Immerhin gründeten die Delegierten in Evian das Intergovernmental Committee (IGC). Diesem kam die Aufgabe zu, Ansiedlungsmöglichkeiten für Flüchtlinge ausfindig zu machen und mit der deutschen Regierung über die Emigration der Juden und den (Teil-)Transfer ihrer Vermögen zu verhandeln. Zunächst lehnte es das Auswärtige Amt in Berlin kategorisch ab, den Direktor des IGC, den US-amerikanischen Rechtsanwalt George Rublee, überhaupt zu empfangen. Doch signalisierten Göring und Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht nach dem Novemberpogrom Verhandlungsbereitschaft, weil sie hofften, auf diese Weise den trotz aller Enteignungs- und Beutezüge chronischen Devisenmangel des Reichs zu lindern. Im Dezember 1938 reiste Schacht zu geheimen Verhandlungen mit Rublee nach London. Auf deutscher Seite bestand das Ziel darin, Auswanderungsförderung und „Devisensicherung“ miteinander in Einklang zu bringen und den Boykott deutscher Waren im Ausland zu brechen. Nachdem Schacht im Januar 1939 das Amt des Reichsbankpräsidenten hatte aufgeben müssen, übernahm Helmut Wohlthat die Verhandlungsführung.<sup>120</sup> Als Leiter der Abteilung Devisenbewirtschaftung in der Vierjahresplanbehörde hatte er sich immer wieder mit der Enteignung der Juden befasst. Während er mit Rublee Verhandlungen führte, leitete er gemeinsam mit Friedrich Flick und der Dresdner Bank die „Arisierung“ des Petschek-Konzerns, bei der sich das Reich Kohlegruben und Industrieunternehmen im Wert von mehreren Hundert Millionen Reichsmark aneignete.<sup>121</sup>

<sup>119</sup> Henry Feingold, *The Politics of Rescue. The Roosevelt Administration and the Holocaust 1938–1945*, New Brunswick 1977, S. 35; Eliahu Ben Elissar, *La Diplomatie du III<sup>e</sup> Reich et les Juifs (1933–1939)*, Paris 1969, S. 243.

<sup>120</sup> Zu den Verhandlungen zwischen Schacht bzw. Wohlthat und dem IGC: Feingold, *The Politics of Rescue (wie Anm. 119)*, S. 45–68; Weingarten, *Hilfeleistung (wie Anm. 118)*, S. 121–144; Friedländer, *Jahre der Verfolgung (wie Anm. 28)*, S. 310, 339; Fritz Kieffer, *Judenverfolgung in Deutschland – eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933–1939*, Stuttgart 2002, S. 320–427.

<sup>121</sup> Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt a.M. 1990, S. 120–127; Harald Wixforth, *Die Expansion der Dresdner Bank in Europa*, München 2006, S. 136–138; Kim Christian Priemel, Flick. *Eine Konzerngeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik*, Göttingen 2007, S. 390–431.

Das im Frühjahr 1939 ausgehandelte Konzept, nach seinen Wegbereitern Schacht-Rublee-Plan genannt, sah vor, zwei Dritteln der deutschen Juden innerhalb von fünf Jahren die Emigration zu gestatten. Zurückbleiben sollten nur die Alten und unbehelligt bis zu ihrem Tod in Deutschland leben können. Dem deutschen Fiskus wurde dem Plan zufolge gestattet, 75 Prozent des jüdischen Vermögens einzubehalten. Die anderen 25 Prozent sollten in einen Treuhandfonds einbezahlt, aber nur gegen zusätzliche Exporte aus Deutschland freigegeben werden. Ferner sah der Plan vor, im Ausland einen Anleihefonds zu schaffen, um die Ansiedlung der deutschen Juden vorzufinanzieren. Das Geld dafür sollten Hilfsorganisationen und wohlhabende Juden aufbringen (Dok. 207).

In seiner Rede vom 6. Dezember 1938 hatte Göring diesen Plan schon in groben Zügen skizziert. Unter den Repräsentanten der jüdischen Organisationen, die für die Finanzierung sorgen sollten, war der Fonds höchst umstritten, weil er die deutsche Wirtschaft auf Kosten jüdischen Vermögens stabilisieren würde. Ein formelles Abkommen zwischen dem Intergovernmental Committee und dem Deutschen Reich kam nie zustande, lediglich ein vertrauliches Memorandum, das Rublee als einseitige Absichtserklärung Deutschlands anzusehen bereit war, nicht aber als gemeinsames Dokument.<sup>122</sup> Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs machte den Plan zunichte.

### Erfassung, Ausgrenzung und Zwangsarbeit

Ende Juli 1938 wurde der Kennkartenzwang für alle zur Musterung erfassten jungen Männer sowie für die gesamte jüdische Bevölkerung eingeführt; bis zum Ende des Jahres mussten somit Juden vom 15. Lebensjahr an einen Personalausweis beantragen, der mit Lichtbild, Fingerabdruck und Unterschrift des Inhabers versehen war (Dok. 72). Im Schriftwechsel mit Behörden mussten sie die auf der Karte verzeichnete Kennnummer und den Kennort (Ausstellungsort) immer angeben. Sprachen sie persönlich auf den Ämtern vor, so hatten sie unaufgefordert auf ihr Jüdischsein hinzuweisen und ihre Kennkarte vorzulegen (Dok. 300). Ein Doppel der Karte verblieb bei der ausstellenden Passbehörde und wurde als Identifizierungsmittel in die Einwohnermeldekarteien eingeordnet.

Im August 1938 erließ das Reichsinnenministerium eine Verordnung, der zufolge für Juden nur noch bestimmte „jüdische“ Vornamen zulässig waren. Jüdische Männer mit anderen als den behördlich genehmigten Vornamen mussten sich vom 1. Januar 1939 an zusätzlich Israel nennen, Frauen den Zweitnamen Sara annehmen (Dok. 84, 86, 181). Der Zwangsvorname war beim Standesamt und im Telefonbuch einzutragen und im offiziellen Schriftverkehr stets anzugeben. Der nächste Schritt zur Erfassung der Juden erfolgte mit der Volkszählung im Mai 1939, die wegen des Anschlusses Österreichs um ein Jahr verschoben worden war. Auf einer speziellen Ergänzungskarte musste jeder Gezählte über die „Rassezugehörigkeit“ seiner vier Großeltern Auskunft geben (Dok. 36). Auf diese Weise ermittelten die Statistiker die aktuelle Zahl von 233 973 „Rassejuden“ im Altreich, von denen etwa 20 000 nicht der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten; sie erfassen zudem die „Halb-“ und „Vierteljuden“ mitsamt ihren Familienangehörigen, Haus-

haltsmitgliedern, Wohnadressen und sonstigen personenbezogenen Angaben. Zur Kontrolle waren die Volkszähler angehalten, ihrerseits ihre Kenntnisse über die „Rassezugehörigkeit“ der Befragten in den Unterlagen zu notieren. All diese Informationen gingen noch im selben Jahr in die neu aufgestellte allgemeine Volkskartei ein, ebenso in die Einwohnermeldekarteikarten, die seit 1938 am oberen Rand die Spalte „Abstammung“ enthielten.<sup>123</sup> Die Mehrfacherhebung von Angaben über die „Rassezugehörigkeit“ – per Kennkarte, Zwangsvornamen, Volkszählungsbögen und Volkskartei – machte es für die Betroffenen schwer und angesichts drohender Strafen auch riskant, sich der Erfassung zu entziehen.

Als wichtige Informationsquelle für die rassistische Zuordnung dienten die Kirchenbücher. Darin war vermerkt, wer sich wann und wo hatte taufen lassen, einen jüdischen Ehepartner geheiratet oder den Namen geändert hatte. Seitdem von 1933 an der „Ariernachweis“ über berufliches Fortkommen und persönliches Schicksal entschied und zudem die Ahnenforschung in Mode gekommen war, konnten die Pfarrämter die Fülle der Anfragen kaum bewältigen. Immer wieder waren sie auch mit Bitten konfrontiert, Hinweise auf eine „nichtarische“ Abstammung unter den Tisch fallen zu lassen. Ein Erlass des Reichskirchenministers vom Oktober 1938 mahnte die Kirchenbuchführer daher zu vollständigen Angaben und forderte außerdem, dass sie die jüdische Abstammung des Antragstellers auch dann auf der auszustellenden Urkunde vermerkten, wenn sie ihnen nur zufällig bekannt sei (Dok. 188).<sup>124</sup> Auch ohne solche Aufforderungen machten sich insbesondere in protestantischen Landeskirchen Beflissene ans Werk, die von sich aus die Erfassung der „Nichtarier“ betrieben. In Berlin etwa forschte unter Leitung des evangelischen Pfarrers und Archivrats Karl Themel die von der Kirche finanzierte Kirchenbuchstelle Alt-Berlin in den Gemeindeunterlagen nach Juden, die sich hatten taufen lassen, und stellte aus sämtlichen Kirchenbüchern Berlins eine „Fremdstämmigentaufkartei“ zusammen.<sup>125</sup> Die Kirchenbuchstellen, die es in verschiedenen Landeskirchen gab, reichten ihre Erkenntnisse u. a. an die dem Reichsinnenministerium unterstehende Reichsstelle für Sippenforschung weiter, erteilten aber auch Auskünfte an Parteiinstitutionen, das Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschland, die SS oder die Polizei.<sup>126</sup> Parallel dazu wurden sämtliche Eintragungen in den Berliner Kirchenbüchern in einer Kartothek erfasst, damit die „arischen“ Christen ihre „Rassereinheit“ möglichst unkompliziert beweisen konnten.

Auf externe Beobachter wirkte der Boom der Abstammungsforschung mitunter skurril. So verweigerte ein Schweizer Pfarrer im April 1938 Auskünfte über die Abstammung eines NSDAP-Mitglieds, indem er den Antragsteller wissen ließ, „dass wir uns teils vor Lachen geschüttelt, teils am gesunden Menschenverstand der nordischen Rasse zu zweifeln angefangen haben, als wir sahen: Die pathologischen Forderungen des Ariernach-

123 Götz Aly, Karl Heinz Roth, Die restlose Erfassung, Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2000, S. 54–64.

124 Stephan Linck, „... restlose Ausscheidung dieses Fremdkörpers“. Das schleswig-holsteinische Kirchenbuchwesen und die „Judenfrage“, in: Manfred Gailus (Hrsg.), Kirchliche Amtshilfe. Die Kirche und die Judenverfolgung im „Dritten Reich“, Göttingen 2008, S. 27–47, hier: S. 33.

125 Manfred Gailus, Einführung, in: ebd., S. 12 f.; Aly, Roth, Restlose Erfassung (wie Anm. 123), S. 85.

126 Manfred Gailus, „Hier werden täglich drei, vier Fälle einer nichtarischen Abstammung aufgedeckt“. Pfarrer Karl Themel und die Kirchenbuchstelle Alt-Berlin, in: ders., Kirchliche Amtshilfe (wie Anm. 124), S. 82–100, hier: S. 80 f.

122 Kieffer, Judenverfolgung (wie Anm. 120), S. 425 f. Zur Debatte um den Schacht-Rublee-Plan und den Anleihefonds: Yehuda Bauer, My Brother's Keeper. A History of the American Jewish Joint Distribution Committee 1929–1939, Philadelphia 1974, S. 273–285.

weises bei der Urgroßmutter (!!!) finden Sie nicht bloß nicht verrückt, sondern auf den Mann, der solchen Generalblödsinn befiehlt, bringen Sie noch ein ‚Heil!‘ aus.“<sup>127</sup>

Unter den evangelischen Pfarrern nahmen es diejenigen, die sich der Glaubensbewegung der Deutschen Christen zugehörig fühlten, besonders genau mit der Erfassung der „nichtarischen“ Gläubigen. Aber auch die meisten Angehörigen der Bekennenden Kirche fügten sich den entsprechenden Anweisungen der Kirchenleitung. Im Februar 1939 schlossen die Landeskirchen von Thüringen, Mecklenburg, Anhalt und Sachsen „Nichtarier“ aus (Dok. 262).<sup>128</sup> Einzig das von Pfarrer Heinrich Grüber geleitete Beratungsbüro nahm sich der Belange der „nichtarischen“ evangelischen Christen an, die ja, da sie zwar als „Rasse“-Juden verfolgt wurden, aber nicht der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten, in jüdischen Organisationen keine Unterstützung fanden.<sup>129</sup> Allerdings machte die Berliner Kirchenleitung keinen Hehl aus ihrer Reserve gegenüber dem Büro Grüber (Dok. 267). Im Umfeld der Deutschen Christen entstand im Frühsommer 1939 das in Eisenach angesiedelte Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben. Dessen Ziel war es, die Kirchengesangbücher und die Bibel daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie Textpassagen enthielten, die „Ausdruck einer fremden Rassenseele“ waren oder „jüdische Ideen“ enthielten (Dok. 307).

Die Katholische Kirche reagierte im Allgemeinen gegenüber den Anforderungen des NS-Regimes deutlich zurückhaltender, beharrte auf Kirchenliedern, deren Text nun als nicht mehr opportun galt (Dok. 253), drohte Religionslehrern, die das als „jüdische Bibel“ verunglimpfte Alte Testament aus dem Lehrplan strichen, mit dem Entzug der Lehrbefugnis. Nur ausnahmsweise beteiligten sich einzelne Geistliche an der Sichtung der Kirchenbücher, um getaufte Juden aufzuspüren.<sup>130</sup> Die „nichtarischen“ Katholiken galten weiterhin als Glaubensbrüder, die nicht aus der Kirche ausgeschlossen, allerdings nur zurückhaltend unterstützt wurden. Beide christliche Kirchen zogen zu keinem Zeitpunkt der NS-Herrschaft ein entschiedenes und öffentliches Eintreten für die verfolgten Juden in Betracht. Nach dem Novemberpogrom protestierten weder die evangelischen noch die katholischen Bischöfe gegen die Judenverfolgung.

Die Erfassung der Juden erlangte u. a. praktische Bedeutung beim Arbeitseinsatz. Soweit noch ökonomische Verbindungen zwischen Juden und Nichtjuden bestanden hatten, wurden diese mit dem Fortschreiten der „Arisierung“ gekappt. Zwar durften Juden in den Firmen nichtjüdischer Eigentümer weiter beschäftigt werden, nach Möglichkeit jedoch getrennt von der nichtjüdischen Belegschaft.<sup>131</sup> Seit dem Sommer 1938 wurde in den Kommunal- und Reichsbehörden immer wieder diskutiert, die Juden von der öffentlichen Fürsorge auszuschließen (Dok. 164, 285, 293) oder aber ihnen diese nur noch gegen Arbeitsleistungen zuzugestehen. Insbesondere die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung unternahm verschiedene Vorstöße, um die Zwangsarbeit

von Juden zu organisieren. Dadurch sollte die öffentliche Fürsorge entlastet und der Auswanderungsdruck verstärkt werden (Dok. 104). Am 19. Oktober 1938 gab der Präsident der Reichsanstalt, Friedrich Syrup, einen geheimen Erlass über den Arbeitseinsatz von Juden heraus. Darin wurden die Arbeitsämter aufgefordert, sich einen Überblick über Zahl und Qualifikation der arbeitslosen Juden zu verschaffen und deren Arbeitseinsatz in geschlossenen Gruppen in die Wege zu leiten. Zu diesem Zeitpunkt waren in einigen Städten, darunter in Wien, bereits jüdische Arbeitskolonnen zu öffentlichen Arbeiten abkommandiert.<sup>132</sup>

Die Vorschrift jedoch, dass die Juden getrennt von Nichtjuden eingesetzt werden sollten, erwies sich als Hindernis, da in vielen Betrieben die Voraussetzungen für eine Separierung nicht gegeben waren. Folglich wurden jüdische Arbeitskolonnen vor allem im öffentlichen Sektor, in Parks und Gärten, beim Straßen- und Kanalbau, bei der Reichsbahn oder auf Müllplätzen beschäftigt. Dies bedeutete jedoch oftmals, dass die Unterbringung der jüdischen Zwangsarbeiter in Lagern und deren Bewachung organisiert werden musste. In verschiedenen Orten, darunter auch in Hamburg, wurden separate Sammelarbeitslager für jüdische Pflichtarbeiter errichtet, um sie von anderen Arbeitspflichtigen zu trennen und zum Abarbeiten ihrer Unterstützungszahlungen zu nötigen.<sup>133</sup> Schon bald allerdings beschränkte sich der Arbeitseinsatz nicht mehr nur auf Juden, die als arbeitslos gemeldet waren und denen eine Gegenleistung für öffentliche Hilfgelder abverlangt werden sollte; vielmehr wurden auch berufstätige Juden zur Arbeit gezwungen (Dok. 119). Nachdem der Reichsinnenminister ohnehin verfügt hatte, dass Juden von der allgemeinen Fürsorge ausgeschlossen und an jüdische Wohlfahrtseinrichtungen verwiesen werden sollten (Dok. 164), wurde deutlich, dass der Arbeitseinsatz vornehmlich anderen Zwecken diene: sowohl der Schikane als auch der Mobilisierung aller Arbeitskraftreserven zur Kriegsvorbereitung. Ausnahmegenehmigungen waren nicht etwa beim Arbeitsamt, sondern ausschließlich bei der Gestapo zu beantragen. Bei Verstößen gegen die Dienstverpflichtung drohten Gefängnisstrafen. Zwangsverpflichtete Juden ersetzten „arische“ Arbeitskräfte, die zu Arbeiten von „staatspolitischer Bedeutung“ – so der Ausdruck in einem Erlass Görings – herangezogen wurden. Wie viele Juden vor Kriegsbeginn zu derartigen Einsätzen verpflichtet wurden, ist nicht überliefert. Die allgemeine Zwangsarbeit für alle Juden wurde offiziell erst Ende 1940 verfügt.<sup>134</sup>

## Abschiebung der polnischen Juden und Novemberpogrom

Am 31. März 1938 erließ die polnische Regierung das allgemein formulierte, faktisch gegen Juden gerichtete Gesetz „über den Entzug der Staatsbürgerschaft“. Damit schuf sie die Möglichkeit, polnische Staatsangehörige auszubürgern, die seit mehr als fünf Jahre im

<sup>127</sup> Zit. nach: Gailus, Einführung, (wie Anm. 125), S. 17.

<sup>128</sup> Martin Greschat, Die Haltung der deutschen evangelischen Kirchen zur Verfolgung der Juden im Dritten Reich, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Frankfurt a. M. 2003, S. 320–341.

<sup>129</sup> Eberhard Röhm, Jörg Thierfelder, Juden, Christen, Deutsche: 1933–1945, Bd. 2: 1935 bis 1938, Teil 2, Stuttgart 1992, S. 259–277.

<sup>130</sup> Bernd Nellesen, Die schweigende Kirche. Katholiken und Judenverfolgung, in: Büttner (Hrsg.), Die Deutschen und die Judenverfolgung (wie Anm. 128), S. 305–319, hier: S. 309.

<sup>131</sup> Kulka, Jäckel (Hrsg.), NS-Stimmungsberichte (wie Anm. 13), S. 380.

<sup>132</sup> Wolf Gruner, Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943, Berlin 1997, S. 48–53.

<sup>133</sup> Wolf Gruner, Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkung lokaler und zentraler Politik im NS-Staat (1933–1942), München 2002, S. 137, 205.

<sup>134</sup> Wolf Gruner, Arbeitseinsatz und Zwangsarbeit jüdischer Deutscher 1938/1939, in: Götz Aly u. a. (Hrsg.), Arbeitsmarkt und Sondererlaß. Menschenverwertung, Rassenpolitik und Arbeitsamt (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik Bd. 8), Berlin 1990, S. 137–155.

Ausland lebten. Im Oktober 1938 folgte eine Verfügung, der zufolge im Ausland ausgestellte Pässe nur mit einem Prüfvermerk des zuständigen polnischen Konsulats zur Einreise nach Polen berechtigten. Auf diese Weise wollte die polnische Regierung verhindern, dass Juden polnischer Staatsangehörigkeit, die im Deutschen Reich lebten, nach Polen flohen.<sup>135</sup> Die deutsche Führung befürchtete nun, wie es Staatssekretär Ernst von Weizsäcker gegenüber dem polnischen Botschafter Józef Lipski ausdrückte, „daß uns im Wege der Ausbürgerung ein Klumpen von 40–50 000 staatenlosen ehemaligen polnischen Juden in den Schoß fiel.“<sup>136</sup> Um dies zu verhindern, beschloss die Reichsregierung, kurz vor Inkrafttreten des polnischen Gesetzes, am Abend des 27. Oktober 1938, 17 000 polnische Juden nach Polen abzuschleppen. In manchen Städten nahm die Polizei ausschließlich Männer fest, in anderen ganze Familien.

Obleich die meisten Betroffenen von ihrer Verhaftung völlig überrascht wurden, konnte zum Beispiel die Münchener Polizei nur etwa einem Drittel derer habhaft werden, die sie abschieben wollte (Dok. 112). Zu den Abgeschobenen gehörte zum Beispiel Marcel Reich-Ranicki, der im Alter von 18 Jahren Opfer dieser Massenabschiebung wurde. Er hatte keine Ahnung, warum er am frühen Morgen des 28. Oktober 1938 plötzlich in Berlin verhaftet wurde und was er in dem Land anfangen sollte, das ihm „vollkommen fremd war.“<sup>137</sup> Für viele Verhaftete endete die Reise vorerst an der Grenze. Polnische und deutsche Grenzschutzwachen trieben die Menschen tagelang zwischen den Linien hin und her. Schließlich wurden sie in hastig hergerichtete Lager eingewiesen. Das größte befand sich in Zbąszyń (Neubentschen) und bestand noch bis zum Sommer 1939, weil die Insassen weder nach Deutschland zurückkehren noch nach Polen einreisen konnten (Dok. 203).

Aus Hannover wurde die Familie Herschel Grynszpan an die polnische Grenze verschleppt. Nachdem Grynszpan, der damals in Paris lebte, das aus einem Brief seiner Schwester erfahren hatte, schoss er am 7. November 1938 in der Deutschen Botschaft in Paris den Legationssekretär Ernst vom Rath nieder und verletzte ihn lebensgefährlich. Noch am selben Tag erhielten die Redaktionen sämtlicher deutscher Zeitungen die Weisung, „in größter Form“ über den Anschlag zu berichten und dabei die Verantwortung des „Weltjudentums“ für die Tat zu unterstreichen.<sup>138</sup> Bereits in der Nacht vom 7. auf den 8. November wurden in Kassel, Bebra und anderen nordhessischen Orten Synagogen, jüdische Schulen sowie die Geschäfte und Wohnungen von Juden überfallen und demo-

135 Sybil Milton, *The Expulsion of Polish Jews from Germany October 1938 to July 1939*, in: Leo Baeck Yearbook XXIX (1984), S. 169–199; Trude Maurer, *Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die ‚Kristallnacht‘* in: Walter H. Pehle (Hrsg.), *Der Judenpogrom 1938. Von der ‚Reichskristallnacht‘ zum Völkermord*, Frankfurt a. M. 1988, S. 52–73; Jerzy Tomaszewski, *Letters from Zbąszyń*, in: *Yad Vashem Studies XIX* (1988), S. 289–315; ders., *Auftakt zur Vernichtung: die Vertreibung polnischer Juden aus Deutschland im Jahre 1938*, Osnabrück 2002; Yfaat Weiss, *Deutsche und polnische Juden vor dem Holocaust. Jüdische Identität zwischen Staatsbürgerschaft und Ethnizität 1933–1940*, München 2000, S. 195–217.

136 Aufzeichnung des Staatssekretärs vom 8.11.1938; Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D (1937–1945), Bd. 5, Baden-Baden 1963, S. 102.

137 Reich-Ranicki, *Mein Leben* (wie Anm. 3), S. 157–160; siehe auch: Rudi und Trude Gräber, *Fehlgeschlagene Abschiebung nach Polen*, in: Charlotte Ueckert-Hilbert (Hrsg.), *Fremd in der eigenen Stadt. Erinnerungen jüdischer Emigranten aus Hamburg*, Hamburg 1989, S. 95–100.

138 Zit. nach Wolfgang Benz, *Der Rückfall in die Barbarei. Bericht über den Pogrom*, in: Pehle (Hrsg.), *Judenpogrom 1938* (wie Anm. 135), S. 13–51, hier: S. 15.

liert (Dok. 123), am 8. November auch in Magdeburg-Anhalt.<sup>139</sup> An diesem Tag rief der Völkische Beobachter kaum verdeckt zum Pogrom auf: „Es ist klar, dass das deutsche Volk aus dieser neuen Tat seine Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, dass in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen, Vergnügungsstätten bevölkern und als ‚ausländische‘ Hausbesitzer das Geld deutscher Mieter einstecken, während ihre Rassegenossen draußen zum Krieg gegen Deutschland auffordern und deutsche Beamte niederschließen.“<sup>140</sup>

Am Abend des 9. November hatten sich, wie zum Jahrestag des 1923 gescheiterten Hitlerputsches üblich, führende NSDAP-Männer im Alten Rathaus in München versammelt. Nachdem die Nachricht vom Tode des Diplomaten bekannt gegeben worden war, sprach Hitler kurz mit Goebbels und verließ dann die Versammlung. Goebbels forderte die anwesenden Gauleiter und SA-Führer auf, dafür zu sorgen, dass die Tat Grynszpan nicht ungesühnt bleibe. Am folgenden Tag schilderte er das kurze Gespräch mit Hitler in seinem Tagebuch: „Er bestimmt: Demonstrationen weiterlaufen lassen. Polizei zurückziehen. Die Juden sollen einmal den Volkszorn zu spüren bekommen. Das ist richtig. Ich gebe gleich entsprechende Anweisung an Polizei und Partei. Dann rede ich kurz dementsprechend vor der Parteiführerschaft. Stürmischer Beifall. Alles saust gleich an die Telephone. Nun wird das Volk handeln.“<sup>141</sup>

Gegen 22.30 Uhr löste sich die Versammlung im Münchener Alten Rathaus auf, und die anwesenden NS-Funktionäre unterrichteten telefonisch ihre Gauleitungen und Gaupropagandaleitungen. Überall im Reich feierten SA-Leute und NSDAP-Aktivistinnen an diesem Abend den Jahrestag des Putsches. Mehr oder weniger angetrunken hatten sie sich gewiss auch über das Attentat erregt, wurden in dieser aufgeladenen Situation mündlich über den Tod vom Rath informiert und erhielten den Hinweis, die Partei rufe offiziell nicht zu antijüdischen Aktionen auf, werde jedoch spontane Empörung nicht behindern.

Um kurz vor Mitternacht telegraphierte der Chef des Geheimen Staatspolizeiamts Heinrich Müller an alle Staatspolizeistellen und -leitstellen, dass „in kürzester Frist“ im ganzen Land Aktionen gegen Juden beginnen würden, die nicht zu stören, Plünderungen jedoch zu unterbinden seien. Gegen Juden, die im Besitz von Waffen angetroffen würden, seien „die schärfsten Maßnahmen“ zu ergreifen. Die Festnahme von 20 000 bis 30 000 – insbesondere wohlhabender – Juden im ganzen Reich sei vorzubereiten (Dok. 125). Nachdem in etlichen Städten die Synagogen bereits brannten, gab Heydrich um 1.20 Uhr ein Blitz-Fernschreiben an die örtlichen SD- und Gestapo-Dienststellen heraus, in dem er die Instruktionen Müllers präziserte: Es sei darauf zu achten, dass Leben und Eigentum von Nichtjuden nicht gefährdet würden; außerdem sei das Eigentum ausländischer Juden von der Zerstörung auszunehmen. Heydrich bekräftigte das Plünderungsverbot, die Anweisung, historisch wertvolles Archivmaterial sicherzustellen, und den Befehl zur Festnahme

139 Wolf-Arno Kropat, *Kristallnacht in Hessen. Der Judenpogrom vom November 1938. Eine Dokumentation*, Wiesbaden 1988, S. 19–47; Benz, *Rückfall* (wie Anm. 138), S. 17; Goebbels-Tgb. (wie Anm. 18), Bd. 6, München 1998, S. 180 (10.11.1938).

140 *Völkischer Beobachter* vom 8.11.1938, zit. nach: Elisabeth Klammer, *Die ‚Affäre Herschel Grynszpan‘*, in: *Der Novemberpogrom 1938. Die ‚Reichskristallnacht‘* in Wien, Wien 1989, S. 53–59, hier: S. 56.

141 Goebbels-Tgb. (wie Anm. 18), Teil I, Bd. 6, München 1998, S. 180 (10.11.1938); Uwe Dietrich Adam, *Wie spontan war der Pogrom?*, in: Pehle, *Judenpogrom 1938* (wie Anm. 135), S. 74–93.

insbesondere wohlhabender Juden – „zunächst nur gesunde männliche Juden nicht zu hohen Alters“ (Dok. 126).

Vierorts waren bereits am 8. November SA und Hitlerjugend aufgefordert worden, sich für „Aktionen“ gegen die Juden bereitzuhalten. Daher kamen mitten in der Nacht vom 9. zum 10. November schnell größere Menschenansammlungen zustande, die Synagogen in Brand steckten, die Wohnhäuser von Juden umstellten, die Bewohner auf die Straße trieben, verprügelten und ihre Wohnungen in Trümmer schlugen. Die Feuerwehr griff in der Regel nur ein, um die Ausbreitung der Flammen zu verhindern, half gelegentlich aber auch beim Brandstiften: „Das Anzünden der Synagogen war offenbar nicht selten schwierig und gelang, wie in Essen, erst nach fachkundigem Einsatz der Feuerwehr.“<sup>142</sup>

Zwar beteiligten sich in vielen Orten auch nicht organisierte Bürger an den Überfällen, Angriffen und Brandstiftungen, manchmal bildeten sie einen Kordon aus anfeuernden oder auch entsetzten Zuschauern (Dok. 131). In der Regel gehörten die Täter der SA an, der NSDAP oder der Hitlerjugend. Sie waren aufgefordert worden, in Zivilkleidung zu erscheinen. In zahlreichen Städten, insbesondere in Nordwestdeutschland, wohnten die jugendlichen Täter nicht im Ort selbst, sondern wurden aus einiger Entfernung per Lastwagen herbeigefahren. Dies verhinderte sowohl die Identifizierung der Angreifer durch die Opfer als auch eventuelles Mitleid der Angreifer, falls sich unter den Misshandelten persönliche Bekannte befunden hätten. Ein solches Vorgehen deutet darauf hin, dass es möglicherweise, zumindest an manchen Orten, detaillierte Vorbereitungen zum Pogrom gegeben hat, zumal jede „Pogrom-Kolonne“, wie für den Raum Duisburg berichtet wird, mit „sorgfältig angefertigten Adresslisten“ ausgestattet war. Jüdische wie nichtjüdische Augenzeugen berichteten vielfach, dass die jugendlichen Täter unter starkem Alkoholeinfluss standen, und schlussfolgerten daraus: „Entweder also hat man die Bande – jugendliche Burschen reagieren bekanntlich besonders schnell auf Genuss von alkoholischen Getränken – vorher besoffen gemacht, um sie in Pogromstimmung zu bringen, oder man hat während der einständigen Autofahrt zum Aktionsgebiet unterwegs gerastet und Freibier gespendet.“<sup>143</sup>

Nach offiziellen Angaben wurden in dieser Nacht 91 Juden getötet, 36 Personen schwer verletzt, mehrere jüdische Frauen vergewaltigt. Die tatsächliche, aber nicht genau bekannte Zahl der Opfer lag gewiss höher. In Bremen und Umgebung wurden fünf Menschen erschossen, darunter der 78-jährige Arzt Adolph Goldberg und seine Ehefrau Martha, geb. Sussmann. Die Mörder waren SA-Männer im Alter zwischen 23 und 53 Jahren (Dok. 134).<sup>144</sup> Außerdem wurden über 1000 Synagogen in Brand gesteckt, demoliert oder auch gesprengt,<sup>145</sup> 7000 bis 7500 Geschäfte jüdischer Inhaber sowie

mindestens 177 Wohnhäuser zerstört und geplündert. Die Glasschäden der „Kristallnacht“ beliefen sich auf sechs Millionen, der Gesamtschaden auf 39 Millionen Reichsmark.<sup>146</sup>

Der US-Konsul in Leipzig berichtete nach Washington: „Nachdem sie Wohnungen demoliert und den größten Teil des Mobiliars auf die Straße geworfen hatten, warfen die unersättlich sadistischen Täter viele der zitternden Bewohner in einen kleinen Bach, der durch den Zoologischen Garten fließt, und forderten die entsetzten Zuschauer auf, sie anzuspüren, mit Lehm zu besudeln und sich über ihre Not lustig zu machen ... Das geringste Anzeichen von Mitleid rief auf Seiten der Täter einen regelrechten Zorn hervor.“<sup>147</sup> Am nächsten Tag gingen die Gewalttaten weiter, nun häufig unter Beteiligung der örtlichen Bevölkerung; in manchen Orten führten Lehrer ganze Schulklassen zu den zertrümmerten Wohnungen und Geschäften der Juden und hielten die Kinder dazu an, antisemitische Parolen zu rufen oder dem Abtransport verhafteter Juden zu applaudieren.<sup>148</sup> Nahezu überall versammelten sich Neugierige, um sich die Schäden anzusehen oder noch etwas aus den Auslagen zertrümmerter Schaufenster zu ergattern. Aus Aachen und Essen berichteten Augenzeugen, dass nach den Plünderungen die Beutestücke auf offener Straße verkauft, Schuhe und Wäsche in die passenden Größen umgetauscht wurden.<sup>149</sup> Die Stimmungsberichte des SD dokumentierten sehr verschiedene Reaktionen auf den Pogrom, sie reichten von ausdrücklichem Beifall für die „Abrechnung“ mit „dem Judentum“, über betretenes Schweigen bis zu demonstrativen Sympathiebekundungen für die Gedeemütigten und Misshandelten. Im Vordergrund stand die Kritik an der Vernichtung wertvoller Waren und an der vielfach als barbarisch und mittelalterlich angesehenen Vorgehensweise.<sup>150</sup> Allerdings schmälerte solche Kritik nicht unbedingt das Interesse „arischer“ Nachbarn am günstigen Erwerb jüdischen Eigentums.

In manchen Orten nahm die Polizei in der Pogromnacht auch Frauen fest, ließ sie in der Regel jedoch nach einigen Stunden oder am nächsten Tag wieder frei. Die in der Nacht verhafteten jüdischen Männer wurden zunächst in Turnhallen, auf Polizeiwachen und in Rathäusern festgehalten und am nächsten Tag, mitunter nach einem demütigenden Spalierlauf durch die Stadt, in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen überstellt. In den folgenden Tagen und Nächten gingen die Verhaftungen weiter. Sie betrafen insgesamt 25 000 bis 30 000 jüdische Männer. Für derart viele Häftlinge waren die Lager nicht eingerichtet, entsprechend katastrophal die Zustände (Dok. 227, 229). In Buchenwald misshandelten Wachmänner und Kapos jüdische Häftlinge und ver-

<sup>142</sup> Ulrich Herbert, Von der „Reichskristallnacht“ zum „Holocaust“. Der 9. November und das Ende des „Radauantisemitismus“, in: Thomas Hoffmann, Hanno Loewy, Harry Stein (Hrsg.), Pogromnacht und Holocaust. Frankfurt, Weimar, Buchenwald ... Die schwierige Erinnerung an die Stationen der Vernichtung, Weimar 1994, S. 58-80, hier: S. 67.

<sup>143</sup> Barkow, Gross, Lenarz (Hrsg.), Novemberpogrom 1938 (wie Anm. 29), S. 357 f.

<sup>144</sup> Wilhelm Lührs, Der Pogrom vom 9./10. November 1938, in: ‚Reichskristallnacht‘ in Bremen. Vorgeschichte, Hergang und gerichtliche Bewältigung des Pogroms vom 9./10. Nov. 1938, S. 39-59, hier: S. 43-46.

<sup>145</sup> Adolf Diamant hat 1.802 Synagogen und Betstuben in Deutschland erfasst; etwa 1200 davon wurden in der NS-Zeit zerstört, der größte Teil während des Pogroms, ein kleinerer Teil im Krieg. Für Österreich konnte Diamant 95 zerstörte Synagogen und Bethäuser allein in Wien ermitteln; Adolf Diamant, Zerstörte Synagogen vom November 1938. Eine Bestandsaufnahme, Frankfurt a.M. 1978, S. XIV f.

<sup>146</sup> Heinz Lauber, Judenpogrom: „Reichskristallnacht“ November 1938 in Großdeutschland. Daten, Fakten, Dokumente, Quellentexte und Bewertungen, Gerlingen 1981, S. 123; Erhard R. Wien, Novemberpogrom. Die ‚Reichskristallnacht‘ in den Erinnerungen jüdischer Zeitzeugen der Kehilla Kedoscha Konstanz 50 Jahre danach als Dokumentation des Gedenkens, Konstanz 1988, S. 52; Richard Evans, Das Dritte Reich, Bd. II, 2: Diktatur, München 2006, S. 707, 714.

<sup>147</sup> Zit. nach Wolfgang Mönninghoff, Enteignung der Juden. Wunder der Wirtschaft, Erbe der Deutschen, Hamburg, Wien 2001, S. 197.

<sup>148</sup> Dieter Obst, „Reichskristallnacht“. Ursachen und Folgen des antisemitischen Pogroms vom November 1938, Frankfurt a.M. 1991, S. 352.

<sup>149</sup> Barkow, Gross, Lenarz (Hrsg.), Novemberpogrom 1938 (wie Anm. 29), S. 363.

<sup>150</sup> Vgl. Peter Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!“, München 2006, S. 129-135; Frank Bajohr, Dieter Pohl, Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006, S. 37-45; Kulka, Jäckel (Hrsg.), NS-Stimmungsberichte (wie Anm. 13), S. 319-328.

suchten auf diese Weise, ins Lager mitgebrachte Wertgegenstände zu erpressen.<sup>151</sup> In Sachsenhausen quälten die SS-Wachmänner, die nach Einschätzung der Häftlinge meist kaum älter als 20 waren, mit Vorliebe dicke Juden, Rabbiner und jüdische Akademiker und zwangen jüdische Häftlinge, sich selbst als „Saujuden“ vorzustellen.<sup>152</sup> In Dachau starben innerhalb weniger Wochen mindestens 185 der neu eingelieferten Juden, in Buchenwald 233.<sup>153</sup> Für das Lager Sachsenhausen wurde in einem Bericht von Ende 1938 die Zahl der Toten nach dem Pogrom auf 80 bis 90 von insgesamt 6000 Häftlingen geschätzt: „Todesursachen sind: 1. Überanstrengung, 2. Aufhören der gewöhnlichen ärztlichen Behandlung und Medikamenten- und Diättausfall, 3. Septische Erkrankungen, 4. Folgen des Frostes und Lungenentzündung.“ Eine weitere Todesart wird für Sachsenhausen folgendermaßen beschrieben: „Wer nicht stramm genug beim Exerzieren war, musste ‚rollen‘, d. h. sich so lange im Sande um sich selbst drehen, bis er bewusstlos war. Diese Unglücklichen liefen dann oft gegen das elektrisch geladene Gitter und wurden vom elektrischen Schlag oder durch den Posten, der das Überschreiten der Grenze feststellte, getötet.“<sup>154</sup> Über diejenigen, die aufgrund der Haftbedingungen oder der Folter wahnsinnig wurden oder sich das Leben nahmen, gibt es keine zuverlässigen Zahlenangaben.

Die Massenverhaftung jüdischer Männer diente zwei Zielen: Zum einen sollten wohlhabende Juden unter dem Druck der Misshandlungen ihr Vermögen Nichtjuden übertragen, zum anderen versuchten SD und Gestapo auf diese Weise die Vertreibung der Juden aus Deutschland zu beschleunigen. Die meisten der Inhaftierten wurden in den Wochen nach dem Pogrom unter der Bedingung freigelassen, dass sie ein Ausreisevisum vorlegen konnten oder sich verpflichteten, das Land binnen weniger Tage oder Wochen zu verlassen.

In etlichen Ländern führten die Nachrichten über die Gewaltexzesse zum Umschwung der öffentlichen Meinung zugunsten jüdischer Flüchtlinge. Die britische Regierung setzte mit ihrer Bereitschaft zur Aufnahme jüdischer Kinder ein Zeichen, und Präsident Roosevelt rief nach dem Pogrom den US-Botschafter aus Berlin ab. Im Allgemeinen jedoch wurden die Einwanderungsbestimmungen nach dem Pogrom weiter verschärft; auch wegen des stärkeren Andrangs blieb die Emigration für die deutschen und österreichischen Juden äußerst schwierig.

Mehr als jedes andere Ereignis vor Beginn der Deportationen markiert der Novemberpogrom im kollektiven Bewusstsein der Juden die entscheidende Zäsur. In den vorangegangenen Jahren der NS-Herrschaft waren die Juden in Deutschland zwar vielerlei Schikanen und immer wieder auch antisemitisch motivierter Gewalt ihrer nichtjüdischen Landsleute ausgesetzt gewesen, doch hatte es sich dabei meist um lokal begrenzte und einigermaßen berechenbare Diskriminierungsakte gehandelt.<sup>155</sup> Die Hetzjagden auf

151 Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar, hrsg. von David A. Hackett, München 1996, S. 283–287; Konzentrationslager Buchenwald 1937–1945. Begleitband zur ständigen historischen Ausstellung, hrsg. von der Gedenkstätte Buchenwald, Göttingen 1999, S. 76–80; Pingel, Häftlinge (wie Anm. 26), S. 91–96.

152 Barkow, Gross, Lenarz (Hrsg.), Novemberpogrom 1938 (wie Anm. 29), S. 571, 577, 582, 587.

153 Schüler-Springorum, Masseneinweisungen (wie Anm. 30), S. 162; Orth, Das System (wie Anm. 24), S. 53.

154 Barkow, Gross, Lenarz (Hrsg.), Novemberpogrom 1938 (wie Anm. 29), S. 487, 573.

155 Michael Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1918 bis 1938. Hamburg 2007, S. 200.

Wiener Juden, die sich von Mitte März bis in den April 1938 hinzogen, machten hingegen deutlich, dass sich Pogrome nicht nur in Russland oder Rumänien, sondern mitten im bürgerlich-mondänen Wien ereignen konnten. Nach der Pogromnacht vom November mussten auch diejenigen Juden, die bisher nicht emigrieren wollten, um Leib und Leben fürchten. Selbst Victor Klemperer verschlug es die Sprache. In seinem Tagebuch findet sich erst am 22. November wieder ein Eintrag: „Erst Krankheit, dann der Autounfall, dann, im Anschluß an die Pariser Grünspan-Schießaffäre, die Verfolgung, seitdem das Ringen um die Auswanderung.“ Ein gutes Jahr später am Silvesterabend 1939 notierte Klemperer im Rückblick auf die Judenverfolgung und das erste Weihnachten im Zweiten Weltkrieg: „Die Pogrome im November 38 haben, glaube ich, weniger Eindruck auf das Volk gemacht als der Abstrich der Tafel Schokolade zu Weihnachten.“<sup>156</sup>

In der antijüdischen Politik bedeutete der Pogrom eine Zäsur. In den vorangegangenen Jahren hatte das Wechselverhältnis zwischen antijüdischem Terror vonseiten der Partei- und SA-Basis einerseits und jüdenfeindlichen Gesetzen und Verwaltungsvorschriften andererseits zur sukzessiven Radikalisierung der Judenpolitik und zur Ausgrenzung der jüdischen Minderheit geführt – allerdings nicht gradlinig, sondern in sorgsamer Abwägung, auch nach Gesichtspunkten der Opportunität. Nach dem 9. November schob die deutsche Führung ihre letzten Rücksichten auf diplomatische Verwicklungen oder wirtschaftliche Nachteile beiseite. Die Konsequenzen des Pogroms mögen nicht allen Nazi-Funktionären willkommen gewesen sein, doch nutzten sie alle den Radikalisierungsschub für die jeweils eigenen Ziele. Göring wettete zwar gegen die volkswirtschaftlichen Schäden, die der Pogrom verursacht hatte, freute sich aber über den neu entstandenen Handlungsspielraum. Zusammen mit dem Reichsfinanz- und dem Reichswirtschaftsministerium setzte er jetzt die lange hinausgezögerte „Entjudung“ der Wirtschaft und die Enteignung der Juden in die Tat um. Die rasche Abfolge antijüdischer Maßnahmen in den Tagen nach dem 9. November zeigt, dass Staats- und Parteiinstitutionen vorgearbeitet hatten, um bei passender Gelegenheit zum großen Schlag gegen die Juden auszuholen.

Binnen sechs Wochen standen alle dafür wichtigen Gesetze und Verordnungen im Reichsgesetzblatt. Den Diplomaten des Auswärtigen Amtes kam der internationale Ansehensverlust, den der Pogrom angerichtet hatte, gewiss ungelegen; doch forderte das Ministerium lediglich, im Fall der Enteignung ausländischer Juden beteiligt zu werden (Dok. 146). Goebbels, der als Berliner Gauleiter schon lange darauf drängte, die Hauptstadt „judenfrei“ zu machen, konnte nach dem weitgehend von ihm dirigierten Gewaltexzess ohnehin eine positive Bilanz ziehen. Ähnlich die SA: Ihr war gegenüber der zur Zurückhaltung ermahnten SS das Vorrecht zum Losschlagen eingeräumt worden. Ihre Basis, die sonst nur noch selten Gelegenheit hatte, die eigene Militanz anders als bei Aufmärschen unter Beweis zu stellen, hatte ihre alte Schlagkraft zeigen und sich an den Juden austoben dürfen. Nur in Ausnahmefällen wurden Verstöße gegen das Plünderungsverbot oder Verbrechen bis hin zum Mord hinterher geahndet.

Auch den Protagonisten der geregelten Vertreibung, wie sie im SD versammelt waren, mögen die antisemitischen Hetzjagden in mancher Hinsicht ungelegen gekommen sein. Doch nutzten sie die Gunst der Stunde, um ihre Vorschläge zur Kennzeichnung und zur

156 Klemperer, Tagebücher Bd. 1 (wie Anm. 5), S. 431, 508.

Ghettoisierung der Juden in die Diskussion zu bringen (Dok. 149) und das in Wien erprobte Modell einer von den Juden selbst finanzierten Vertreibungszentrale auch im Reich zu etablieren (Dok. 243). Die Verantwortung für die systematische Vertreibung der Juden und die polizeiliche Kontrolle der Zurückbleibenden lag fortan bei der Sicherheitspolizei und dem SD. Dieser konnte nun beweisen, dass seine geräuschlosen Methoden letztlich mehr bewirkten als der Druck der Straße.<sup>157</sup> Die Grundlage dafür bildete der Pogrom; schließlich befanden sich seither Zigtausende jüdischer Männer unmittelbar in der Gewalt von Gestapo und SS. Verhaftungen, Verhöre, KZ-Einweisungen und Vertreibungen im Eilverfahren gehörten vom November 1938 an zu den traumatischen Erfahrungen, von denen kaum eine jüdische Familie verschont blieb.

## Die „Entjudung“ der Wirtschaft

Schon vor 1938 waren, je nach örtlichen Verhältnissen, etwa 50 bis 70 Prozent der jüdischen Betriebe verkauft oder liquidiert worden, in Heidelberg zum Beispiel 51,5 Prozent der 1933 bestehenden 66 Einzel- und Großhandelsbetriebe. Zwei Drittel dieser „arisieren“ Unternehmen waren liquidiert, ein Drittel war verkauft worden.<sup>158</sup> Ende 1938 lieferte der Pogrom den Anlass, um die seit Langem gewollte und seit Monaten vorbereitete „endgültige Ausschaltung“ der Juden aus der Wirtschaft rigoros durchzusetzen.

Am 12. November fand unter Leitung Görings im Reichsluftfahrtministerium eine Besprechung über die künftige antijüdische Politik statt, an der mehr als hundert Minister, Staatssekretäre und leitende Beamte teilnahmen, darunter Adolf Eichmann. Göring erklärte, dass ihm der Führer die Aufgabe übertragen habe, die Judenfrage „so oder so zur Erledigung zu bringen“ (Dok. 146). Er kündigte die rasche „Arisierung“ der Wirtschaft an, vorrangig der Einzelhandelsgeschäfte, da sie nach außen besonders sichtbar seien. Die „Arisierung“ größerer Wirtschaftsunternehmen behielt Göring der von ihm geleiteten Vierjahresplanbehörde vor. Wie schon in Wien sollten in „übersetzten“ Branchen Betriebe stillgelegt werden. Käufer „arisierter“ Geschäfte sollten nach sachlichen Kriterien ausgewählt, Parteimitglieder nur ausnahmsweise bevorzugt und die Erlöse aus den Verkäufen an die Staatskasse abgeführt werden.

Noch am selben Tag veröffentlichte die Regierung die „Verordnung über die Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit“ im Reichsgesetzblatt, mit der den jüdischen Deutschen eine Kontribution von einer Milliarde Reichsmark auferlegt wurde (Dok. 142). Wie diese Summe aufzubringen war, bestimmte der Reichsfinanzminister. Er wandelte die „Sühneleistung“, häufig auch „Judenbuße“ genannt, in eine Vermögensabgabe von 20 Prozent um, die in vier Teilbeträgen und „ohne besondere Aufforderung“ am

15. Dezember 1938, am 15. Februar, 15. Mai und 15. August 1938 zu entrichten war.<sup>159</sup> Am 18. November 1938 notierte der Vertreter des Auswärtigen Amtes über eine tags zuvor gehaltene, ebenfalls interne Göring-Rede: „Sehr kritische Lage der Reichsfinanzen. Abhilfe zunächst durch die der Judenschaft auferlegte Milliarde und durch die Reichsgewinne aus Arisierung.“ Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums bei der Reichsbank befürchtete in diesen Tagen, „dass das Reich zahlungsunfähig“ werde. Da das den Juden abgepresste Geld nicht sofort zur Verfügung stand, boten die Vertreter der deutschen Großbanken am 23. November 1938 an, „der Reichsfinanzverwaltung auf die abzuliefernden Effekten [der Juden] einen angemessenen Kassenvorschuss zu gewähren“.<sup>160</sup> Für die in der Pogromnacht entstandenen Schäden hatten die Geschädigten aufzukommen. So sie versichert waren, zahlten die Versicherungsgesellschaften die Schäden, allerdings wurden diese Zahlungen – in enger Kooperation mit den Versicherungen – vollständig zugunsten des Reichs beschlagnahmt.

Ferner durften Juden fortan keine selbstständigen Handwerksbetriebe, Einzelhandelsverkaufsstellen, Marktstände oder Versandgeschäfte mehr betreiben (Dok. 143). Am 3. Dezember erging die Verordnung, die Juden den ungenehmigten Verkauf von Gewerbebetrieben, Wertpapieren, Schmuck, Gold, Kunstwerken, Antiquitäten und Grundeigentum verbot; wurde er staatlich genehmigt, so mussten die jüdischen Verkäufer den Ertrag in Reichsanleihen („Reichsschuldscheinen“) anlegen (Dok. 193). Am selben Tag kam die Polizeiverordnung Himmlers heraus, mit der die Führerscheine von Juden für ungültig erklärt wurden. Am 5. Dezember wurden pensionierten jüdischen Beamten die Ruhegehälter ein weiteres Mal gekürzt.<sup>161</sup>

Auf die Sitzung am 12. November folgte eine Reihe von Besprechungen, in denen die praktischen Konsequenzen der neuen Linie antijüdischer Politik besprochen und organisatorische Maßnahmen vereinbart wurden. Am 6. Dezember versammelte Göring die Gauleiter im Reichsluftfahrtministerium. In seiner Rede warnte er die Parteivertreter abermals eindringlich vor Krawallexzessen und persönlicher Bereicherung.<sup>162</sup> Außerdem schärfte er ihnen ein, dass sie sich nicht in die „Arisierung“ der Wirtschaft einzumischen hätten und die Erträge einzig und allein dem Reich zugutekommen sollten. Mehrfach verwies er auf Entscheidungen Hitlers während der vergangenen Wochen. Denen zufolge sollte es zumindest vorerst keine Kennzeichnung der Juden geben, die Einrichtung bestimmter Wohnbezirke für die Juden nur allmählich vor sich gehen und keinesfalls in der Presse veröffentlicht werden.

Am 9. Dezember gaben Heydrich und sein Stellvertreter, der Verwaltungschef des Gehei-

159 DVO über die Sühneleistung der Juden vom 21.11.1938, RGBl., 1938 I, S. 1638–1640. Tatsächlich umfasste das angemeldete Vermögen der deutschen Juden 7,1 Milliarden RM. Allerdings hatte das Reichswirtschaftsministerium den Betrag differenziert, die Grund- und Betriebsvermögen herausgerechnet und festgestellt, dass der liquide Bestandteil 4,8 Milliarden betrage (Sparkonten und Wertpapiere). Auf dieser Grundlage verfügte der Reichsfinanzminister die 20 %ige Vermögensabgabe. Er erhöhte sie unmittelbar nach Kriegsbeginn auf 25 %; Zweite DVO über die Sühneleistung der Juden vom 19.10.1939; RGBl., 1939 I, S. 2059; siehe auch Martin Friedenberger, Fiskalische Ausplünderung. Die Berliner Steuer- und Finanzverwaltung und die jüdische Bevölkerung 1933–1945, Berlin 2008, S. 197–243.

160 Zit. nach Aly, Volksstaat (wie Anm. 10), S. 61–65.

161 7. VO zum Reichsbürgergesetz vom 5.12.1938; RGBl., 1938 I, S. 1751.

162 Heim, Aly, Staatliche Ordnung (wie Anm. 17), S. 395.

157 Herbert, Best (wie Anm. 39), S. 221.

158 Nach Angaben von Barkai ist die Zahl der jüdischen Unternehmen in dieser Zeit um 60 bis 70 % gesunken; Avraham Barkai, „Schicksalsjahr 1938“. Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden, in: Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938 (wie Anm. 135), S. 94–117, hier: S. 96; Arno Weckbecker, Die Judenverfolgung in Heidelberg 1933–1945, Heidelberg 1985, S. 122.

men Staatspolizeiamts Werner Best, die geplanten Maßnahmen den Leitern der regionalen Staatspolizeistellen bekannt. Am 16. Dezember wurden die Regierungspräsidenten und Reichsstatthalter über die neuesten Entscheidungen unterrichtet. Heydrich hatte auf der Konferenz im Reichsluftfahrtministerium am 12. November weitreichende Maßnahmen vorgeschlagen, die zwar nicht gleich umgesetzt wurden, aber doch richtungweisend für die künftige Judenpolitik sein sollten. Heydrichs Anregung, Sperrbezirke für Juden zu errichten, fand ihren Niederschlag in einer Polizeiverordnung vom 28. November, die die Bewegungsfreiheit der Juden in der Öffentlichkeit einschränkte. Einen Monat später verfügte Göring neben dem Verbot zur Benutzung von Schlaf- und Speisewagen auch einen „Judenbann“ für bestimmte öffentliche Gebäude sowie die Einrichtung von sogenannten Judenhäusern, in denen Juden mittelfristig zusammenziehen mussten (Dok. 215, 276). In Berlin hatte Albert Speer als Generalbauinspekteur für die Reichshauptstadt schon seit Monaten darauf gedrängt, jüdische Mieter von Großwohnungen zwangsumzusiedeln, um so den Gestaltungsspielraum für die Neubaupläne zu vergrößern (Dok. 101).

### Zwischen Pogrom und Kriegsbeginn

Nach sechs Jahren NS-Herrschaft hatten die meisten „arischen“ Deutschen akzeptiert, dass Juden nicht Teil der „Volksgemeinschaft“ sein könnten.<sup>163</sup> Sie betrachteten deren „Auswanderung“ als nicht weiter zu hinterfragende Gegebenheit. Am 30. Januar 1939 kündigte Hitler in seiner Reichstagsrede an, dass im Falle eines neuen, vom „internationalen Finanzjudentum“ zu verantwortenden Weltkriegs, „das Ergebnis [...] die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ sein werde (Dok. 248). Auch wenn dies im Nachhinein so scheinen mag, formulierte Hitler damit noch keinen konkreten Plan zum Genozid. Er wies „dem Judentum“ vorab die Schuld an einem kommenden Krieg zu. Mit seiner Drohung erhöhte er den Vertreibungsdruck nach innen ebenso wie den Druck auf andere Staaten zur Aufnahme der Verfolgten. Er signalisierte sowohl den potenziellen Zufluchtsstaaten als auch den jüdischen Organisationen, die die Verhandlungen über den Schacht-Rublee-Plan mit Skepsis verfolgten, dass Juden auf Dauer in Deutschland nicht sicher waren.<sup>164</sup> Hitlers Rede steigerte die Panik der deutschen Juden und vermittelte ihnen die Gewissheit, dass sie im Kriegsfall die ersten Opfer sein würden, zumal sich seit dem Novemberpogrom die offen, aber unbestimmt artikulierten Vernichtungsdrohungen gegen die Juden häuften und Begriffe wie „endgültige Lösung der Judenfrage“ in den Zeitungen auftauchten (Dok. 123, 148).

Am 10. Dezember 1938 kündigte Heydrich die Gründung einer „Reichsvereinigung für jüdische Auswanderungsfürsorge“ an, die schließlich unter dem Namen „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ im Januar 1939 errichtet wurde (Dok. 243). Die Gründung stand im Kontext einer umfassenden, teils erzwungenen, teils von jüdischen Repräsentanten unter dem Druck der Verhältnisse mitgestalteten Reorganisation jüdischer Einrichtungen in Deutschland. Nach dem Novemberpogrom waren sämtliche Verwaltungs- und Anlaufstellen der jüdischen Gemeinden und Organisationen von der Gestapo geschlossen worden. Entsprechend den Maximen der SD-Judenpolitik und Eichmanns

Wiener Modell sollte nun auch im Altreich die Organisation des Judentums zentralisiert und stärker am Ziel Zwangsauswanderung ausgerichtet werden.

Unabhängig davon hatte die von Leo Baeck (1873–1956) geleitete Reichsvertretung der Juden aus anderen Gründen bereits seit einigen Monaten über eine organisatorische Umgestaltung diskutiert.<sup>165</sup> Infolge der neuen Rechtslage fürchteten die jüdischen Repräsentanten den Mitgliederschwund: Denn seit April 1938 waren die jüdischen Gemeinden keine Körperschaften öffentlichen Rechts mehr, denen alle Mitglieder der jüdischen Religionsgemeinschaft selbstverständlich angehörten; vielmehr mussten sie den nunmehr nach Vereinsrecht behandelten Gemeinden erst ausdrücklich beitreten (Dok. 23). Dem sollte nach Vorstellungen der Reichsvertretung ein neu zu gründender Dachverband entgegenwirken. Während die Zentralisierung den Verfolgern vor dem Pogrom suspekt erschien, befürwortete der SD sie bald danach. Im Februar 1939 wurde die Reichsvertretung zur Reichsvereinigung der Juden in Deutschland umgebildet und mit der 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz am 4. Juli 1939 gesetzlich verankert.

Allerdings unterschied sich die Reichsvereinigung in wesentlichen Punkten von ihrer demokratisch strukturierten Vorläuferinstitution. Die Gemeinden hatten kein Mitspracherecht in Angelegenheiten des Dachverbands, dessen Vertreter wurden nicht gewählt, sondern eingesetzt und unterstanden der Gestapo, später dem Reichssicherheitshauptamt.<sup>166</sup> Ein weiterer wichtiger Unterschied zum alten, auf der Basis des religiösen Bekenntnisses aufgebauten Verband bestand darin, dass von nun an jeder der neuen Reichsvereinigung angehören musste, der nach den Nürnberger Gesetzen als Jude galt. Dazu gehörten auch sogenannte Voll- oder Geltungsjuden, die zum Christentum konvertiert waren. Damit waren die deutschen Juden gezwungen, das Kriterium der Rasse in den eigenen Reihen anzuwenden.<sup>167</sup>

Ungeachtet der weitgehenden organisatorischen Veränderungen arbeiteten dieselben Personen, die zuvor in der Reichsvertretung aktiv waren, in der Reichsvereinigung weiter, in denselben Räumen in der Berliner Kantstraße und mit denselben Schwerpunkten, wenngleich mit schrumpfendem Handlungsspielraum und stärker kontrolliert.<sup>168</sup> Leo Baeck behielt das Präsidentenamt auch in der Reichsvereinigung; mit deren Alltagsgeschäften befassten sich aber vornehmlich Otto Hirsch (1885–1941) und Paul Eppstein (1902–1944). Sie mussten der Gestapo regelmäßig berichten und erhielten von dieser

<sup>165</sup> Otto Dov Kulka (Hrsg.), *Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus*, Bd. 1, Tübingen 1997, S. 410–430.

<sup>166</sup> Zur Geschichte der Reichsvertretung und der Reichsvereinigung Herbert Strauss, *Jewish Autonomy within the Limits of National Socialist Policy. The communities and the Reichsvertretung*, in: Arnold Paucker, *Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1943*, Tübingen 1986, S. 125–152; Otto Dov Kulka, *The Reichsvereinigung and the Fate of the German Jews, 1938/1939–1942*, in: ebd., S. 353–363; ders., *Deutsches Judentum (wie Anm. 165)*; Avraham Barkai, *Von Berlin nach Theresienstadt. Zur politischen Biographie von Leo Baeck 1933–1945*, in: ders.: *Hoffnung und Untergang. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Hamburg 1998, S. 141–166; Beate Meyer, *Gratwanderung zwischen Verantwortung und Verstrickung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die jüdische Gemeinde zu Berlin 1938–1945*, in: dies., Hermann Simon (Hrsg.) *Juden in Berlin 1938–1945*, Berlin 2000, S. 291–338; Friedländer, *Jahre der Verfolgung (wie Anm. 28)*, S. 341 f.

<sup>167</sup> Hazel Rosenstrach, *Aus Nachbarn wurden Juden. Ausgrenzung und Selbstbehauptung 1933–1942*, Berlin 1991, S. 46.

<sup>168</sup> Barkai, *Von Berlin nach Theresienstadt (wie Anm. 166)*, S. 152.

<sup>163</sup> Bajohr, Pohl, *Holocaust als offenes Geheimnis (wie Anm. 150)*, S. 43.

<sup>164</sup> Longerich, *Politik der Vernichtung (wie Anm. 2)*, S. 221.

Anweisungen. Von den Vorladungen fertigten Eppstein und Hirsch Protokolle an, in deren gewundenen, oft sterilen Formulierungen die Machtverhältnisse auf bedrückende Art durchscheinen (Dok. 204, 259, 297).

Die Mitarbeiter der Reichsvereinigung unterlagen einerseits den Befehlen, der Willkür und der Maßlosigkeit deutscher Polizeibeamter und hafteten im Zweifelsfall persönlich für die Erfüllung der Forderungen der Reichsbehörden an die Gesamtheit der deutschen Juden. Andererseits gehorchten sie dem eigenen Verantwortungsethos, dem Pflichtgefühl, manche gewiss auch dem persönlichen Ehrgeiz. Sie sahen, dass sie häufig instrumentalisiert wurden, und versuchten doch, die Lebensmöglichkeiten der Verfolgten so erträglich wie möglich zu gestalten.

Nach dem Pogrom stand die Reichsvereinigung vor der Aufgabe, das jüdische Schulwesen zu rekonstruieren. Jüdischen Schülern war der Unterricht an öffentlichen Schulen nun endgültig verboten. Teils waren die jüdischen Schulen während der Pogromnacht zerstört, teils die Lehrer verhaftet worden.<sup>169</sup> Darüber hinaus kümmerten sich die Mitarbeiter der Reichsvereinigung darum, die Emigration zu beschleunigen und die Jüngeren im Hinblick darauf in berufsbildenden Kursen umzuschulen. Immer mehr jüdische Einrichtungen wurden geschlossen; prominente Vertreter des Judentums, die bis dahin ihre Aufgabe darin gesehen hatten, jüdisches Leben in Deutschland – und sei es nur für eine Übergangszeit – aufrechtzuerhalten, emigrierten nun. Jüdische Schulen wurden ins Ausland verlegt; Zionisten, die bis dahin Jugendliche auf das Leben in Palästina vorbereitet und ins Gelobte Land begleitet hatten, kehrten nun nicht mehr nach Deutschland zurück.

Hoffnungslosigkeit und Depression breiteten sich unter denjenigen aus, die keine Aussicht auf Emigration hatten. Im November 1938 stieg die Zahl der Juden im Reich, die sich das Leben nahmen, deutlich an. Schätzungen zufolge lag sie bei 300 bis 500 – so hoch wie seit der Entlassung der jüdischen Beamten und dem Boykott in den Frühjahrsmonaten 1933 nicht mehr und wie bis zum Beginn der Deportationen im Herbst 1941 nicht wieder. Der Terror während des Pogroms und die demütigenden antisemitischen Bestimmungen nahmen vor allem über 50-jährigen und mehr Frauen als Männern den Lebensmut. Manche nahmen sich gemeinsam mit dem Ehepartner oder den Geschwistern und noch in ihren verwüsteten Wohnungen das Leben (Dok. 225). Die 76-jährige ehemalige Lehrerin Hedwig Jastrow beging Ende November 1938 Selbstmord. In ihrem Abschiedsbrief machte sie deutlich, dass weder eine Kurzschluss-handlung noch ein Unfall der Grund für ihren Tod seien. Sie ertrug die Demütigung nicht, den Zwangsvornamen Sara annehmen zu müssen (Dok. 181).

Manchmal waren es konkrete Drohungen, z. B. vonseiten der Gestapo, oder Existenzängste, die den Tod als letzten Ausweg erscheinen ließen, oft aber die allgemeine, tiefe Verzweiflung. Viele von denen, die unter äußerstem Druck ihrem Leben selbst ein Ende setzten, hatten sich darauf seit langer Zeit vorbereitet: das Arzneygift Veronal, mit dem

sich die meisten Juden das Leben nahmen, war schwer und nur in kleinen Portionen zu beschaffen, und Ärzte, die es verschreiben konnten, wurden strikt kontrolliert. Die Häufung von Selbstmorden wird in vielen privaten Aufzeichnungen berichtet; offenbar war es keine Seltenheit, dass Juden in ihrem Bekanntenkreis gleich von mehreren Fällen wussten (Dok. 123, 153, 170, 185, 225, 291). In der Folgezeit wurde dieser letzte Ausweg immer selbstverständlicher.<sup>170</sup>

Als die deutsche Führung im Sommer 1939 den Konflikt mit Polen zuspitzte und immer deutlicher auf einen Krieg zusteuerte, wurde Hitlers „Ankündigung“ vom Januar zur konkreten Bedrohung für die deutschen Juden. Am 14. August notierte Victor Klemperer: „Seit Wochen immer wachsend und immer gleichbleibend dieselbe Spannung. Vox populi: *Er greift im September an, teilt Polen mit Russland, England-Frankreich ohnmächtig.*“ Andere aus Klemperers Bekanntenkreis meinten: „*Er wagt keinen Angriff, hält Frieden und hält sich noch jahrelang.* Jüdische Meinung: *blutiger Pogrom am ersten Kriegstage. Was von diesen drei Dingen auch eintritt: Für uns steht es verzweifelt.*“<sup>171</sup>

<sup>169</sup> Joseph Walk, *Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich*, Frankfurt a.M. 1991, S. 205–215; Monika Richarz, *Zwischen Berlin und New York*. Adolf Leschnitzer, der erste Professor für jüdische Geschichte in der Bundesrepublik, in: Jürgen Matthäus, Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), *Deutsche, Juden, Völkermord. Der Holocaust als Geschichte und Gegenwart*, Darmstadt 2006, S. 73–86; zu den Konsequenzen des Pogroms für jüdische Schüler: Robert Goldmann, *Flucht in die Welt. Ein Lebensweg nach New York*, Frankfurt a.M. 1996, S. 70–72; Eva Wohl, *So einfach liegen die Dinge nicht. Erinnerungen von Deutschland nach Israel*, Bonn 2004, S. 69–72.

<sup>170</sup> Konrad Kwiet, *The Ultimate Refuge – Suicide in the Jewish Community under the Nazis*, in: Leo Baeck Yearbook, XXIX (1984), S. 135–168; ders., Helmut Eschwege, *Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945*, Hamburg 1984, S. 194–215; Christian Goeschel, *Suicides of German Jews in the Third Reich*, in: *German History*, 25(2007), No. 1, S. 22–45; Anna Fischer, *Erzwungener Freitod. Spuren und Zeugnisse in den Freitod getriebener Juden der Jahre 1938–1945*, Berlin 2007.

<sup>171</sup> Klemperer, *Tagebücher*, Bd. 1 (wie Anm. 5), S. 477 (Eintrag vom 14. 8. 1939).

## DOK. 37

**Die Industrie- und Handelskammer Berlin weist am 31. Mai 1938 die  
Werkzeugfabrik Fleck & Co. darauf hin, dass sie keine jüdischen Lehrlinge  
ausbilden darf<sup>1</sup>**

Schreiben der Industrie- und Handelskammer zu Berlin (II, 2/I-11.), gez. Dr. Hoffmann, an die Firma Berliner Präzisions-Werkzeug- und Maschinenfabrik Fleck & Co.,<sup>2</sup> Berlin-Siemensstadt, Nonnendamm 4, vom 31.5.1938 (Abschrift)

*Betrifft: die Lehrlinge Kamerase und Tikotzki<sup>3</sup>*

Zu den uns übersandten Anmeldungen der obengenannten Lehrlinge bemerken wir grundsätzlich folgendes:

In jüdischen Unternehmen ist die gleichzeitige Ausbildung von arischen und nichtarischen Lehrlingen nach den jetzt geltenden Richtlinien nicht mehr möglich. Ausserdem können nach diesen Richtlinien arische Lehrlinge in jüdischen Betrieben u. a. nur dann ausgebildet werden, wenn in dem Betrieb mindestens 10 arische Gefolgschaftsmitglieder (ohne Lehrlinge) beschäftigt werden oder wenn bei grösserer Belegschaft die Zahl der arischen Gefolgschaftsmitglieder die der nichtarischen Gefolgschaftsmitglieder um mindestens 50 % übersteigt.

Wie wir aber unserer Lehrlingsrolle ersehen, bilden Sie bereits neben 8 arischen Lehrlingen 13 nichtarische Lehrlinge aus. Der Einstellung der beiden nichtarischen Lehrlinge Kamerase und Tikotzki kann daher mit Rücksicht auf Ihre arischen Lehrlinge nicht mehr zugestimmt werden. Ausserdem wäre von Ihnen der Industrie- und Handelskammer gegenüber entsprechend zu bestätigen, dass Sie von der Neueinstellung nichtarischer Lehrlinge in Zukunft absehen.

Sollten Sie jedoch auf der Einstellung der beiden nichtarischen Lehrlinge bestehen und auch noch weitere nichtarische Lehrlinge einzustellen beabsichtigen, dürften Sie arische Lehrlinge nicht mehr ausbilden.

Wir bitten um Ihre Stellungnahme und senden Ihnen die Anmeldungen und Lehrvertragsausfertigungen der Lehrlinge Kamerase und Tikotzki zunächst zurück.<sup>4</sup>

1.- RM in Briefmarken ist wieder beigelegt.

<sup>1</sup> USHMM, Collections Division 2000.61, box 6.

<sup>2</sup> Das 1908 in Berlin gegründete Unternehmen war in den 1930er-Jahren als OHG auf die Gesellschafter Richard Fleck und Alfred Rothschild eingetragen und wurde im Sept. 1939 verkauft; seit 1940 führte es die Bezeichnung „Präwema Berliner Präzisions-Werkzeug- und Maschinenfabrik, Dr. Ing. W. Scholz“; Firmensitz der Präwema ist heute Eschwege. Richard Fleck (1881–1958) emigrierte 1940 nach Japan, 1941 in die USA.

<sup>3</sup> Vermutlich Siegbert Tikotzki (\*1922), Sohn des Kaufmanns Isidor Tikotzki in Berlin. Dieser wanderte mit seiner Ehefrau Helene 1939 in die USA aus. Das weitere Schicksal von Siegbert Tikotzki ist nicht bekannt.

<sup>4</sup> Anlagen nicht in der Akte. Die Geschäftsleitung der Firma Fleck & Co. teilte dem Wäschereibesitzer Isidor Tikotzki mit, dass sie seinen Sohn nicht als Lehrling weiterbeschäftigen könne, schlug jedoch vor, ihn als Arbeitsburschen in der Firma zu halten, vorausgesetzt, das Arbeitsamt erteile die erforderliche Genehmigung; Fleck & Co. an I. Tikotzki, 7.6.1938 und 7.9.1938; wie Anm. 1.

## DOK. 38 ✕

**Felice Schragenheim reflektiert im Mai 1938 ihre Berufsaussichten  
in der Emigration<sup>1</sup>**

Gedicht „Zukunftsbetrachtung“ von Felice Schragenheim,<sup>2</sup> Mai 1938 (Typoskript)<sup>3</sup>

Zukunftsbetrachtung.

Ich träume so gerne von meiner Karriere,  
von Autos, von Sonne, von Schönheit und Geld,  
ich denke an ferne, sehr blaue Meere,  
an Journalistik und große Welt.  
Anhand des Atlas in fernen Ländern  
darf man ja reisen. Ich tu es gern  
und weiß, mein Leben wird sich wohl ändern,  
und irgendwo steht auch mein kleiner Stern.  
Ja, wenn ich nur erst weit draußen wäre -  
dann werde ich auch nur weiter träumen,  
dann werd ich sie machen, diese Karriere,  
doch nur beim Kochen und Zimmeraufräumen.  
Es ist gut, daß uns ein Hoffen gegeben,  
ein Selbstbetrug, durch den man vergißt,  
daß unser Gastspiel in diesem Leben  
eine tragische Komödie ist.

<sup>1</sup> JMB, Sammlung Wust-Schragenheim, Schenkung von Elisabeth Wust (2006/37/166); Abdruck in: Erica Fischer, Das kurze Leben der Felice Schragenheim. Berlin 1922–Bergen-Belsen 1945. München 2002, S. 61.

<sup>2</sup> Felice Schragenheim (1922–1945), Schülerin, Dichterin und Arbeiterin; musste im Nov. 1938, noch vor dem Abitur, die Schule verlassen, danach verschiedene Auswanderungsversuche, Okt. 1941–1942 Zwangsarbeit in der Flaschenschlussfabrik C. Sommerfeld & Co., Berlin, Okt. 1942 in Berlin „untergetaucht“, 1944 verhaftet und nach Theresienstadt, von dort nach Auschwitz deportiert, zuletzt nach Bergen-Belsen, dort verliert sich ihre Spur.

<sup>3</sup> Im Original steht unter dem Gedicht handschriftl. ein anderes: Ich will Dir stets die Hände reichen / vielleicht sogar ins große Nichts, / und warte ... warte auf das Zeichen / von Dir ins Land des überhellen Lichts.

del ganze 414 Personen. Von allen Berufstätigen waren tätig: 228 in der Industrie, 601 im Warenhandel und 124 in den freien Berufen.

Vor der jüdischen Gemeinschaft wird hier offenkundig eine ernste Aufgabe der *Umschichtung*, und zwar in der Richtung des Ueberganges vom Warenhandel in die Industrie, stehen. Nur als bahnbrechende Unternehmer in für die anderen Gebiete der Republik notwendigen neuen Industriezweigen können sich die Juden aus dem sudestdeutschen Gebiet bewähren und als erwünschte Mitbürger in den neuen Orten Aufnahme finden.

## DOK. 104 X

**Ruth Maier beschreibt am 9. Oktober 1938 die Verzweiflung  
jüdischer Familien in Wien<sup>1</sup>**

Handschriftl. Tagebuch von Ruth Maier,<sup>2</sup> Eintrag vom 9.10.1938

Es gab nie ein Ereignis in der Geschichte von solchem Elend u. Unglück, Erniedrigung, Scham u. Bestialität.

Daß wir es *ertragen*, wundert mich. Daß wir trotz alldem nicht den Gashahn aufdrehen, in die Donau springen.

3 Tage vor der Entbindung geht eine jüd. Frau illegal über die Grenze. Die Familie zerrissen ... die Frau als Köchin in England, der Mann in Belgien illegal, die Mutter noch in Deutschland, der Bruder in Dachau, die Schwester ...

Es ist so ungeheuer, daß wir es selbst nicht ermessen können. An Jom Kippur sind SA-Männer im 18., 19., 17. Bezirk in die Wohnungen eingedrungen, haben befohlen, innerhalb 24h mit Kofferl einzupacken, wegzufahren. Man stelle sich die grauenhaften Szenen vor. Nein, bitte, keine Herrschaften. Ein paar Menschen haben den Gashahn aufgedreht. Bei Ehrlich's waren sie, auch bei Frau Kamill. Hildegards Eltern wollten in den Wienerwald gehen ... im 20. Jhd. ... Nein, bitte, es war ein Witz, ein Ulk ... Im Tempel mußten jüd. Frauen, Mädchen den Tempel aufreiben [aufputzen].

Es ist unfassbar, bitte schön, nur manchmal kommt es zum Bewußtsein ...

SA-Männer kommen in die Wohnungen, Bücher requirieren, sagen: „Ah, den Heine lesen die Juden.“

Verbrennen Heine, Zweig, Schnitzler. „Das internationale Gesindel!“

Manche können nicht mehr mit! Die Mutter v. Frau Herr hat sich umgebracht!

Nur weg!!

1 HL-Senteret, Oslo; Abdruck in: Ruth Maier, „Das Leben könnte gut sein“, Tagebücher 1933 bis 1945, hrsg. von Jan-Erik Vold, München 2008, S. 141.

2 Ruth Maier (1920–1942), Gymnasiastin; floh im Jan. 1939 nach Lilleström, Norwegen; 1940 Abitur; 1940–1942 Arbeit im freiwilligen Frauenarbeitsdienst; im Sept. 1942 zog sie nach Oslo um, wo sie ihren Lebensunterhalt mit kunsthandwerklichen Arbeiten und Modellstehen verdiente und Abendkurse an der Kunst- und Handwerksschule belegte; im Nov. 1942 wurde sie verhaftet, nach Auschwitz deportiert und ermordet.

## DOK. 105

**Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung in Österreich berichtet  
am 11. Oktober 1938 Reichskommissar Bürckel über die Schwierigkeiten  
beim Zwangsarbeitseinsatz von Juden<sup>1</sup>**

Schreiben des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Zweigstelle Österreich (II d 5746), Gärtner,<sup>2</sup> an den Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Bürckel (Eing. 17.10.1938), Wien, vom 11.10.1938

*Betrifft:* Arbeitseinsatz; hier: Beschäftigung von Juden.

Mit meinem Schreiben vom 20. September 1938<sup>3</sup> – 5746 – hatte ich unter Hinweis auf die bedeutende Zahl der arbeitslos gemeldeten Juden u.a. ausgeführt, daß ich es zur Erleichterung der Auswanderungsbemühungen und im Interesse der Entlastung öffentlicher Unterstützungsmittel für erforderlich hielt, Juden bei geeigneten Arbeiten, nämlich Erd-, Steinbruch- und ähnlichen Arbeiten zu beschäftigen. Gleichzeitig hatte ich bei dieser Gelegenheit mitgeteilt, daß ich die notwendigen Schritte hierfür bereits eingeleitet hätte. Inzwischen sind auf meine Veranlassung hin rund 200 Juden bei öffentlichen Arbeiten im Bezirk des Landesarbeitsamtes Wien, wo der Schwerpunkt der Arbeitslosigkeit liegt, untergebracht worden.

Dem weiteren Einsatz der arbeitslosen Juden stehen Schwierigkeiten entgegen, die hauptsächlich im Mangel an *geeigneten örtlichen* Arbeitsmöglichkeiten liegen. Auch glauben manche Stellen, unter keinen Umständen Juden beschäftigen zu sollen. Es ist richtig, daß es leicht zu Arbeitsstörungen führen könnte, wenn Juden in der Reihe anderer Arbeiter beschäftigt würden. Ich habe deswegen, wo es gegangen ist, den Einsatz jüdischer Arbeitskräfte in geschlossenen, allein arbeitenden Kolonnen vorgenommen. Da mir nun Einsatzmöglichkeiten dieser Art in Wien selbst nur in verhältnismäßig geringem Umfange angedeutet sind, dagegen die Zahl der arbeitslos gemeldeten Juden zu rund 90 v.H. allein auf den Bezirk des Landesarbeitsamtes Wien entfällt, ergibt sich die Notwendigkeit, geeignete zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten in der Stadt Wien bzw. ihrer engeren Umgebung zu schaffen, oder aber bei auswärtigen Arbeiten Unterkünfte zur Unterbringung der Wiener Juden bereitzustellen.

Die Durchführung solcher Pläne wird durch die geringe Bereitwilligkeit öffentlicher Bau-träger zur Aufnahme von Juden erschwert. Ich verkenne diese Bedenken nicht, glaube aber, daß es doch richtiger ist, von Juden, solange sie aus öffentlichen Mitteln Unterstützung beziehen, auch im Interesse der Gesamtheit Arbeitsleistungen zu verlangen. Von anderen Unterstützungsempfängern wird solche Arbeitsleistung evtl. durch Entziehung der Unterstützung verlangt; die Juden besser zu stellen als arbeitslose deutsche Volksgenossen, erscheint mir nicht billig. Auch verlangt der allgemeine Mangel an Arbeitskräften, der z.Zt. die Durchführung und Fertigstellung selbst der dringenden Arbeiten gefährdet.

1 ÖStA/ AdR, Reichskommissar Bürckel/Materie, 2160/7, Kt. 91.

2 Friedrich Gärtner (1882–1970), Jurist; 1927–1934 Präsident des Landesarbeitsamtes (LAA) Schlesien, 1934–1938 Präsident des LAA Westfalen, 1938–1940 Leiter der Zweigstelle Österreich des RArbM; 1943–1945 Reichsinspekteur für den Arbeitseinsatz; 1950–1953 Mitarbeit beim Aufbau der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, 1952 Großes Bundesverdienstkreuz.

3 Liegt nicht in der Akte.

artikel einen Aufsatz des Reichsleiters Buch,<sup>21</sup> obersten Parteirichters der NSDAP, worin es u. a. heisst:

„Der Nationalsozialist hat erkannt: Der Jude ist kein Mensch. Er ist eine Fäulniserscheinung. Wie sich der Spaltpilz erst im faulenden Holz einnistet und sein Gewebe zerstört, so konnte sich der Jude erst im deutschen Volk einschleichen und Unheil anrichten, als es geschwächt durch den Blutverlust des 30jährigen Krieges innerlich zu faulen begann und seine Schwären begierig den Einflüssen der französischen Revolution dargeboten hatte.“<sup>22</sup>

Wohl gemerkt, so etwas erschien nicht etwa im Stürmer, sondern im amtlichen Blatt der deutschen Rechtspflege, als dessen Herausgeber Dr. Franz Gürtner, Reichsminister der Justiz, zeichnete und das von allen deutschen Richtern und Staatsanwälten gelesen werden musste. Es ist ein Zeichen für die von mir immer hervorgehobene Korrektheit und Anständigkeit des deutschen Richters, wenn dem jüdischen Verteidiger eines noch dazu ausländischen Juden noch am 3. November 1938 in der angegebenen Weise begegnet wurde. [...] <sup>23</sup>

## DOK. 121 ✕

**Ruth Maier schildert am 7. November 1938 die Verängstigung der Wiener Juden nach dem Attentat auf Ernst vom Rath<sup>1</sup>**

Handschriftl. Tagebuch von Ruth Maier, Eintrag vom 7.11.1938<sup>2</sup>

Ein kl. 17jähriger Emigrant hat ein Attentat auf einen d[eu]tschen Legationsrat<sup>3</sup> verübt. Er ist polnischer Jude. Mein Gott!

Es ist wieder gedrückte Stimmung, die Luft dick u. voll Traurigkeit. Die Juden schleichen an den Mauern wie gehetzte Tiere. Jetzt ist es tot. *Niemand*, kein Jude geht außer Haus. Wir haben alle Angst, sie werden uns schlagen, weil ein poln. Juden einen Deutschen töten wollte.

21 Walter Buch (1883–1949), Offizier; 1922 NSDAP-, 1923 SA- und 1933 SS-Eintritt; 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch; von 1928 an MdR; von 1933 an Sachverständiger für Bevölkerungs- und Rassepolitik im RMdI, von 1934 an Oberster Parteirichter der NSDAP und SS-Obergruppenführer im Stab des RFSS; 1945 interniert, 1949 zu Vermögenseinzug und dreieinhalb Jahren Haft verurteilt, am Urteilstag entlassen; nahm sich das Leben.

22 Walter Buch, Des nationalsozialistischen Menschen Ehre und Ehrenschutz, in: Deutsche Justiz. Rechtspflege und Rechtspolitik 100 (1938), Ausg. A, Nr. 42, S. 1657–1664, hier S. 1660.

23 Im folgenden Teil des Lebensberichts beschreibt der Autor u. a. seine Verhaftung während des Novemberpogroms und seine Emigration nach Palästina.

1 HL-Senteret, Oslo; Abdruck in: Ruth Maier: „Das Leben könnte gut sein“, Tagebücher 1933 bis 1945, hrsg. von Jan-Erik Vold, München 2008, S. 147.

2 In Ruth Maiers Tagebuch ist der Eintrag irrtümlich auf den 5.11.1938 datiert.

3 Ernst Eduard vom Rath (1909–1938), Diplomat; 1932 NSDAP-Eintritt; von 1934 an Gesandtschaftsattaché im AA in Bukarest, Paris und Kalkutta, von Juli 1938 an Legationssekretär bei der Deutschen Botschaft in Paris.

## DOK. 122

**Die Gestapo Nürnberg lässt Hitler am 8. November 1938 über die Anzahl der abgeschobenen Juden polnischer Staatsangehörigkeit informieren<sup>1</sup>**

Fernschreiben der Stapostelle Nürnberg-Fürth (ES-Nr., 47 651, aus Nürnberg Nr. 18714, 1347), gez. i. V. Dr. Heigl,<sup>2</sup> an den Inspektor der Sicherheitspolizei o. V. i. A., München, vom 8.11.1938 (Abschrift an den Reichssicherheitsdienst)<sup>3</sup>

*Dringend. Dringend. Sofort vorlegen.*

*Betrifft:* Abschiebung polnischer Juden aus Deutschland.

Der Führer hat sich anlässlich seines Aufenthaltes in Nürnberg heute morgen nach der Zahl der aus Deutschland abgeschobenen polnischen Juden insgesamt und für Nürnberg erkundigt. Wegen seiner Abfahrt konnte ihm die vom RFSS und ChdDtPol. mit Blitz-FS erbetene Zahl nicht mehr mitgeteilt werden. Ich darf daher bitten, ihm bei Gelegenheit seiner Anwesenheit in München zu berichten, daß in der Zeit vom 26.–29. Okt. 1938 17 000 polnische Juden aus dem Reichsgebiet nach Polen abgeschoben wurden. Aus Nürnberg-Fürth wurden 284 polnische Juden nach Polen gebracht, die bis jetzt dort geblieben sind. Weitere 116, die ebenfalls abgeschoben werden sollten, wurden inzwischen wieder nach Nürnberg zurückgebracht.

## DOK. 123

**Gerda Kappes berichtet ihrer Schwiegermutter von den Pogromen in Bebra am 7. und 9. November 1938<sup>1</sup>**

Handschriftl. Brief von Gerda Kappes<sup>2</sup> an Clara Kappes<sup>3</sup> vom 11.11.1938

Liebe Mutter!

Hab recht herzlichen Dank für Deinen lieben, langen Brief, wir haben uns sehr darüber gefreut, auch daß es Euch allen gut geht. Wir sind körperlich auch wieder auf der Höhe, ich bin so froh, daß meine Krankheit mit Solluxlampe vorübergegangen ist, auch wäre in diesen letzten Tagen körperliches Leiden noch ein weiterer Ballast gewesen. Du hast Dich

1 BAArch, R 58/6678.

2 Dr. Otto Heigl (1905–1994), Jurist; bis 1934 bei der Regierung von Oberfranken und Mittelfranken, von 1934 an Regierungsrat im bayer. Innenministerium; 1935 NSDAP-Eintritt; 1938 bei der Gestapo Nürnberg-Fürth, 1939 zur Regierung in Karlsbad und zur Polizeidirektion Klagenfurt versetzt; von 1940 an Leiter der Staatl. Polizeiverwaltung der Reichswerke Hermann Göring.

3 Der am 15.3.1933 als Führerschutzkommando gegründete und am 1.8.1935 umbenannte Reichssicherheitsdienst war für den Personenschutz Adolf Hitlers zuständig.

1 Privatbesitz Hans H. Kappes; veröffentlicht unter: [http://www.zum.de/Faecher/Materialien/nuhn/Schicksale/vor\\_aller\\_Augen/index.html#seite18b.html](http://www.zum.de/Faecher/Materialien/nuhn/Schicksale/vor_aller_Augen/index.html#seite18b.html) (28.4.2009).

2 Gerda Kappes, geb. Wenderoth (1906–1987), Hausfrau; seit 1934 verheiratet mit dem Rechtsanwalt Werner Kappes (1899–1979), 1940 dienstverpflichtet bei der Firma Bebrit, die Kunststoffartikel produzierte.

3 Clara Kappes, geb. Lips (\*1870), Hausfrau; 1892–1934 verheiratet mit dem Pfarrer Adolph Kappes; zum Zeitpunkt des Pogroms hielt sich Clara Kappes bei ihrer Tochter in Kiel auf.

## DOK. 138 ✕

**Ruth Maier beschreibt am 11. November den Pogrom, Misshandlungen und Verhaftungen von Juden in Wien<sup>1</sup>**

Handschriftl. Tagebuch von Ruth Maier, Eintrag vom 11. 11. 1938

Sie haben uns geschlagen! Gestern war der schrecklichste Tag, den ich je erlebt habe. Ich weiß jetzt, was Pogrome sind, weiß, was *Menschen* tun können, Menschen, die Ebenbilder Gottes.

In der Schule sagte uns der Direktor: „Ja, also, sie zünden Tempel an, verhaften, schlagen ... vor der Tür steht ein Lastauto ... Drei Professoren haben sie verhaftet.“ ... Dann werden wir nach der Reihe zum Telefon gerufen ... wie in einem Schlachthaus, wir trauten uns nicht auf die Straße, lachten ... machten Witze, waren nervös ... Mit dem Taxi fuhren Dita<sup>2</sup> u. ich nach Hause, es sind 100 Schritte. Wir rasten durch die Straße, es war wie im Krieg ... Leute starrten, kalte Luft, Gestalten u. vorn ein Lastauto mit Juden, ganz aufrecht, wie Schlachtvieh! Diesen Anblick werd' und darf ich nie vergessen. Juden wie Schlachtvieh im Lastauto ... Leute starren.

Wir schlüpfen wie gehetztes Wild ins Haus, keuchten die Stiegen hinauf. Dann begann es. Sie schlugen, sie verhafteten, zerdröschten Wohnungseinrichtungen etc. Wir saßen alle so bleich zu Haus und von der Straße kamen Juden zu uns wie Leichen.

Ich fragte: „Wie ist es draußen?“ – „Mies!“

Grete L. haben sie 46 RM. weggenommen, haben geschrien, eine 75jährige Frau haben sie geschlagen, und sie schrie, sie haben ihr die Wohnung mit einem Hammer zerschlagen etc.

Heute ging ich durch die Gassen. Es ist wie am Friedhof. Alles zerschlagen mit Lust u. Freude, die jüd. Geschäfte versiegelt, nichts als Rollbalken. Dann ein Zettel: „Das Inventar dieses Cafés in arisch. Händen: nicht beschädigen!“

In dem Volksruf<sup>3</sup> steht: „Wo bleibt der gelbe Fleck?“

Und wenn wir alle einen gelben Fleck tragen müssen: Sittlich, im Inneren, unsere Welt, die wir mit uns tragen, die können sie uns nicht nehmen. Und drum lassen sie ihre Wut an Fensterscheiben aus, schlagen uns, schreien: „Juda verrecke!“

Unten sagt ein Arier: „Dem Juden hab' ich an Steißen gebn, dass er glei in Winkel taumelt ist.“

Menschen, Ebenbilder d. Götter! Und dann: „Selig sind, die Verfolgung leiden, um der Gerechtigkeit willen.“<sup>4</sup>

<sup>1</sup> HL-Senteret, Oslo; Abdruck in: Ruth Maier: „Das Leben könnte gut sein“, Tagebücher 1933 bis 1945, hrsg. von Jan-Erik Vold, München 2008, S. 147 f.

<sup>2</sup> Judith Suschitzky, geb. Maier (\*1922), jüngere Schwester von Ruth Maier; emigrierte 1939 nach Großbritannien.

<sup>3</sup> Nicht ermittelt.

<sup>4</sup> NT: Matthäus, 5, 10.

## DOK. 139

**Heydrich ordnet am 11. November 1938 an, dass Eichmann zu einer Besprechung über die künftige antijüdische Politik nach Berlin reist<sup>1</sup>**

Fernschreiben des RFSS-Sicherheits-Diensts II 1 (FS-Kontrollstreifen Nr. 71014 aufgegeben 11. 11. 38 1310), gez. SS-Sturmbannführer Ehrlinger, an den SD-Führer des SSOA Donau, SS-Staf. Stahlecker, vom 11. 11. 1938

Im Laufe des Sonnabend-Vormittag findet in Berlin eine groessere Besprechung statt, in welcher die mit den Aktionen gegen die Juden und der kuenftig einzuschlagenden Generallinie zusammenhaengenden Fragen besprochen werden sollen.<sup>2</sup> Da der Plan besteht, entsprechend der Regelung in der Ostmark auch im Reich eine Zentralstelle zu gruenden, erscheint es Gruf. *Heydrich* zweckmaessig, wenn SS-OStuf. *Eichmann* an der Besprechung teilnimmt, um zur praktischen Durchfuehrung seine Erfahrungen mitzuteilen. Es wird demnach gebeten, SS-OStuf. *Eichmann* sofort nach Berlin in Marsch zu setzen. Er soll sich morgen, Sonnabend, vormittags 08:30 Uhr bei SS-Stubaf. *Ehrlinger* im SD H Amt melden. –

## DOK. 140

**Hildegard Wagener empört sich am 11. November 1938 über die Gewalt gegen Juden<sup>1</sup>**

Handschriftl. Tagebuch von Hildegard Wagener, Eintrag vom 11. 11. 1938 (Abschrift)

11. 11. 1938

Ein deutscher Gesandtschaftsrat ist von einem 17jährigen Juden in Paris hinterrücks erschossen worden. –

In der Nacht nach dem Tode des Deutschen wurden sämtliche jüdischen Geschäfte in ganz Deutschland demoliert und viele Synagogen angesteckt. –

Sind wir aufrechte Deutsche oder ein Pöbelhaufen? Ist das eines deutschen Volkes würdig, Gewalt mit Gewalt zu vergelten? Ich schäme mich. –

Nein – nie im Leben kann ich unsere Antwort auf das Verbrechen in Paris gutheißen, und Gott sei Dank denken viele, viele mit mir so, Leute, die einen Krieg mitgemacht haben, Leute, die Reife und Erfahrung besitzen. Ich glaube, *das* Deutsche Volk ist es auch nicht, das so einen dummen Bubenstreich macht. Sollen wir die Fehler der anderen, die wir vorher ans Licht gezerzt haben und gescholten, nun nachmachen? Nein – vorleben sollen wir, zeigen, daß man auf geradem, freiem Weg sein Ziel viel besser erreicht. Mein Gott – ich habe Angst vor einer Vergeltung, denn das *ist* Unrecht, was hier geschehen. Wir sind doch *Menschen* und keine Raubtiere, die sich auf Wehrlose stürzen!

<sup>1</sup> RGVA, 500k-1-625.

<sup>2</sup> Gemeint ist die Besprechung im Reichsluftfahrtministerium am 12. 11. 1938; siehe Dok. 146 vom 12. 11. 1938.

<sup>1</sup> Original in Privatbesitz H. Wagener; Abschrift in: AdK, Berlin, Kempowski-Biographienarchiv. A 37.

DOK. 171 ✕

Ruth schildert ihrer Freundin Lilo am 23. November 1938 das Leben im  
Hachschara-Lager Gehringshof bei Fulda in Hessen<sup>1</sup>

Handschriftl. Brief von Ruth,<sup>2</sup> Gehringshof, an Lilo<sup>3</sup> vom 23. 11. 1938

Meine liebe Lilo!

Jetzt bin ich also anstatt wie geplant in ארץ,<sup>4</sup> hier auf dem Gehringshof. Dein Brief wurde mir hierher nachgeschickt. Vielen Dank. Mir und uns allen geht es gesundheitlich G.s.D. gut. Von zu Hause habe ich in dieser Beziehung (so weit es geht) auch gute Nachricht. Mein Vater ist seit etwa 14 Tagen mit unbestimmtem Ziel verreist. – Hier auf dem G'hof fühle ich mich sehr wohl. Wir sind 22 Leute – leider mehr Mädchen als Jungen (darunter leidet die Tarbut-Arbeit),<sup>5</sup> denn wir Mädels sind zum größten Teil neu, und auch gegen unsere Jungen, hauptsächlich die, die momentan weg sind, ziemlich unwissend, so ist also alles schwierig. Unsere Arbeit wird Dich ja interessieren. Ich arbeite in der Wäsche, d.h. diese u. die letzte Woche habe ich privat (für ein Mädels hier, das auf der Fahrt nach Polen einen Koffer mit Kleidern verloren hat) genäht. Meine Nähkenntnisse kommen mir also schon prima zugute. Sonst muß ich waschen, bügeln, stopfen etc. Arbeitszeit haben wir von 8<sup>00</sup> bis ½ 12 Uhr: Dann Essen u. Pause bis ½ 1<sup>00</sup>, dann wieder Arbeit bis 4 Uhr. Die Gegend hier ist landschaftl. so schön, u. wir wissen ja gar nicht, wie lang wir sie noch genießen können, da haben wir dann von 4–6 Freizeit, so daß wir spazieren gehen können.

– Ich mache es meistens so, daß ich mit noch jemand 1 Stunde was lese u. dann draußen darüber rede (d.h. wenn wir nicht davon abkommen, denn man hat so viel andere Sachen, die einen momentan drücken, daß man sich schlecht konzentrieren kann. אביל כל האונשים, גם אבי, במחנה של כ"צ אבי בדחון. הלא איס?<sup>6</sup> Du kennst ja die Geschichte meiner unglücklichen Liebe!!! Wie unglücklich ich mich dabei fühle, kannst Du ja nicht glauben! –

Am liebsten wäre mir, wenn ich so schnell wie möglich hier wegkäme. Daß es mit meiner עליה<sup>8</sup> nichts geworden ist, fängt erst jetzt an, mir richtig leid zu tun. Es wäre mir so viel erspart geblieben! Obwohl es jetzt in ארץ ja nicht gerade ruhig ist, ist doch die Lage ganz anders. Na, wozu schreibe ich Dir das, Du weißt es ja selbst. – Ich bin hier zur Wizo angemeldet, u. es wurde mir geschrieben, daß ich evtl. im Frühjahr auf ein Zertifikat hoffen könnte. Nun hat aber letzte Woche eine Dame aus Holland hier ange-

<sup>1</sup> YVA, O. 75/789.

<sup>2</sup> Ruth Spier (\*1921), verheiratete Ben-David, Erzieherin; in Haigerloch aufgewachsen, 1939 nach Großbritannien emigriert, 1946 über Zypern illegal nach Palästina; Erzieherin, medizinische Sekretärin, später Bibliothekarin im Kibbutz Tirat Tzui.

<sup>3</sup> Lieselotte Schäfer (\*1921), heute Michal Wager; in Tübingen aufgewachsen, 1937 nach Palästina emigriert, bis 1939 im Jugendalija-Kibbutz Afikim in der Nähe des See Genezareth, 1939–1960 im Kibbutz Ginossar, dort im Weinanbau und im Kinderhaus tätig, seit 1970 in Jerusalem.

<sup>4</sup> Erez (hebr.): Land, „Erez Israel“: Land Israel, das Gelobte Land, Palästina.

<sup>5</sup> Tarbut (hebr.): Kultur.

<sup>6</sup> Hebr.: „Aber all die Menschen, auch mein Vater, sind im Konzentrationslager, mein Vater in Dachau. Ein schrecklicher Fluch?“

<sup>7</sup> Hebr.: Unsere Wohnung in Haigerloch ist zerstört.

<sup>8</sup> Alija (hebr.): Aufstieg, Auswanderung.

läutet und uns u. a. auch gesagt, wir sollten eine Liste der Wizo-Anwärterinnen schicken, sie will bei der holl. Wizo für uns sprechen. Die Wizo hier pausiert momentan, und so bedeutet das (die Pause) eine Verzögerung. הלווי,<sup>9</sup> daß alles klappt! Jeder Tag hi[er] ist eine Qual. Heute schrieb mir meine Mutti Susis Adresse. Sie ist seit ein paar Wochen in Stuttgart im Krankenhaus. Es geht ihr gar nicht gut. Wie sich das arme Mädels quälen muß. Ach, überall wohin man schaut, Jammer u. Not!!!

Unseren Tarbutplan haben [wir] leider etwas ändern müssen. Ich freue mich mit jeder Stunde, mit jedem Schiur.<sup>10</sup> Wir hatten so fein angefangen, eine (d.h. meine Gruppe hat angefangen) A.G. über jüd. Geschichte an Hand von Kastein<sup>11</sup> (Herz u. Gehirn) zu machen, und hatten wirklich was davon gehabt. Der Junge, der die A.G. gab, ist aber momentan weg, u. so hat es aufgehört. So geht's mit vielem. Wir lernen עבית,<sup>12</sup> Tenach,<sup>13</sup> usw. Dann haben wir sehr gute Leseabende. A.G. über Soziologie ... u.s.w. Jetzt erst merke ich, wie bequem ich's in dieser Beziehung hatte, wenn ich was nicht wusste, konnte ich zu m. Vati, und mich genau befragen. Ich glaube es ist meistens so, man merkt sowas erst, wenn es zu spät ist. Übrigens kennst Du von Buber „Der heilige Weg?“<sup>14</sup> Ich habe es jetzt mit 1 Mädels gelesen. Er ist sehr fein u. für uns bes. interessant, weil am Anfang bes. gut über das, was wir חברה<sup>15</sup> nennen, geschrieben ist. Überhaupt, obwohl unsere חברה immer berühmt u. bekannt als bes. gut war, ist sie jetzt durch das Wegsein so vieler gar nicht mehr gut, es bildet sich eine Cliqueswirtschaft. Obwohl wir versuchen, gerade jetzt bes. fest zusammen zu halten, was wir ja auch tun, u. jeder hängt sehr am anderen, leidet die חברה unter diesem Zustand. – Vor 4 Wochen kam Freitag früh plötzlich Bescheid, daß alle Polen raus müssen. Unsere 17 Leute haben sofort gepackt u. los. Für sie u. für uns Zurückbleibende war es furchtbar. Sie wußten nicht wohin. שבת<sup>16</sup> hatten wir Post von der pol. Grenze u. Sonntagmittag riefen sie auf einmal wieder aus Kassel an. Sie kamen zurück. Polen hat sie nicht reingelassen. Die Freudenhurra hättest Du sehen sollen. Nur schlimm ist, daß die meisten Eltern schon drüben sind, die waren Züge eher, u. die Leute nun, wenn wir hier mal auflösen, nicht wissen wohin. –

Daß bei Euch Ihr es zu einer richtigen חברה gebracht habt, ist gut. Stört das nicht, daß nur ein Teil in der חסדרות<sup>17</sup> ist?

Hat sich eigentlich in Eurer Arbeit oder so was im 2. Jahr geändert? Schreibe mir bitte ganz genau, wie es jetzt drüben bei Euch ist. Ich verlasse mich mehr auf Deine Angaben als auf die Angaben der Rundschau<sup>18</sup> (die jetzt nicht erscheint). Von Deinen l. Eltern höre ich öfter. Sie haben mir geschrieben. Hast Du nicht mal ein Bild von Dir? Ich würde mich so freuen. Überhaupt, bitte schreibe mir bald wieder, Du glaubst ja gar nicht, wie sehr ich mich jedesmal (u. überhaupt jetzt) mit Deiner Post freue! – Daß Du jetzt in der Krankenpflege arbeitest, ist sehr schön. Wie lang bist Du immer in jedem Fach?

<sup>9</sup> Halvai (hebr.): Gebe Gott.

<sup>10</sup> Hebr.: Unterrichtsstunde.

<sup>11</sup> Josef Kastein: Eine Geschichte der Juden, Wien 1935.

<sup>12</sup> Ivrit (hebr.): Hebräisch. Schreibweise wie im Original; das „r“ fehlt.

<sup>13</sup> Richtig: Tanach. Bezeichnung für die Heilige Schrift des Judentums, bestehend aus Tora (die fünf Bücher Mose), Nevi'im (Propheten) und Ketuvim (Schriften).

<sup>14</sup> Martin Buber, Der heilige Weg. Ein Wort an die Juden und die Völker, Frankfurt a.M. 1919.

<sup>15</sup> Chevra (hebr.): Gesellschaft, Verein, hier: Gemeinschaft.

<sup>16</sup> Shabat (hebr.): Schabbat.

<sup>17</sup> Histadrut (hebr.): Arbeiterorganisation, 1920 in Palästina gegründet; Gewerkschaft.

<sup>18</sup> Gemeint ist die Jüdische Rundschau, die nach dem Novemberpogrom verboten wurde.

Ich hätte hier so gerne jetzt gewechselt, d. h. wäre gern in die Küche oder zur Außenarbeit gekommen, aber wir sind so viele Anwärterinnen, daß ich nicht drankomme. Schafe gehütet habe ich schon.

Eben geht die Post weg, u. da der Brief mit soll, Schluß.

Viele, viele Grüße

נחלש<sup>19</sup>

Deine

Ruth

M.l. Mutti u. Julius lassen grüßen.

#### DOK. 172

### Gespräch zwischen Adolf Hitler und dem südafrikanischen Minister Pirow am 24. November 1938 über Deutschlands Machtstellung in der Welt und die „Judenfrage“<sup>41</sup>

Aufzeichnung des Legationsrats Hewel,<sup>2</sup> Persönlicher Stab des RAM, Berchtesgaden, Verteiler: Büro RM, Staatssekretär, vom 24. 11. 1938

Nach einer kurzen einleitenden Unterhaltung kommt der Führer darauf zu sprechen, daß Deutschland sich Luxusgegenstände, die es aus dem Auslande einführen müsse, in größerer Zahl nicht verschaffen könne, da dies devisenmäßig nicht möglich sei. Pirow<sup>3</sup> drückt daraufhin die Hoffnung aus, daß zwischen Deutschland und Südafrika stärkere Handelsbeziehungen aufleben möchten, da Deutschland unendlich viel Produkte benötige, die Südafrika liefern könne und umgekehrt Südafrika auch für deutsche Waren ein Absatzmarkt sei. Pirow erwähnt den Volkswagen als einen voraussichtlich sehr günstigen Aufnahmeartikel für Südafrika. Es entspinnt sich eine kurze Unterhaltung über den Volkswagen, der durch seine Billigkeit und den niedrigen Brennstoffverbrauch in der Welt absolut konkurrenzfähig sein wird. Pirow meint, man könne dem deutschen Kleinwagen keine Preferenzzölle einräumen, da dies den anderen Ländern gegenüber nicht möglich sei. Aber gerade deshalb sei der Volkswagen eine große Hoffnung. Er könne als Tauschobjekt Deutschlands gegenüber Südafrika dienen, da er bei gleichen Zöllen absolut konkurrenzfähig bliebe. Ähnlich sei es mit deutschen Radioapparaten. Er erwähnte ferner, daß der südafrikanisch-italienische Schiffsverkehrsvertrag sich bald seinem Ende nähere.<sup>4</sup> Er habe nicht gut gearbeitet und würde nun „wohl meistbietend versteigert“. Er denke daran, daß auch Deutschland hier als Bewerber in Frage käme. Für Südafrika wäre

<sup>19</sup> VeSchalom (hebr.): und Frieden; hebräische Grußformel.

<sup>1</sup> PAAA R28885, Akten betreffend: Südafrikanische Union, März 1936–Februar 1940, Bl. 14–26; Abdruck: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (1918–1945), Serie D (1937–1945), Bd. IV (die Nachwirkungen von München), Okt. 1938–März 1939 1939, Baden-Baden 1951, S. 291–295.

<sup>2</sup> Walter Hewel (1904–1945), Kaufmann; 1933 NSDAP- und 1937 SS-Eintritt; 1923 Beteiligung am Hitler-Putsch, 1938 Legationsrat im AA, 1940 Ministerialdirigent; 1942 SS-Brigadeführer; 1943 Botschafter z.B.V. im Rang eines StS, Verbindungsbeamter des AA im Führerhauptquartier, nahm sich das Leben.

<sup>3</sup> Oswald Pirow (1890–1959); Jurist und Politiker; 1929–1933 Justiz-, 1933–1939 Verteidigungs- und 1933–1938 Verkehrsminister der Südafrikanischen Union.

<sup>4</sup> Nicht ermittelt.

dies sehr erfreulich, da dann die Schiffsfrachten bei dem Handelsaustausch mit Deutschland stark in die Waagschale fallen würden. Er erzählte, daß die Schiffsabmachungen mit Deutschland von der Konferenz abhängig seien und daß es ihn wundere, daß die Engländer bei deutschen Waren, die nach Südafrika gehen, höchstens 5 % der deutschen Schiffsfrachten zuteilen, während 95 % die Engländer selbst übernehmen. Der Führer interessiert sich für diese Frage und möchte hierüber informiert werden. Der Führer macht dann längere Ausführungen über seine wirtschaftliche Aufbauarbeit in Deutschland, indem er die Hoffnungslosigkeit schildert, in der sich Deutschland auch wirtschaftlich befand, als er die Macht übernahm. Deutschland könne zwei Millionen Tonnen Laderaum mehr gebrauchen. Leider könne er diese Schiffe jetzt nicht bauen, da die Werften mit Auslandsaufträgen und solchen Aufträgen überlastet seien, die zur Füllung der Lücken in der deutschen Flottenausrüstung bestimmt seien. Pirow bedauert dies und meint, man hätte diese Frachten in das deutsch-südafrikanische Handelsverhältnis einreihen können. Er führt dann weiter aus, einen wie tiefen außenpolitischen Sinn ein deutsch-südafrikanisches Handelsverhältnis habe. Chamberlain höre sehr auf den südafrikanischen Premierminister.<sup>5</sup> Pirow fragt den Führer, ob es ihm bekannt sei, daß Südafrika sich in der Krisenzeit außerordentlich stark für den Frieden eingesetzt habe. Schließlich sei der friedliche Ausgleich zwischen Deutschland und England von ausschlaggebender Wichtigkeit für die Entwicklung und das Glück der Völker.

Der Führer sagt, daß das *deutsch-englische Verhältnis* nicht früher konsolidiert werden könne, solange England noch auf dem Standpunkt stehe, daß Deutschland nicht eine Großmacht sei und daß es von England beeinflusst, gouvornantenhaft belehrt und kontrolliert werden müsse. England habe sich nach 1918, als Deutschland im Innern zusammengebrochen war, daran gewöhnt, mit Kreaturen zu verhandeln, von denen man heute genau nachweisen könne, daß sie vom Auslande bezahlt worden seien. Man habe sich angewöhnt, einer Großmacht Rechte vorzuenthalten, die man jedem kleinen Lande, wie z. B. Holland, Belgien, der Schweiz, als natürlich einräume. Man sage heute, Deutschland sei ein Land der Barbaren und alles, was gut gewesen wäre, sei aus Deutschland verschwunden. Genau das Gegenteil sei der Fall. Noch nie seien nach einer Revolution solchen Ausmaßes auch die größten politischen Gegner mit gleicher Nachsicht behandelt worden. Wer aus Deutschland geflohen sei, habe wegen begangener Vergehen die Polizei fürchten müssen. Alles dieses müsse England erst vergessen und sich bewußt werden, daß es der stärksten Macht Europas gegenüberstünde und danach handeln, bevor sein Verhältnis zu Deutschland wieder gesund und positiv werden könne.

Hierzu gehöre auch die Behandlung der *Kolonialfrage*. England mit 45 Millionen Einwohnern brauche ein Viertel der Welt zum Leben. Alle anderen Staaten, wie Holland, Belgien, Frankreich usw. brauchen ungeheure Gebiete in Übersee, betrachten sie als Lebensnotwendigkeit. Dem größten Volke Europas, Deutschland, mit seinen 80 Millionen, gönne man nichts. Dies sei ein Zustand, der nicht ewig währen könne. England müsse sich auch daran gewöhnen, daß, wenn es sich in innerdeutsche politische Dinge einmische, es von Deutschland empfindlich zurückgeschlagen werde.

Pirow antwortet, daß die Engländer dieses voll verstünden. Die Erkenntnis, daß Deutschland die Großmacht der Welt sei, stamme aber erst von dem Münchener Abkommen.

<sup>5</sup> James Barry Munnick Hertzog (1866–1942) war von 1924–1939 Premierminister der Südafrikanischen Union.

## DOK. 201

**Deutsches Recht: Artikel vom 10. Dezember 1938 über das Recht zur Anfechtung eines Vertrages bei Unwissenheit über die „Rassezugehörigkeit“ des Vertragspartners<sup>1</sup>***Anfechtung wegen Rassezweifels*

Daß der Irrtum über die jüdische Rassezugehörigkeit des Vertragspartners ein Irrtum i. S. des § 119 BGB.<sup>2</sup> ist und daß je nach Sachlage eine Rechtspflicht des Juden besteht, bei Vertragsverhandlungen auf seine rassische Zugehörigkeit hinzuweisen, eine Pflicht, deren Verletzung dem anderen Teile das Recht zur Anfechtung wegen arglistiger Täuschung an die Hand gibt (§ 123 BGB.), ist festgegründete deutsche Rechtsüberzeugung geworden (vgl. z. B. „Deutsche Justiz“ 1936, S. 936, 937, 1017, 1018).<sup>3</sup> Allein der Inhalt des rechtlich beachtlichen Irrtums des einen und der entsprechenden Offenbarungspflicht des andern Vertragsteiles ist damit keineswegs umgrenzt. Beide brauchen sich nämlich nicht bloß auf die tatsächliche Rassezugehörigkeit zu beziehen; sie erstrecken sich vielmehr auch auf das Bestehen von Rassezweifeln, die einen verständigen Menschen zur Abstandnahme vom Vertragsschluß veranlaßt haben würden. Ein Fall aus der Praxis, wie er in dieser oder jener Abwandlung bei Firmen, die sich „zur Zeit mitten in der Arisierung befinden“, leider nicht zu den Seltenheiten gehört, mag dies erläutern.

Ein Parteigenosse, der Verkäuferfirma als solcher kenntlich, bestellt bei ihr unter der überdies ausdrücklichen Voraussetzung, ihr Unternehmen sei arisch, Gerätschaften. Die Firma liefert sie ohne Abgabe einer näheren Erklärung. Vor der Abnahme sieht der Käufer in der gerade erschienenen Nummer einer bekannten politischen Wochenschrift die Firma unter Anführung tatsächlicher Umstände als getarntes, i. S. von § 3 der 3. VO. zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938 jüdisches Unternehmen gebrandmarkt.<sup>4</sup> Zur Äußerung aufgefordert, erklärt die Verkäuferin: Die Zeitschriftennotiz sei durch das Zusammentreffen mehrerer Irrtümer entstanden. Sie habe zur Klarstellung ihrer Verhältnisse bei dem zuständigen Gauwirtschaftsberater der NSDAP einen die „arische Konstruktion“ ihres Unternehmens betreffenden Antrag gestellt, über den alsbald eine Entscheidung ergehen müsse; sie bitte, die Angelegenheit bis dahin zurückzustellen. Auf Anfrage hat der Gauwirtschaftsberater mitgeteilt: Die Firma sei früher unstrittig ein jüdischer Betrieb gewesen. Vor kurzem seien der Gauleitung der Partei Unterlagen zugeleitet worden, nach denen sie nunmehr als nichtjüdischer Betrieb gelten solle. Er habe jedoch der Verkäuferin noch eine Reihe von Auflagen gemacht, deren einwandfreie Erfüllung er zur Zeit nachprüfe. Er könne vorläufig über den jüdischen oder nichtjüdischen Charakter der Verkäuferin nichts verlautbaren, werde aber nach Abschluß seiner Ermittlungen und Fertigstellung eines Gutachtens in einigen Wochen mitteilen, ob die Firma

<sup>1</sup> Deutsches Recht, Heft 23/24, 8. Jg., vom 10. 12. 1938, S. 513.

<sup>2</sup> Nach § 119 BGB vom 1. 1. 1900 ist eine Willenserklärung anfechtbar, wenn anzunehmen ist, dass der Betroffene sie bei Kenntnis der Sachlage nicht abgegeben hätte.

<sup>3</sup> Im Mai 1936 hatten die Amtsgerichte Wanne-Eickel und Mainz in Rechtsstreitigkeiten zwischen Juden und Nichtjuden zugunsten der nichtjüdischen Parteien entschieden, da diese von den jüdischen Vertragspartnern über deren Rassezugehörigkeit getäuscht worden seien. Die Verträge seien daher anfechtbar.

<sup>4</sup> Der § 3 der 3. VO zum Reichsbürgergesetz vom 14. 6. 1938 (RGBl., 1938 I, S. 627 f.) besagte, dass ein Gewerbebetrieb auch dann als jüdisch galt, wenn er unter dem „beherrschenden Einfluß“ von Juden stand.

als jüdisch oder nichtjüdisch anzusprechen sei. Der Käufer hat daraufhin den Vertrag wegen Irrtums über den Inhalt seiner Vertragserklärung sowie wegen arglistiger Täuschung angefochten.

Seine Anfechtung ist begründet. Es ist ohne Belang, ob sich späterhin herausstellt, daß die Verkäuferin im Zeitpunkt des Kaufabschlusses bereits als arisch hingenommen werden mußte. Denn die Sachlage bietet keinen Zweifel, daß die Käuferklärung des Käufers für die Verkäuferin erkennbar auf der Annahme beruhte, die Firma sei *bedenkenlos* arisch, und daß er bei Kenntnis der tatsächlich bestehenden Bedenken seine Erklärung nicht würde abgegeben haben. Damit ist aber der Tatbestand begründeter Irrtumsanfechtung gegeben. Der Käufer braucht daher nicht etwa zu warten, bis die rassische Eingliederung der Verkäuferin nach der einen oder anderen Richtung klargestellt ist. Zum andern aber hat die Verkäuferin durch das Verschweigen der gegen sie bestehenden rassischen Bedenken, auch wenn sie diese für unbegründet gehalten hat, dem Käufer gegenüber ihre Rechtspflicht zur Offenbarung aller derjenigen Tatsachen verletzt, von denen ihr bewußt war, daß sie für seine Entschließung entscheidend sein mußten; sie hat ihn daher arglistig getäuscht.

## DOK. 202 ✕

**Ruth Maier aus Wien beschreibt am 11. Dezember 1938 den Abschied von ihrer Schwester, die mit einem Kindertransport nach Großbritannien fährt<sup>1</sup>**

Handschriftl. Tagebuch von Ruth Maier, Eintrag vom 11. Dezember 1938

9 h Abend.

Dita ist weg. Jetzt fährt sie im Zug, auch jetzt, in diesem Augenblick. Sie lacht, packt das Essen aus, oder vielleicht hat sie Heimweh.

Es ist scheußlich, ein Tagebuch zu führen. Grauenhaft. Da auf der vorigen Seite, da steht noch: Dita fährt morgen weg. Und heute: Dita ist weg. Und so geht das weiter. Man sollte sich schämen.

Gestern also um 11 h im Schnellzug. Eine leere Stelle ist jetzt hier in unserem „Heim“. Mama sagt zu mir „Dittl“, und Großmutter weint, und Mama weint. „Scheiden, scheiden, scheiden, wer hat nur das Scheiden erdacht“. So heißt es doch in Danton's Tod<sup>2</sup> ... Es ist eine abgedroschene Wahrheit, daß es doch nichts ist als „Abschied nehmen“, das Leben. Grüßen und Abschied nehmen vielleicht. Von jeder Minute, jeder Sekunde! ... Nur keine Sentimentalitäten, Ruth! Das tut nicht gut.

Es war gestern nur so, wie man es malen kann. In Hütteldorf<sup>3</sup> draußen dunkel und schwarz. Mit Taschenlampen haben die jüd. Ordner geleuchtet. Und Kinder, bis 17 Jahre, Burschen und Mädels mit Rucksäcken und Kofferln. Immer noch einen Kuß. Noch einen und einen letzten. Neben mir hat eine Frau geweint, nicht leise für sich: Gewimmert hat sie, gestöhnt. Tief aufgeseufzt. Im ganzen Gesicht gebebt ... Kleine 4jährige Kinder haben

<sup>1</sup> HL-Senteret, Oslo; Abdruck in: Ruth Maier: „Das Leben könnte gut sein“, Tagebücher 1933 bis 1945, hrsg. von Jan-Erik Vold, München 2008, S. 157–160.

<sup>2</sup> „Ach Scheiden, ach Scheiden, ach Scheiden, wer hat sich das Scheiden erdacht?“ Vers aus einem hessischen Volkslied. Im Drama Dantons Tod von Georg Büchner singt Lucile das Lied nach dem Abschied von ihrem Freund Camille, ohne zu wissen, dass er hingerichtet und sie ihn nicht mehr wiedersehen wird.

<sup>3</sup> Stadtteil von Wien.

geschrien. Wahnsinn! Auf den Armen hat man sie noch tragen müssen. Und die Mütter! Die Väter von den Kleinen sind in Dachau ... Eine junge Frau, die hat sich zurückgebeugt, ihr Mann zu ihr hin. Eine hat gemurmelt: „Alle zwei auf einmal, alle zwei.“

„Mama“, hab' ich gesagt, „Mama, schau, das ist unsere Jugend, die jüd. Jugend, und die wird aufrecht sein, die hat eine Schule durchgemacht, sie haben gelitten wie wenige, und sie werden ein neues Leben aufbauen mit ihren Händen. Manche, die Kleinen, werden sich die Hände blutig machen.“ Das denke ich jetzt so vor mich hin. Die Kleinen, die man von den Eltern weggerissen hat, werden vielleicht weinen in der Nacht. Ja! Wie ich sie gesehen habe, Juden, nur Juden, denen man die Kinder wegreißt, bevor sie sich noch satt geküsst haben, da denke ich: „Müssen sie nicht etwas Besonderes an sich haben, die Juden? Soviel Leid müssen sie ertragen. So viel Leid! Weil sie Juden sind! Deswegen. Es klingt so schön „beim Abschied spielten sich herzzerbrechende Szenen ab.“ Nein, das Herz zerbricht nicht so schnell. Mama sagt: „Wenn einer von den vielen dort gebrüllt hätte, ein einziger, so hätten *alle* begonnen.“ Nein, es hat niemand gebrüllt, geflucht. Nur geweint haben sie. Nur Tränen, nichts als Tränen habe ich geschaut. In einem kleinen Häufel ist Dita mit anderen dort gestanden, im Dunkel. Nur ihren weißblauen Schal hab' ich gesehen. Wie wir vorbeigegangen sind an diesem Häuflein jüd. Flüchtlinge, da hat sie auf einmal „Mama“ gerufen. Und hat gewinkt. An uns sind sie vorbei. Knapp! Noch einen letzten Kuss haben sie sich geben wollen, Dita und Mama. Ganz nah waren ihre Lippen, da hat sie der Ordner auseinandergerissen. „Machen Sie sich's net schwerer.“

Jüdische Flüchtlinge. Sie werden verschiedenen engl. Familien zugeteilt werden. Dita wird ja bald schreiben. Sie soll ein aufrechtes Leben führen. Sie soll würdig sein. Es klingt schon alt. Und doch: „*Ich* werde mich bemühen, würdig zu sein.“ Und Dita auch. Lang' werd' ich sie nicht sehen. Und wie wird's dann aussehen? In einem Jahr! Da sind wir schon in Amerika. Wir haben ja Affidavits. Wer hat da unlängst gesagt: „Wir fahren mit dem Permit nach Affidavit!“ Ja, ich laß mich treiben von meinen Gedanken, lege mir keinen Zwang auf ... ja, das Bild taucht da wieder auf. Ein hoher Bahndamm, eine mit Gras bewachsene Böschung. Oben ein Gitter. Drüben der Zug mit den hellen Fenstern. Burschen drin, die jüdischen Kinder. Und wie das die Eltern sehen, da hinten Waggons mit Kindern drin (wir durften ja nicht auf den Perron), da krochen sie alle wie die Tiere hinauf. Schrien hinüber, und die Buben drin ließen die Fenster hinunter, pfliffen, gestikulierten. „Mama“, hat einer geschrien. Ja! Ganz klar ist mir alles geworden. Im Dunkel draußen in Hütteldorf. Wir standen zusammen. Dita hatte Nummer 258. „Siehst du“, hab' ich g'sagt, „jetzt bist du nur mehr eine Nummer.“ „Oh nein, ich bin noch immer die Judith Maier“ ... Ja und als die Nummer 258 aufgerufen wurde, geschwind hinein und marsch. Das Leben beginnt! Ja! Sonst bei uns jungen Leuten, da vollzieht sich der Übergang zum „Leben“ allmählich, behutsam, ohne Überraschungen. Jetzt! Wir werden hinausgeworfen. Heute noch im Gymnasium. Morgen, Dienstmädchen, ja, machen wir uns keinen blauen Dunst vor. Mama sagt zwar immer: „Aber geh, du gehörst doch dann zum Haus, die wissen doch, wer du bist.“ Das ist schnuppe! Ein Dienstmadel werd' ich sein. Eine Proletarin! Warum nicht? Dann gehöre ich wenigstens zu ihnen. Ganz und voll!

Und der Himmel war so klar, und die Küsse waren ohne Ende. Und die Frau neben mir hat gebebt und gewimmert. Und im Dunkel haben kleine Kinder geweint. Es war kalt und naß. Dita ist vorbeimarschiert. Der blauweiße Schal hat geleuchtet. Tapfer. Und die Jugend, die wird kämpfen.

Juden, Juden, Papa, Heinrich Heine.

## DOK. 203

### Max Karp schildert einem Verwandten am 16. Dezember 1938 die Situation der aus Deutschland abgeschobenen polnischen Juden im Lager Zbąszyń<sup>1</sup>

Handschriftl. Brief von Max Karp,<sup>2</sup> Zbąszyń (früher Bentschen), an Gerhard [Intrator]<sup>3</sup> vom 16.12.1938

Lieber Gerhard.

Am 17. oder 18.11. sandte ich Dir einen Bericht über mein Schicksal und was mit uns Juden poln. Nationalität in Deutschl. seit dem 28.10. geschehen ist.<sup>4</sup> Hast du diesen Brief bekommen? Gleichzeitig sandte ich an Henry Abe einige Zeilen wegen eines dringenden Affidavits für mich. Da ich bis heute keine Antwort erhalten habe, bin ich etwas beunruhigt.

Unsere Lage hier an der Grenze ist unverändert. Der Ort ist von Polizei streng abgeriegelt, auch am Bahnhof ist Polizeikontrolle. Nur Flüchtlingsleute über 65 Jahren können nach dem Inneren Polens weiterfahren. Wir anderen müssen eben zusehen, wie wir hier aus diesem Käfig herauskommen können, und da das nur durch ein Einreisevisum anderswohin möglich ist, erwarten wir mit Sehnsucht die Hilfe von draußen. Eine Anzahl Leute sind schon abgereist nach Übersee, aber 95 % sitzen hier noch fest.

Man hört über verschiedene Sender, daß den Juden in Deutschland zur baldigen Auswanderung von bestimmten Auslandsstellen verholpen werden soll. Hat man uns hier an der Grenze, wo wir in Baracken, in Fabrikräumen und in anderen Massenquartieren auf Strohsäcken herumliegen, schon vergessen?

Durch das eintönige Leben und unsere Notlage hier stumpfen wir von Tag zu Tag mehr ab. Außerdem kommt noch die Sorge dazu um unsere in Deutschland verbliebenen Sachen und Werte. Die Wohnungen stehen noch meistens so da (bis auf geplünderte), wie wir sie verlassen haben.

In Berlin sind wenigstens genügend Familienmitglieder zurückgeblieben, die nach dem Rechten sehen können; doch leiden sie darunter, daß sie von ihren Männern und Vätern getrennt sind (und umgekehrt).

In den Provinzstädten Deutschl. sind die Wohnungen von der Polizei versiegelt worden. Aber was soll nun aus all diesen werden? Man hört nichts mehr von Verhandlungen zw. Deutschl. und Polen! Angeblich sollen diese Mitte Januar fortgesetzt werden.<sup>5</sup> –

Wir haben hier in der Bürgermeisterei auf amtl. Formularen die ungefähre Summe der Werte angeben müssen, die uns in Deutschland gehören oder wir zurücklassen mußten. Vielleicht sollte diese Maßnahme zu unserer Beruhigung beitragen, denn man hofft doch schließlich, daß die polnische Regierung uns zu unserem Recht verhelfen wird!

Viele haben sich ihre Garderobe aus Berlin nachschicken lassen; die Zollkontrolle ist hier ziemlich streng, dazu hat man uns noch für die Herausnahme der Sachen einige Gebühren aufgeknackt (Zl. 3.80). Du siehst, man nimmt auch hier auf unser Schicksal wenig

<sup>1</sup> JMB, 2005/ 87.

<sup>2</sup> Mendel Max Karp (1892–1940), Musiker; blieb nach seiner Abschiebung aus Berlin bis zum 29.6.1939 in Zbąszyń, am 13.9.1939 in das KZ Sachsenhausen deportiert und dort am 27.1.1940 gestorben.

<sup>3</sup> Dr. Gerhard Intrator (1910–1993), Jurist; musste 1933 seine juristische Karriere aufgeben und trat daraufhin in das Geschäft von Jacques Berglas, einem Großproduzenten von Stoffen und Garnen, ein; 1937 Emigration in die USA.

<sup>4</sup> Zur Abschiebung der Juden poln. Staatsangehörigkeit aus Deutschland Ende Okt. 1938 siehe Dok. 111 und 112 vom 28.10.1938 und Dok. 118 vom Okt. 1938.

<sup>5</sup> Zu den deutsch-polnischen Verhandlungen siehe Dok. 120 vom 3.11.1938, Anm. 19.

DOK. 213 X

### Jugendliche aus einem Kindertransport berichten am 25. Dezember 1938 über ihre Aufnahme in Großbritannien<sup>1</sup>

Bericht über das Refugee Childrens' Camp (Broadstairs) vom 25.12.1938<sup>2</sup>

Anfang Dezember wurden die Kinder und Jugendlichen in verschiedenen deutschen Städten verständigt, dass sie sich für einen Transport nach England schnellstens bereit machen sollten. Es waren Kinder aus Wien (etwa 600), Berlin (200), Hamburg (200) und verschiedenen kleineren Städten. Jedes Kind sollte nur, soviel es selbst tragen konnte, mitnehmen. Es erwies sich bald, dass sehr viele sich unzweckmässig ausgerüstet hatten, zumindest im Hinblick auf das kalte und nasse Lager Lowestoft, das etwa 600 von ihnen aufnahm.<sup>3</sup>

Die Grenzkontrolle war zum Teil sehr scharf, zum Teil harmlos. In Holland gab es einen sehr warmen Empfang, der allen Kindern noch in guter Erinnerung ist. In England wurden die aus verschiedenen Gegenden des Reiches kommenden Kinder vereint. Das hat anfangs gewisse Schwierigkeiten gemacht, die Kinder waren voll von Vorurteilen gegen die aus anderen Gegenden stammenden, andere wieder behaupten, dass sie erst nach Kennenlernen ihrer Kameraden ihre ungünstigen Eindrücke gewannen.

Die Kinder, die in Lowestoft untergebracht wurden, fanden dort recht ungünstige Bedingungen vor. Die Gegend ist zwar sehr schön, ein idealer Badestrand für den Sommer, aber es war in den ersten Tagen dort sehr nass, in den späteren Tagen ungewöhnlich kalt. Gegen Nässe und Kälte bot das Lager wenig Schutz. Die Kinder schliefen in Holzhütten, eigentlich Badehütten, die Tagräume waren sehr gross und nur durch verschwindend kleine Ofenanlagen zu heizen.

Zudem waren anfangs keine Gruppenleiter vorhanden, sodass es nur wenig Organisation und Ordnung gab. Im Laufe der ersten Woche erschienen allmählich Gruppenleiter, aber es blieben Organisation und Ordnung mangelhaft; alle Anstrengungen dieser Leiter gingen fast nur dahin, ihren Leuten ein wenig Schutz gegen Kälte und Hunger zu verschaffen. Der etwas chaotische Zustand hatte manche unerwünschte spontane Gruppenbildung zur Folge. Ausser dem oben genannten regionalen Gegensatz bildeten sich einige andere: z. B. zwischen „Juden“ und „Christen“, zwischen den einzelnen Gruppen und zwischen einzelnen Leuten.

Besonders unangenehme Folgen des Wetters waren in Lowestoft das Einfrieren der Wasserleitungen und das Demolieren der Hütten Türen durch den Sturm. Das erste hatte das Unbrauchbarwerden der Klosets, Waschräume etc. zur Folge. Das zweite das Unbrauchbarwerden vieler Wohnstätten. Die Gruppenleiter mussten fast vollständig auf hygienische und Reinlichkeitsforderungen verzichten.

Die Verpflegung in Lowestoft war ungleichmässig, aber auch durch Organisations-, Verteilungs- und Disziplinmangel gestört. Es konnte keine rechte Tageseinteilung gemacht werden. Man war froh, wenn man wenigstens einen Teil des Tages nicht froh. Es waren aber gute Programme zur Beschäftigung und Belehrung der Jungen und Mädchen bereit.

<sup>1</sup> CAHJP, HMB/3103, Aufn. Nr. 1069-1071.

<sup>2</sup> Das Original ist auf den 25.11.1938 datiert; aus dem Bericht geht jedoch hervor, dass es sich dabei um einen Tippfehler handeln muss.

<sup>3</sup> Lowestoft liegt in der Grafschaft Suffolk an der brit. Nordseeküste.

Nach wenigen Tagen wurden fast alle Mädchen des Lagers an andere Plätze geschickt. Es war dies unter den schwierigen lokalen Umständen eine notwendige Massnahme. Ebenso begann bald die Räumung des Lagers, beginnend mit den jüngeren Jahrgängen. Am Montag, den 12. XII., waren die Kinder in Lowestoft angekommen, am 21. XII. war das Lager wieder annähernd geräumt. Es ist immerhin bemerkenswert, dass keine ernstern Erkrankungen vorgefallen sind.

Die Gruppe, die diesen Bericht schreibt, wurde nach Broadstairs, Kent, geschickt. Andere Gruppen wurden nach Southwold, Leeds u. a. Orten gesandt.

Unsere Gruppe besteht aus 90 Jungen im Alter von 14-17 Jahren. Sie sind augenblicklich in 4 etwa gleich grosse Untergruppen und ebensoviele Häuser aufgeteilt.

Die Fahrt von Lowestoft nach Broadstairs führte über London, wo das Komitee einen Imbiss vorbereitet hatte. Am aufregendsten war aber die Autobusfahrt von einem Bahnhof (Liverpoolstreet) zum anderen (Victoria). Spät nachts kamen wir in Broadstairs an.

Wir hatten hier einen sehr freundlichen ersten Eindruck. Das Klima schien uns viel milder und ruhiger zu sein als in Lowestoft. Wohl lag auch Schnee, aber kein scharfer Wind blies um uns. Wir fuhren und gingen zum Rekonvaleszentenheim St. Mary, wo wir für den ersten Tag und die erste Nacht alle Quartier bekamen. Dieses Heim wird von Nonnen der anglikanischen Kirche geführt, die uns sehr freundlich empfingen und bis heute ausserordentlich durch Rat und Tat helfen.

Am anderen Tag suchten wir unsere jetzigen Quartiere auf. Wir wohnen:

1. Gruppe Dr. Paul Bergmann, 17 Stone Road, Tel. 124

2. Gruppe Dr. Willi Pollak, Stone Road, Tel. 85

3. Gruppe Mr. David Harland, Henley Lawn, Crow Bill, Tel. 117

5. Gruppe Nurse Paopworth und Nurse Jameson, St. Marys Home, Tel. 639. Die 4. Gruppe wird in einigen Tagen auch, wie die anderen, in ein privates Quartier übersiedeln. Die Häuser sind nette Quartiere mit Tagräumen, die gut geheizt sind und Radio, Klavier, Gesellschaftsspiele haben. Die Schlafräume enthalten zwischen 1 und vier Betten. Sie sind nicht warm, aber wir sind – nach Lowestoft – mit ihnen sehr zufrieden. Es gibt heisses Wasser nach Belieben; das Essen ist in jedem Quartier verschieden, augenblicklich sind Bemühungen im Gange, den Standard in den schlechteren Häusern auf den der besseren zu bringen.

Broadstairs liegt an der Nordsee, wir sehen von unseren Fenstern unmittelbar auf das Meer. Es ist ein Kur- und Badeort von etwa 16 000 Einwohnern, wirkt jedoch als tief friedliche wohlhabende Kleinstadt. Ein einziger Strassenzug sammelt alle Geschäfte und Kinos, alles andere sind Villen, Rekonvaleszentenheime, Hotels und dgl. m. Das Land ist hügelig, böte bei dem gegenwärtigen Wetter, das aber ganz ungewöhnlich ist, gute Gelegenheit zum Skifahren.

Wir suchen nach Arbeit für die Jungen. Wir langweilen uns nicht, aber wir wollen doch lieber durch nützliche Betätigung uns den Engländern dankbar erweisen und dabei etwas selbst lernen. Einige haben zwar ständig Küchendienst, andere helfen dies und jenes, aber wir hoffen, dass richtige handwerkliche und andere Arbeiten uns bald ermöglicht werden. 8 Jungen werden ab morgen tagsüber im Hospital von Margate zu Hilfsdiensten Verwendung finden, einer wird bei einem Elektrotechniker unterkommen, aber für die meisten haben wir noch nichts. Allerdings soll ja der hiesige Aufenthalt für alle nur ein Provisorium vor ihrer Unterbringung in Familien und Arbeitsplätzen sein. Aber trotzdem wäre

nützliche Arbeit schon jetzt notwendig. Es ist übrigens nicht jede Arbeit willkommen, wie wir erfahren haben. Wir haben angeboten, an der Schneereinigung mitzuwirken, aber wurden mit Dank abgelehnt, da es im Ort unbeschäftigte Arbeitslose gibt, die uns Gratisarbeit übelnehmen könnten.

Unsere Beziehungen zur Bevölkerung des Ortes, Komitees und Einzelpersonen, sind die denkbar besten. Wir sind immer wieder gerührt von der uns unwahrscheinlich scheinenden Freundlichkeit der Leute aller Bevölkerungsklassen, die uns, da es gerade Weihnachten ist, auch in Form von vielen und vielerlei Geschenken entgegentritt. Wir wurden ins Kino, zu sportlichen Veranstaltungen usw. eingeladen und hoffen, bisher nicht allzuviel Anstoss durch Unkenntnis der englischen Höflichkeitsregeln erregt zu haben. Unsere englischen Mitarbeiter helfen uns natürlich gerade dabei besonders.

Unsere Stimmung ist ausgezeichnet, wir sind gewiss oft am Tage in vollkommenem Vergessen der deutschen Dinge und auch unserer eigenen unklaren Zukunftsaussichten. Der Zusammenhalt der Jungen ist ausgezeichnet, die Leiter der Gruppen arbeiten ohne Reibung und gern miteinander, es bleibt fast nichts an Arbeit für die zentrale Leitung der Gruppen in Broadstairs. Denn die Anzahl der Gruppen und die der Jungen in jeder Gruppe ist nicht so gross, dass sie leicht zu handhabende menschliche Kontakte unmöglich machte.

## DOK. 214

**Adele Klinger aus Wien bittet am 27. Dezember 1938 die Gestapo um die Freilassung ihres Mannes aus dem KZ Buchenwald<sup>1</sup>**

Schreiben von Adele Klinger, Wien X., Quellenstraße 48/7, an die Gestapo, Staatspolizeileitstelle Berlin, vom 27.12.1938 (Abschrift)

*Betr.: Schutzhäftling Isidor Klinger<sup>2</sup>, Weimar-Buchenwald, Block 16a, Nr. 9342*

Als Gattin des oben genannten Schutzhäftlings erlaube ich mir, hiemit folgende Bitte zu stellen:

Mein Mann befindet sich seit 30. Mai 1938 in Schutzhaft und ist derzeit im Konzentrationslager Weimar-Buchenwald. Ich habe mich die ganze Zeit bemüht, eine Einreisewilligung für ihn zu erhalten und insbesondere in Palästina alle Schritte unternommen, um von dort aus eine Einreisemöglichkeit zu beschaffen. Ein Verwandter, Herr Siegfried Nagler,<sup>3</sup> hat die nötigen Schritte eingeleitet, und ich lege in beglaubigter Abschrift ein vom deutschen Generalkonsulat in Jerusalem vidiertes Schreiben vom 14. Dez. 1938 vor, in welchem bestätigt wird, dass mit der Genehmigung des Antrages in der nächsten Zeit zu rechnen ist.

Ueberdies habe ich für meinen Mann eine Schiffskarte nach Shanghai fix bestellt und beangabt, worüber ich die Kopie einer Bestätigung des Reisebüros „Vindobona“ vom

<sup>1</sup> YVA, O.75/585-26.

<sup>2</sup> Isidor Klinger (\*1893), Kaufmann; nach seiner Verhaftung am 30.5.1938 nach Dachau, am 24.9.1938 von dort nach Buchenwald verschleppt, am 29.4.1939 entlassen.

<sup>3</sup> Siegfried (Shmuel) Nagler (1914–1987), Soziologe und Psychologe; 1938 aus Wien nach Palästina emigriert, 1943 bis mind. 1948 am Hadassah-Hospital in Jerusalem, 1948 an der Universität Wien promoviert, später an der Universität Haifa tätig; Autor einer Untersuchung über die psychischen Folgen der Kibbuzerziehung.

16. Dez. ds. J. vorlege. Das Original befindet sich bei der Geheimen Staatspolizeileitstelle in Wien, wo ich dieselbe mit einem Gesuch um Entlassung meines Mannes aus der Schutzhaft vorgelegt habe.

Jedenfalls wird mein Mann, wenn er aus der Schutzhaft entlassen wird, die Möglichkeit haben, unverzüglich das Deutsche Reichsgebiet zu verlassen. Wenn vorher die Einreiseerlaubnis nach Palästina kommt, wird er dorthin gehen, anderenfalls nach Shanghai. In diesem Falle würde dann selbstverständlich der restliche Fahrpreis sofort erlegt werden. Ich füge noch bei, dass mein Mann den ganzen Weltkrieg mitgemacht hat und seine Militärdokumente bei sich in der Schutzhaft hat. Er ist auch sonst ganz unbescholten und hat sich niemals politisch betätigt.

*Beilagen<sup>4</sup>*

## DOK. 215

**Göring ordnet am 28. Dezember 1938 die Einrichtung von Judenhäusern an, verbietet Juden die Benutzung von Schlaf- und Speisewagen und regelt den Status von Mischehen<sup>1</sup>**

Richtlinien (geheim) des Beauftragten für den Vierjahresplan, gez. Göring, Ministerpräsident Generalfeldmarschall, vom 28.12.1938

Der Führer hat auf meinen Vortrag folgende Entscheidungen in der Judenfrage getroffen:  
A.

*I. Unterbringung der Juden.*

I. a) Der Mieterschutz für Juden ist generell nicht aufzuheben. Dagegen ist es erwünscht, in Einzelfällen nach Möglichkeit so zu verfahren, daß Juden in einem Haus zusammengelegt werden, soweit die Mietverhältnisse dies gestatten.

b) Aus diesem Grunde ist die Arisierung des Hausbesitzes *an das Ende der Gesamtarisierung zu stellen*, d.h. es soll vorläufig nur dort der Hausbesitz arisiert werden, wo in Einzelfällen zwingende Gründe dafür vorliegen. Vordringlich ist die Arisierung der Betriebe und Geschäfte, des landwirtschaftlichen Grundbesitzes, der Forsten u. a.

2. Die Benutzung von Schlafwagen und Speisewagen ist Juden zu untersagen. Andererseits sollen keine besonderen Judenabteile bereitgestellt werden. Ebensovienig darf ein Verbot für die Benutzung von Eisenbahnen, Straßenbahnen, Vorort-, Stadt- und Untergrundbahnen, Omnibussen und Schiffen ausgesprochen werden.

3. Der Judenbann soll nur für gewisse, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtungen usw. ausgesprochen werden. Dazu gehören solche Hotels und Gaststätten, in denen vor allem die Parteigenossenschaft verkehrt (Beispiele: Hotel Kaiserhof, Berlin, Hotel Vierjahreszeiten, München, Hotel Deutscher Hof, Nürnberg, Hotel Drei Mohren, Augsburg etc.). Ferner kann der Judenbann für Badeanstalten, gewisse öffentliche Plätze, Badeorte usw.

<sup>4</sup> Liegen nicht in der Akte.

<sup>1</sup> Überliefert im Rundschreiben (geheim) des RVM (R/L S 3. 3426/38 g), gez. Waldeck, an die nachgeordneten Behörden und Stellen der Wasserstraßenverwaltung und des Kraftverkehrs, vom 24.1.1939; APW, Naczelne Prezydium Prowincji, 1290; Abdruck in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945 - 1. Oktober 1946, Bd. 25, (Nürnberger Dokument 069-PS), Nürnberg 1948, S. 132-134.